

Nur für den Dienstgebrauch

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 31. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 27.01.2011, 10.00 Uhr
Europasaal im Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Zeugenvernehmungen	
	1 - 96
• Herr Hermann Schnipkoweit gemäß Beweisbeschluss 17-182	
• Frau Marianne Fritzen gemäß Beweisbeschluss 17-168	

* Hinweis:

Die Korrekturen der Zeugen Hermann Schnipkoweit (siehe Schreiben vom 15. Februar 2011, Anlage 1) und Marianne Fritzen (siehe Schreiben vom 8. Februar 2011, Anlage 2) wurden in das Protokoll eingearbeitet.

(Beginn: 10.17 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich begrüße Sie nun alle sehr herzlich zu unserer ersten öffentlichen Sitzung im neuen Jahr.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

Herr Hermann Schnipkoweit gemäß Beweisbeschluss 17-182

Frau Marianne Fritzen gemäß Beweisbeschluss 17-168

Herr Schnipkoweit, ich begrüße Sie sehr herzlich hier in unserer Runde.

Vor Eintritt in die Tagesordnung - das wissen Sie - darf ich immer einen Wust von Formalien ansprechen. Das ist aber auch jedes Mal nötig, damit wir das ins Protokoll aufnehmen können. So bitte ich jetzt die Vertreter der Medien, Ton-, Film- und Bildaufnahmen zu beenden. Mein Hinweis dazu wie jedes Mal: Ton- und Bildaufnahmen sind während der gesamten öffentlichen Beweisaufnahme ohne Zustimmung des Ausschusses unzulässig. Sie wissen, dass ein Verstoß dagegen nach dem Hausrecht des Bundestages zu dauerhaftem Ausschluss von den Sitzungen des ganzen Hauses führen kann und gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen hat.

Die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne möchte ich daran erinnern, dass den Besuchern von Ausschusssitzungen nach einem Beschluss des Ältestenrats des Deutschen Bundestages vom 16. September 93 nicht gestattet ist, Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras oder Ähnliches in den Sitzungssaal mitzunehmen. Weil die Möglichkeit der Übertragung aus dem Sitzungssaal auch durch die Nutzung von Mobiltelefonen besteht, dürfen diese auch während der gesamten Sitzung nicht in Betrieb sein. Ich bitte Sie deshalb, Ihre Handys auszuschalten.

**Vernehmung des Zeugen
Hermann Schnipkoweit**

Ich begrüße noch mal sehr herzlich den Zeugen des heutigen Vormittags. Herr Schnipkoweit, ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung

zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Genehmigung des Protokolls gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-182, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung vom 29. Dezember liegt dem Sekretariat vor.

Für Ihre heutige Vernehmung hat das Sekretariat bei der Niedersächsischen Staatskanzlei eine Aussagegenehmigung beantragt. Auch diese liegt dem Sekretariat vor und ist bereits als MAT A 143 verteilt worden.

Ich darf Sie nun offiziell belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat, einer Ordnungswidrigkeit oder eines Dienstvergehens, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie dazu bis jetzt Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Danke schön.

Dann würden wir nach diesen notwendigen Vorbemerkungen die Vernehmung zur Person beginnen. Ich darf Sie bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen und Ihrem Alter vorzustellen, und

möchte Sie zugleich fragen, ob die Adresse, unter der wir Sie geladen haben, noch aktuell ist. - Ich möchte Sie nach Ihrem Namen fragen, ich möchte nach Ihrem Alter fragen und möchte wissen, ob die Adresse, unter der wir Sie geladen haben, noch aktuell ist. Und ich möchte Sie bitten, ins Mikrofon zu sprechen; das ist vor Ihnen. Sie müssen es freundlicherweise anstellen, weil sonst die Kommunikation noch schwieriger ist als so schon. - Bitte schön.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Mein Name ist Hermann Schnipkoweit. Ich wohne [REDACTED]. Ich bin 82 Jahre alt. Die Adresse stimmt noch.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann können wir jetzt mit der Vernehmung zur Sache beginnen. Dem Ausschuss geht es ja darum, zu klären, ob es auf dem Wege zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, den Salzstock in Gorleben untertägig zu erkunden und keinen anderen Standort auch noch obertägig, irgendwelche Manipulationen gegeben hat.

Wenn Sie wünschen, haben Sie jetzt nach § 24 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Andernfalls würden wir dann sofort mit den Fragen beginnen. Aber wenn Sie möchten, herzlich gerne.

Und 77 gehört auch dazu. Im Moment sind wir dabei, vornehmlich den Zeitraum 1983 zu erkunden. Aber, ganz klar, dass auch gerade in Ihrem Fall der Zeitraum 1977, also die Entscheidung der Regierung Albrecht, den Standort Gorleben als zu untersuchenden Standort anzubieten und zu deklarieren, ebenfalls relevant ist.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Zu 1983 kann ich im Grunde genommen fast gar nichts sagen, weil das natürlich auf höherer Ebene besprochen wurde. Ich kann eher was sagen zu den Dingen, die sich 1976, 1977 usw. abgespielt haben. Abgesehen davon, dürfen Sie nicht übersehen: Das Ganze liegt zum Teil über 30 Jahre zurück. Und dann mein Alter, dass ich nicht - - Ich habe kein Buch geführt, und ich habe kein Stenogramm gehabt usw., sondern ich muss schon aus dem Gedächtnis hier vortragen, aber ich versuche, das so gut, wie es geht, zu machen.

Zunächst, wie gesagt, vom Alter her - - Ich habe 1945 die mittlere Reife gemacht nach Besuch einer Knabenmittelschule. Berufswünsche waren damals nicht umsetzbar, da natürlich durch Krieg bzw. Nachkriegszeit die Berufe gar nicht ausgebildet wurden. Deshalb habe ich am 2. Oktober 1945 eine Lehre als Berglehrling begonnen. Das bot sich deshalb an, weil das Kaliwerk ungefähr 2 Kilometer vor unserer Haustür lag. Da konnte ich zu Fuß hingehen und konnte mit dem Fahrrad fahren usw. Ich bin dann insgesamt circa 30 Jahre Bergmann geblieben. Ich habe da zwischendurch 1954/55 die Akademie der Arbeit in Frankfurt besucht. Ich war 20 Jahre auch im Betriebsrat während meiner Tätigkeit als Hauer. Wie gesagt, ich war Vorrichtungshauer, das heißt im Grunde genommen in der Steinlagerung die schwierigste Aufgabe, die es gibt, nämlich fast immer von unten nach oben zu arbeiten, zu bohren usw. „Vorrichtung“ heißt, für den Abbau, wo dann das Salz gewonnen wird, mussten ja zum Beispiel Rohrlöcher gebohrt werden. Das war meine Hauptarbeit, die ich über viele Jahre oder Jahrzehnte gemacht habe. Ich habe hier ein Schichtenbuch von 1960; das können Sie einsehen, und dann können Sie sehen, wie oft ich vorbohren musste. Das hat eine große Bedeutung auch für unsere gesamte Diskussion.

Wie gesagt, ich war auch im Betriebsrat. Allerdings habe ich nie die höheren Weihen erhalten, weil ich das falsche Parteibuch hatte.

(Heiterkeit)

Meine Kollegen haben mir gesagt: Wir haben nun mal eine Mehrheit usw. Und was soll's? - Aber ist ja auch uninteressant. Es hat nicht geschadet, sondern es hat geholfen.

1959 habe ich das erste Mal für den Landtag kandidiert. Ich war vorher 20 Jahre im Gemeinderat, im Kreistag - - und dann 59 für den Landtag kandidiert, bin nicht in den Landtag gekommen, weil wir einen starken Bundestagsabgeordneten hatten, nämlich einen Dr. Dr. Oberländer. Der hat das verhindert, dass ich da auf die Landesliste kam. Aber ich habe nicht aufgegeben. Ich habe dann 1963 wieder kandidiert und bin 1963 dann Mitglied des Niedersächsischen Landtages geworden.

1963 im Spätherbst - im November, glaube ich, war es - fand ja dann auch das schwere Grubenunglück in Lengede statt. Aufgrund dieses Unglücks hat das Land Nie-

dersachsen einen Grubensicherheitsausschuss eingerichtet. In diesem Grubensicherheitsausschuss bin ich dann Vorsitzender geworden, weil ich ja der einzige Bergmann im Landtag war; das war ja verständlich. Ich habe dann ungefähr zehn Jahre da als Ausschussvorsitzender gearbeitet und habe dadurch natürlich fast jedes Bergwerk in Niedersachsen gesehen. Das war mein Vorteil, den ich als Vorsitzender eines Ausschusses hatte, dass ich jedes Bergwerk, das noch in Betrieb war, gesehen habe, ob es Asse war, ob es meinetwegen Grube Konrad war oder ob es die anderen Kaliwerke waren.

Ich weiß nicht, ob Sie wissen, dass Niedersachsen ja das Land ist mit der größten Vielfalt des Bergbaus. Es gibt ja kein Land - - Wir haben zwar nicht wie Nordrhein-Westfalen die Menge an Kohle gehabt, aber wir hatten auch Kohle, wir hatten Steinkohle, wir hatten Braunkohle - oder: Braunkohle haben wir jetzt noch -, wir haben Erze, angefangen von Silber im Rammelsberg - tausend Jahre Rammelsberg - - und dann natürlich Kali sowieso; das muss man auch wissen. Ich habe hier ein Heft - wenn Sie das mal einsehen wollen -, wo drinsteht, wo überhaupt in Deutschland Kali ist. Denn was jetzt vorgeschlagen wird, im Süden der Republik was zu machen: Da gibt es keine Salzbergwerke, sondern die sind fast alle in Niedersachsen bzw. ein bisschen in Hessen oder jetzt auch in der ehemaligen DDR, einige Werke.

Ich bin dann 1976 Minister geworden. Dies Ministerium habe ich übernommen oder übernehmen müssen. Das war nicht so ganz einfach; denn das war der Titel „Sozialminister“, aber ich war Soziales, Arbeit, Gesundheit, Familie, Wohnungsbau und Stadtansanierung und dann natürlich große Teile des Umweltschutzes bis hin zur Kernenergie. Also, von daher - - Und das war mir nun überhaupt nicht lieb, dass ich da diese Aufgabe übernehmen musste, weil ich im Grunde genommen bis dahin ausschließlich Sozialpolitiker war; in allen Bereichen, wo ich tätig war, immer nur Sozialpolitik.

Und dann kam es. Nach sechs oder acht Wochen kam der erste Boss von einem großen Unternehmen und verlangte von mir eine Genehmigung für das Kernkraftwerk Unterweser. Dann habe ich gesagt: Ehe meine Mitarbeiter mir kein grünes Licht geben, werde ich bestimmt nicht Ja dazu sagen. - „Wenn Kubel noch Ministerpräsident wäre, dann hätte ich meine Genehmigung, und jetzt seid ihr dran, und jetzt kriegen wir die

Genehmigung nicht.“ - Ich sagte: Sie glauben doch wohl nicht, dass ich in acht Wochen oder in einem Vierteljahr den Stuhl hier räume für Sie, bloß weil ich eine Genehmigung gegeben habe oder wir eine Genehmigung gegeben haben, die nicht in Ordnung war. - Aber das ist dann weitergelaufen.

Aber da gab es ja natürlich auch noch einige andere schwierige Dinge, zum Beispiel das Ökoinstitut von Freiburg verlangte 1980, 25 000 Menschen umzusiedeln, weil Blutbleiwerte waren - eine ganz unangenehme Geschichte, wo auch manches schiefgelaufen ist.

Also, jedenfalls, dies Ministerium war einmalig in Deutschland. Es gab kein Land, wo so viel in einem Ministerium zusammengeballt war, und ich habe ein paar Jahre gebraucht, um mindestens den Umweltschutz loszuwerden.

(Heiterkeit)

- Ja, ich wollte mich der Sozialpolitik zuwenden; denn da gab es zu der Zeit auch ganz riesige Probleme. Als ich das Amt übernommen habe, gab es in Göttingen in der Psychiatrie noch einen Saal mit 70 Patientinnen. Das war eine große Aufgabe, da die Dinge voranzutreiben, oder viele andere Dinge. Aber das nur nebenbei.

Am 11.11.1976 - das war ja Martini, das ist bei uns in der Gemeinde der Kirchenpatron - kamen dann drei Minister im Auftrage von Bundeskanzler Schmidt, und zwar Matthöfer, Maihofer und - ich meine - Friderichs; das weiß ich nicht ganz genau. Sie kamen im Auftrage von Schmidt und sagten, sie erwarten von uns innerhalb einer Woche eine Entscheidung über den Standort, nicht nur für ein Endlager, sondern einen Standort für abgebrannte Brennelemente, eine Wiederaufarbeitung und Endlager. Das war ein Unterschied, ob ich jetzt nur vom Endlager rede oder eine Wiederaufarbeitung, die natürlich nichts wurde, aber zumindest hat das viel Überlegung gefordert, auch im Hinblick: In welchem Bereich kannst du denn jetzt überhaupt einen Standort auswählen für solch eine Geschichte? Das war eine ziemlich aufgeregte Geschichte. Wir waren ja Minderheitsregierung zu dem Zeitpunkt. Dann war auch der Vorsitzende der FDP-Fraktion, ein Herr Hedergott, eingeladen, und der hat sich mächtig aufgeregt, als die Herren kamen - es waren ja auch FDP-Minister dabei -, dass nun eine Forderung an uns gestellt wurde,

innerhalb von einer Woche solch eine Entscheidung zu treffen.

Das hieß natürlich, dass sie mit dem Anliegen kamen, dass bei der früheren Landesregierung Gespräche geführt worden sind, dass da was passieren sollte. Es konnte ja nicht sein, dass die kamen und sagten: „Du musst innerhalb von einer Woche eine Entscheidung treffen, ohne jede Vorbereitung“, sondern da war sicherlich viel vorbereitet, da war viel untersucht worden, welche Standorte möglich sind. Das waren über 120 Standorte, die man untersucht - - Ich weiß nicht, ob es Ihnen bekannt ist, aber das wissen Sie natürlich alles, dass in Niedersachsen ja nun nicht nur Kali- und Steinsalzwerke sind, sondern auch viele Kavernen sind, wo Erdöl bzw. Erdgas drin gelagert wird usw. Das ist ja praktisch in ganz Niedersachsen verstreut, diese Einrichtungen. Das hieß natürlich: Diese Einrichtung, die da vorgesehen war, konnte auf keinen Fall in einem dichtbesiedelten Gebiet sein, sondern es musste schon dorthin, wo wirklich nicht allzu viele Menschen zusammen waren. Das war auch ein Problem der Strukturpolitik.

Ich wusste zu dem Zeitpunkt, als ich das Amt angetreten oder nicht mal angetreten - - da habe ich überhaupt nichts gewusst von der Sache, sondern das ging erst los, als die drei Minister im Auftrage von Bundeskanzler Schmidt bei uns waren - - vom Standort. Und da habe ich mich damit befasst. Da waren mir nur vier Standorte noch bekannt, die überhaupt infrage kommen sollten nach Voruntersuchungen von allen möglichen Dingen. Das war einmal Wahn - das war im Emsland -, das war Mariagluck, Höfer bei Celle, dann Lichtenhorst im Kreis Nienburg und Gorleben.

Bei Wahn war es dann so, dass in der Nähe ein Bundesweherschießplatz war und es von da nicht infrage kam, sondern wir haben es ja erlebt und erleben es heute noch: Solche Dinge zu ändern, ist fast unmöglich. Wir erleben es ja an dem Bombenabwurfplatz Nordhorn Range. Das ist heute noch, obwohl schon Jahrzehnte versucht wird, das zu ändern. Genauso wäre es hier sicherlich gewesen.

Bei Mariagluck bei Celle waren es wasserwirtschaftliche Probleme. Ich hatte auch persönlich Bedenken, und die habe ich auch heute noch in jedem Fall. Ich bin nicht dafür gewesen, ein Bergwerk zu nehmen, wo unter Tage schon entsprechend gearbeitet wurde.

In dem ehemaligen Werk, wo ich gearbeitet habe, da haben letztens Leute eine Möglichkeit gehabt, dieses Werk zu besichtigen. Dann sind die unter Tage 30 Kilometer gefahren usw. Dann können Sie sich doch vorstellen: Wie wollen Sie denn in einem solch riesigen Werk unter Tage da nun wirklich noch einen vernünftigen Standort finden? Das kann ich mir jedenfalls nicht vorstellen, sondern für mich kam es darauf an, dass es ein unverritzter Salzstock war. Ich kann ja nur meine Meinung, die ich dann eingebracht habe - das habe ich ja nicht entschieden oder alleine sowieso nicht -, aber ich möchte nur sagen - - die ich im Kabinett und bei allen Gesprächen eingebracht habe, dass ich persönlich einen unverritzten Salzstock vorziehe, weil da natürlich die beste Möglichkeit besteht, hier etwas zu tun.

Bei dieser Riesenanlage ging es natürlich auch um Arbeitsplätze. Da wären natürlich sicherlich über tausend Arbeitsplätze möglich gewesen. Gorleben war Zonenrand, und von daher war das natürlich auch eine ganz interessante Geschichte für ein Land wie Niedersachsen. Ich bin ja nun im Zonenrand praktisch groß geworden und weiß, was das für Schwierigkeiten gewesen sind und wie viele Arbeitsplätze weggebrochen sind usw. - - dass das auch zumindest eine kleine Überlegung mit gewesen ist.

Ich habe dann in dem Gespräch mit den drei Bonner Ministern, glaube ich, nur einen Satz gesagt, und der war: Vor der Hacke ist es duster.

(Heiterkeit des Abg. Reinhard
Grindel (CDU/CSU))

Dieser Satz spielt im ganzen Bereich eine ganz große Rolle. Ich sagte: Ich war Vorrichtungshauer. Ich habe bestimmt zig Kilometer gebohrt, um vorzubereiten, ob da unter Tage nicht irgendwie ein See war. Das war nämlich das Schlimmste, was passieren konnte, wenn man da meinetwegen - - Wir hatten bei uns unter Tage eine große Bohrmaschine, die eine ganze Strecke aufgefahren hat; wir nannten es „Eiserner Bergmann“. Da musste immer vorgebohrt werden, weil die Gefahr bestand: Wenn der auf einmal in einen unterirdischen See fährt, dann ist der ganze Schacht abgesoffen. Es sind ja im Laufe der Jahrzehnte Schächte, Kalischächte abgesoffen usw.

Wir haben aber dann zunächst noch keine große Entscheidung getroffen in 76/77, sondern wir haben ja dann eine große Konfe-

renz gehabt, und zwar vom 28.03.79 bis 03.04.79, mit internationaler Besetzung, und zwar unter Leitung von Herrn von Weizsäcker, also nicht dem Präsidenten, sondern dem Bruder, dem Physiker. Da ging es darum - ich sage: internationale Besetzung -: Ist diese Anlage, also jetzt Wiederaufarbeitung usw. - - ist das überhaupt möglich und technisch und, und, und? Und auch Gorleben hat eine gewisse Rolle gespielt. Da gab es Dafür und Dagegen; das war klar, das natürlich.

Aber ich will damit nur sagen, wenn so manches heute dargestellt wird: Na ja, ihr habt mit Hauruck entschieden usw. - - Ich habe zum Beispiel, als Herr Gabriel mal einen Brief in der *Welt* geschrieben hat, dass wir ja nicht sachlich entschieden hätten, sondern eine politische Entscheidung - - dann habe ich ihm einen Brief geschrieben, als er Minister war, und habe ihm das geschildert mit den drei Ministern und was da alles passiert ist. Da hat er mir geantwortet: Na ja, wenn Sie innerhalb von acht Tagen entschieden haben, dann kann ja nichts Gescheites dabei herauskommen. - Das war eine Antwort eines Ministers auf einen Brief, wo ich ihm dargestellt habe, wie das Ganze gelaufen ist. Das ist ja nun nicht so eine ganz einfache Geschichte gewesen.

Dann kommt dazu, dass ich hier Unterlagen habe von der Gesellschaft für Strahlenforschung aus den Jahren 65 usw., wo ganz deutlich aus zwei verschiedenen Berichten hervorgeht, dass im Grunde genommen Salz die einzige Möglichkeit ist, wo Gas und Wasser keine Möglichkeit haben. Die haben alles Mögliche untersucht, ob das nun Versenkung der abgebrannten Brennelemente im Meer war, ob das eventuell in den Luftraum zu schießen war, ob das Ton war, ob das Granit war. Alle haben sich - - Ich rede hier von dem Institut für Strahlenforschung. Die haben eindeutig festgestellt: Das Wichtigste und auch das, was am sichersten ist, ist Salz - Ich sage das nur deshalb, weil ja heute oft gesagt wird: Na ja, neue Standorte. - Nur, so viele neue Standorte gibt es nicht. Ich habe auch noch nie, von niemandem gehört, wo der neue Standort sein könnte; es wäre ja interessant, mal zu hören. Dann ging das nämlich morgen da genauso los wie in Gorleben oder in Stuttgart, wenn da ein Ort genannt würde.

(Heiterkeit)

Aber wer einen anderen Standort haben will, der muss natürlich dann auch, sagen wir mal,

die Möglichkeit hierfür schaffen usw. Also, jedenfalls, das sind die wesentlichen Dinge.

Ich habe gestern übrigens noch einen Artikel von einem Professor gelesen, der sich mit dem Thema, auch Asse und Gorleben, befasst hat, der eindeutig gesagt hat: Es ist bis heute nichts, was einen daran hindern könnte, da weiter zu erkunden. Da ist nichts gefunden. Und SPD und Grüne haben ja auch damals, als sie damals diesen Vertrag geschlossen haben mit der Atomindustrie und mit der Kernenergie, anerkannt, dass Gorleben bis dahin in Ordnung war. Also, von daher - -

Ich habe es auch für falsch gehalten, da zehn Jahre eine Erkundung einzustellen. Wir hätten jetzt schon garantiert einen Standort. Ob das Gorleben wäre oder nicht, das ist eine andere Frage; aber zumindest wäre es klar. Und so laufen wir hinterher und warten, wie das kommen soll usw. Aber ich glaube, ich habe das Wesentliche versucht darzustellen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herr Schnipkoweit, herzlichen Dank für Ihre einführenden Darstellungen. Es wird sich jetzt die Fragerunde anschließen, und ich erlaube mir, dass wir zunächst tatsächlich noch mal über diesen bewussten 11.11.1976 sprechen.

Uns liegt dazu ein Vermerk vom 15. November 1976 vor; der ist angefertigt worden vom Leiter der Abteilung RS, also Reaktorsicherheit, Sicherheit sonstiger kerntechnischer Anlagen und Strahlenschutz, beim BMWi, von Herrn Ministerialdirektor Sahl. In diesem Vermerk ist eben auch noch mal dargestellt, dass die - -

(Zuruf: Wo finden wir den?)

- Entschuldigung. „Wo finden wir den?“, ist eine richtige, gute Frage. MAT A 64, Band 17, Paginierung 094224 bis 094231. Entschuldigung.

In diesem Vermerk ist dargestellt, dass dieses Gespräch tatsächlich hochrangig - ich würde sagen: höchstrangig - besetzt ist: drei Bundesminister - das haben Sie gerade schon gesagt -, dazu noch der Ministerpräsident und drei Landesminister, nämlich neben Ihnen noch der Minister Leisler Kiep für Wirtschaft und Verkehr und der Minister Bosselmann für Inneres; dabei waren dann auch noch der Präsident des Landtages und die Vorsitzenden der drei Fraktionen des Landtages.

Könnten Sie noch so ein bisschen was zu dieser Runde sagen? Also, das war ja eine hoch-, um nicht zu sagen höchstrangig besetzte Runde; da fehlte ja eigentlich nur noch der Bundeskanzler. Deshalb war im Vorfeld wohl klar, dass da eine Entscheidung getroffen werden sollte oder möglicherweise nicht. Also, wieso ist es eigentlich schon zu dieser Besetzung dieser Runde gekommen? Die ist nach meinem Empfinden jedenfalls ungewöhnlich. Oder war sie das gar nicht?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das ist klar. Ich meine, wir haben uns ja fast erschrocken, wenn man es mal genau nimmt, wenn da drei Minister - ich habe immer so flapsig gesagt: drei ausgewachsene Minister - in ein Land Niedersachsen kommen. Es hätte ja auch einer gereicht, um uns zu sagen, was notwendig wäre. Aber, wie gesagt, es waren drei, und es waren ja auch nicht irgendwelche aus der zweiten Reihe, sondern es waren ja im Grunde genommen starke Minister sogar. Die wurden zu uns geschickt.

Ich habe ja schon gesagt, dass sich am meisten Herr Hedergott, der Vorsitzende der FDP-Fraktion, aufgeregt hat und auch ziemlich laut geworden ist, was die sich einbilden usw., in dieser Situation oder mit dem Anliegen, vor allen Dingen in einer Woche - - Das ist ja das Entscheidende gewesen. Wenn die gesagt hätten: „Also bitte, das wird schon lange verhandelt, und wir möchten einen Abschluss haben“ oder was. - Aber innerhalb einer Woche eine Entscheidung - - Na ja, also - -

Ich habe nur einen Satz gesagt, weil das natürlich für meine Begriffe sowieso das Wesentliche generell ist; denn es gibt keinen Salzstock in der Welt, bestimmt keinen einzigen, wo man sagen könnte: Das ist 100 Prozent sicher. - Wenn heute jemand behauptet, er könne sagen, was bei einem unverritzten Salzstock ist und nicht ist, dann kann ich ihm sagen: Der belügt die Welt. Das gibt es nicht.

Sie müssen davon ausgehen, dass in 500 oder 800 oder 1 000 Meter Tiefe durchaus ein unterirdischer See sein kann - genau der Unfug, den ich jetzt gelesen habe, dass da irgendwo in der Nähe von Gorleben wie viele Millionen Kubikmeter Lauge sein sollen. Das ist doch unmöglich. Ich sage noch mal: Wenn ich nicht selber so oft vorgebohrt hätte, dann würde ich sagen: Na ja.

Also, wenn Sie mein Heft einsehen wollen - Sie können es gerne einsehen -, dann

steht da auf der zweiten Seite schon: vorgebohrt, vorgebohrt usw. - Das heißt: Ist da nicht irgendwo eine Stelle, wo tatsächlich, sagen wir mal, Wasser - - Gas hat gar keine Rolle gespielt. Es ging nur immer um Wasser. Ein bisschen Lauge hätte keine Rolle gespielt. Aber wenn da ein großer See ist, dann säuft so ein Bergwerk ab. Das ist nun ganz eindeutig. Wie wollen Sie das denn wieder dichtkriegen?

Hören Sie: Also, ich weiß jedenfalls - - Mehr kann ich im Moment dazu nicht sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja. Wir unterhalten uns ja noch eine ganze Weile. - Ich frage noch mal nach der Stimmung auch in diesem Gespräch. Also, Sie hatten eben darauf hingewiesen, die niedersächsische Landesregierung war zu dem Zeitpunkt eine Minderheitenregierung. Fühlten Sie sich bedrängt, gedrängt vonseiten des Bundes, und, wenn ja, wozu, und was wäre passiert, wenn Sie sozusagen jetzt gesagt hätten: „Kein Standort in Niedersachsen“?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Na, es ist doch ganz klar. Man muss ja wissen, wie wir sozusagen an die Regierung gekommen sind. Ich nehme an, das weiß jeder hier. Aber wenn er es nicht weiß, sage ich es mit zwei Sätzen: Alfred Kubel ist zurückgetreten im Februar oder im Januar, es musste ein neuer Ministerpräsident gewählt werden, und dann hat er keine Mehrheit mehr in seinen eigenen Reihen gekriegt, und dadurch ist Ernst Albrecht dann Ministerpräsident geworden, und ich wurde dann Sozialminister. Das war aber vorher im Grunde genommen klar; denn wir hatten im Wahlkampf 1974 eine Mannschaft von vier Mann; das waren Albrecht, Hasselmann, Remmers, der Kultusminister, und Schnipkoweit. Das war die Mannschaft. Deswegen war es ja auch klar, dass ich Minister war. Ich brauchte auch kein zweites Ministerium zu übernehmen, weil meines ja groß genug war. Da konnte man ja nicht nun noch sagen: Jetzt musst du noch Justiz oder Innen oder ich weiß nicht was machen. - Also, von daher - -

Aber dass da natürlich die Stimmung bei uns - - Sie können es sich ja vorstellen, wenn Sie so ein Haus übernehmen - - Und dann müssen Sie sehen, wie die einzelnen Häuser politisch besetzt waren. Das fand ich auch nicht so ganz einfach. Bei mir im Haus war ein Einziger im Höheren Dienst, ein Einziger,

der meiner Partei angehörte. Also, von daher war das doch alles so wahnsinnig schwierig. Und dann kommt auf einmal der Druck: Du musst innerhalb von einer Woche entscheiden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich will da noch mal weiter fragen. Diesem Vermerk, den ich eben schon benannt habe, kann ich entnehmen - ich zitiere -:

Vor dem Ministergespräch

- sagt der Ministeriale aus dem Bundesinnenministerium, der dabei war und mitgeschrieben hat -

bestand auf seiten des Bundes Anlaß zur Skepsis darüber, ob sich die niedersächsische Seite überhaupt bereitfinden würde, über die Bekundung eines Bedürfnisses nach ausführlichen weiteren Informationen hinauszugehen. Alles deutete darauf hin, daß nicht einmal die Bekundung einer grundsätzlichen Bereitschaft zur Aufnahme des Entsorgungszentrums in Niedersachsen zu erwarten war.

Und dann hat man aber im Laufe dieses Ministergespräches sich dennoch zu Konkretisierungen bereitgefunden. Ich darf aus einem anderen Teil des Vermerkes zitieren:

Außerdem wurde in diesem Teil des Gespräches eine bisher nicht zur Diskussion gestandene vierte Standortalternative in relativer Nähe der Zonengrenze erwähnt, an der Niedersachsen sehr interessiert erschien.

So jedenfalls der Vermerk, der aus diesem Gespräch kommt.

Da würde mich jetzt tatsächlich interessieren: Wie ist es dazu gekommen sozusagen? Also, wieso hat man gesagt: „Wir können die drei Minister jetzt nicht ganz ohne sozusagen irgendein Ergebnis gehen lassen“, obwohl die Bonner eigentlich gedacht haben: Na ja, die Niedersachsen werden sich wahrscheinlich eher nicht bewegen? - Und dann ist ein vierter Standort ins Gespräch gekommen, und da wollte ich fragen, ob das Gorleben denn gewesen ist, und, wenn ja, warum.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Also, wie gesagt, Gorleben - - Es ist ja erst später entschieden. Ich habe das ja vorhin schon gesagt: Das ist ja nicht 76 oder 77 entschei-

den, sondern es waren im Grunde genommen zumindest noch zwei Orte - das war Gorleben, und das war der Ort bei Steimbke; bei Nienburg ist das in der Nähe - überhaupt in der engeren Wahl, wenn man das so sagen will.

Dass wir, ich will nicht sagen, Interesse hatten, aber zumindest durchaus gesagt haben: Es muss ja irgendwas passieren - - Denn wir hatten ja in Niedersachsen auch mehrere Kernkraftwerke. Ich habe vorhin gerade davon gesprochen, dass Unterweser gerade in Betrieb genommen war, dass Stade in Niedersachsen schon abgeschaltet war, dass in Grohnde ein Kernkraftwerk war, dass in Lingen ein Kernkraftwerk war, das auch schon abgeschaltet ist und wo ein neues gebaut ist usw. Also, deswegen mussten wir ja schon selbst ein Interesse daran haben, dass da irgendetwas passierte.

Nur, ich sage noch mal: Aufgrund dieser großen Geschichte, also dass es nicht nur Endlager war, haben wir dann, wie gesagt, diese Konferenz da gemacht mit internationaler Besetzung. Ich sage Ihnen: Mir hat der Kopf noch nie so gebrummt wie da. Sich eine ganze Woche nur auf Englisch und Französisch zu unterhalten - und ich verstehe beides nicht -, das können Sie sich mal vorstellen, und dann diese schwierige Materie sowieso. Daraufhin sind dann bei uns erst so die Entscheidungen gefallen, wo es endgültig langgehen soll. Und dann muss ich ganz offen sagen: Die Bundesregierung hat natürlich Bedenken gegen Gorleben gehabt wegen der Grenznähe. Das weiß ich, dass damals das nicht für besonders glücklich gehalten wurde.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Hatten Sie zu dem Zeitpunkt schon genügend Daten, Unterlagen, die Ihre Regierung dazu gebracht haben, sozusagen zu sagen: Wir nehmen jetzt Gorleben? Also, wieso ist man dann auf die Idee gekommen, tatsächlich zu sagen: Jawohl, wir bringen Gorleben diesbezüglich als mögliches Endlager, als möglichen Endlagerstandort oder Entsorgungsstandort ins Gespräch?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich habe ja schon gesagt, dass im Grunde genommen, bevor wir überhaupt in der Regierung waren, über hundert Standorte geprüft wurden, ob sie möglich sind. Dann sind vier endgültig übrig geblieben. Dann habe ich vorhin ja gesagt, dass zwei - wegen Schieß-

platz und ein anderer wegen Wassergeschichten usw. - nicht infrage kamen. Jetzt kamen ja praktisch nur zwei infrage. Jetzt hätte man im Grunde bald würfeln können; aber zwei kamen infrage.

Was für mich ein ganz wichtiger Punkt war - ich sage noch mal: ich habe ja nur mitdiskutiert -, war eben der unverritzte Salzstock in Gorleben und natürlich - das gebe ich ja auch zu - das dichtbesiedelte¹ Gebiet von Gorleben. Ich meine, wir wollen uns keinen Illusionen hingeben: Sie können doch nicht, wenn Sie - - Ich habe hier das Buch, wo die Kaliwirtschaft in Deutschland - - Das spielte sich so im Umkreis von 50 Kilometern von Hannover ab. Da waren, meinerwegen vor 20 Jahren, fast alle Kalibergwerke - fast alle - nur in dem engen Raum, und Sie hätten doch in diesem Raum nie so was machen können. Da können Sie doch nicht so eine Fabrik hinbringen.

Sie haben es doch selbst sicherlich verfolgt, dass, nachdem es bei uns weg war, dann ja Wackersdorf im Gespräch war, dass in Wackersdorf diese Anlage gebaut werden sollte; ich meine diese Wiederaufarbeitung usw. Ja, das ist auch nicht passiert. Die Bayern waren auch nicht in der Lage, das durchzusetzen gegen die Bevölkerung. Das wäre bei uns nicht gelaufen. Irgendwann hat Albrecht gesagt: Das kann ich nicht verantworten. Was sich hier anschließend abspielen wird, das ist gar nicht auszudenken.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Vielleicht gehen wir jetzt über zu einem Komplex Informationspolitik. Denn das war auch ja immer die Frage sozusagen, inwiefern eigentlich die Bevölkerung vor Ort informiert worden ist, inwiefern man versucht hat, die Erkundung zunächst mal so im Stillen vorzunehmen, ohne zu viel Öffentlichkeit zu haben.

In demselben Vermerk, aus dem ich jetzt schon mehrfach zitiert habe, findet sich unter Punkt 3.4 Informationspolitik - und ich zitiere jetzt noch mal -:

Nachdem die vorausgegangenen Ausführungen allgemeine Zustimmung gefunden hatten,

- das war eben auch die Benennung dieser vierten Alternative, also Gorlebens -

konzentrierte sich das Gespräch noch einmal auf die Notwendigkeit einer der Bedeutung des Objektes angepaßten Informationspolitik. Herr Ministerpräsident Albrecht faßte hierzu zusammen:

Es solle unverzüglich eine Arbeitsgruppe „Information“ gebildet werden. Wichtig sei, daß die Information nicht mehr der Wirtschaft allein (wegen ihres Glaubwürdigkeitsdefizites) überlassen bleibe, sondern der Staat mit in die Front trete. Wichtig sei ferner, daß die politischen Parteien bis in ihre Basis und in die Verästelungen in den Kommunen vor Ort hinein die Informationen bezüglich des Entsorgungsjektes verträten. Diese Aktionen müßten vor allem von dem BMI und BMFT nahestehenden Experten mitbestritten und beraten werden.

Dennoch ist immer wieder der Vorwurf erfolgt, dass die Information ungenügend sei. Wie haben Sie das in Erinnerung? Wie ist Ihre Aussage zu dieser Frage?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Also, es ist ja so: Wir haben ja mit den Kommunalvertretern entsprechende Gespräche geführt, und bis heute gibt es ja in der Kommune Politiker, quer durch alle Parteien zum Teil - bestimmt nicht bei den Grünen, aber bei den anderen -, die durchaus das Ganze für richtig halten. Es ist ja nicht so, dass da von Anfang an Widerstand, vor allen Dingen bei den Kommunalpolitikern, war. Und das, was sich jetzt meinerwegen in Stuttgart usw. oder was sich auch jetzt in den letzten Jahren in Gorleben abspielte, damit hat ja damals kein Mensch gerechnet. Das gab es ja alles gar nicht. Das darf man ja nicht vergessen. Deshalb haben wir versucht - da war Albrecht ja sowieso, wie soll ich sagen, sehr fortschrittlich -, hier vernünftig zu informieren. Aber das, was möglich war, ist von unserer Seite bestimmt passiert.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und ist denn dieses Angebot der Information auch tatsächlich angenommen worden von der Bevölkerung? Also, hat es tatsächlich diesen Austausch gegeben? Wie hat sich das denn dargestellt? Also, haben Sie Erkundungsergebnisse vor Ort vorgelegt? Haben Sie die kommentiert? Oder was ist denn da eigentlich passiert? Wie kann man denn einem normalen Menschen - - Sie als Bergmann

¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „dichtbesiedelte“, setze „dünnbesiedelte“, Anlage 1

werden wissen, wie Sie ein solches Erkundungsergebnis möglicherweise zu bewerten haben. Aber jemand, der einen anderen Beruf hat - ich bin einfacher Tierarzt -, würde das nicht von vornherein wissen. Also, wie hat man das denn versucht? Hat der Bund da entsprechend mitgeholfen? Die Landesregierung? Wie war da das Zusammenwirken?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Es war ja damals noch keine Erkundung; das darf man ja nicht vergessen. Es war ja zunächst mal nur die Standortfestlegung und die Diskussion darum. Ich meine, die Erkundung hat ja viel später begonnen, und von daher war ja der Widerstand längst nicht so groß, wie er heute ist; das sowieso nicht.

Also, ich jedenfalls weiß nur - mehr kann ich dazu heute wirklich nicht mehr sagen -, dass eben, wie gesagt, vor allen Dingen Gespräche mit den Kommunalpolitikern stattgefunden haben. Und das war ja nun im Grunde genommen untere Ebene, wenn ich aus den einzelnen Städten und Gemeinden mit den Vertretern der einzelnen Parteien spreche. Also, ich meine, das war nach meiner Ansicht damals genügend. Da ist keiner auf die Idee gekommen: Wir müssen jetzt ich weiß nicht welche Gruppen da noch einbeziehen. - Ich rede von dem Zeitpunkt von 76/77/78.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wie hat sich das dann weiterentwickelt - also, Sie waren ja durchaus noch länger zuständig sozusagen in diesem Bereich -, gerade in der Kommunikation mit der Öffentlichkeit? Hat die Presse zum Beispiel diese Frage aufgegriffen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Die Presse?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja, sicher. Die greift doch das alles auf. Das ist doch eine prima Sache für die Presse. Also, das weiß man doch. Die hat natürlich die Dinge so aufgegriffen. Ich sage noch mal: Zu diesem Zeitpunkt gab es keine Riesenwiderstände. Es gab so einige wenige, die da versucht haben - - Aber zu dem Zeitpunkt war das nicht so.

Ich bin ja nun oft da in dem Bereich gewesen, meinetwegen als Sozialminister in Krankenhäusern usw. in Dannenberg usw., alles Mögliche, in Sozialstationen, was alles möglich war. Aber das war überhaupt kein Thema, wenn ich da als Minister hingekommen bin, sondern die haben dafür gesorgt, dass ihr Krankenhaus vernünftig ausgestattet wurde, aber nicht, ob da jetzt in Gorleben irgendwas passierte.

Sie dürfen nicht vergessen: Gorleben ist ja weit weg vom Schuss. Ich habe mir jetzt noch mal die Landkarte angeguckt. Es gibt ja sicherlich keinen Standort, der, sagen wir mal, so weit von einer nächsten größeren Einheit entfernt war wie Gorleben. Das ist bei keinem anderen Bereich so gewesen, und deswegen war das natürlich für die, die da in Lüchow oder in Dannenberg wohnten, nicht so interessant, wie es meinetwegen heute allgemein ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Schnipkoweit, diese Frage: „Inwiefern ist da ein Standort benannt worden, nach welchen Kriterien, und ist die Öffentlichkeit darüber reell informiert worden, oder hat man eben versucht, da irgendwas unter der Hand sozusagen hinzumuscheln und so hinzudrehen, wie es der Regierung, wem auch immer, gepasst hat?“, ist tatsächlich ja eine ganz zentrale Frage. In den Kontext dieser Frage gehört eben auch die Fragestellung: Nach welchem rechtlichen Instrument, von welcher rechtlichen Instanz wurde eigentlich diese Erkundung dann später vorgenommen, also Anwendung von Atomrecht oder Anwendung von Bergrecht? Bei der Anwendung von Bergrecht wirft man vor und sagt: Jawohl, das ist ein wunderbares Instrument, mit dem man Öffentlichkeit außen vor halten kann.

Deshalb möchte ich Ihnen jetzt auch noch mal vor dem Hintergrund dessen, was wir gerade erörtert haben, ein Schreiben des Bundesministers des Innern, Herrn Baum, an Sie und an die niedersächsische Ministerin für Wirtschaft und Verkehr, Birgit Breuel, vorhalten; das ist MAT A 64, Band 3, Paginierung 543237 bis 543238. Dort ist zur genehmigungsrechtlichen Behandlung des Abteufens zu lesen:

Bei unserem Gespräch

- schreibt Herr Baum an Sie am 11. September 1981 -

hatte ich mir eine endgültige Stellungnahme zu der Frage vorbehalten, wie vor dem Abteufen der Schächte für das geplante Endlagerbergwerk in Gorleben genehmigungsrechtlich zu verfahren sei. Wie Ihnen bekannt ist, gibt es in dieser schwierigen Rechtsfrage rechtswissenschaftliche Gutachten, die auf eine Fülle unterschiedlicher Gesichtspunkte eingehen. Deshalb war eine sorgfältige Überlegung in meinem Hause notwendig, die nunmehr abgeschlossen ist.

Baum spricht sich letztendlich - und verweist auf Ihre Zustimmung - für die Anwendung von Bergrecht aus. Warum ist man damals - aus Ihrer Erinnerung heraus - zu dieser Entscheidung gekommen? Warum hat man sich nicht doch für Atomrecht entschieden? Wie kam es dazu? Könnten Sie dazu was sagen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Also, ich würde so sagen: Es hat damals sicherlich keine Rolle gespielt. Ich meine, Bergrecht vielleicht deshalb, weil ja im Grunde genommen die Bergämter die einzige Behörde waren, die in der Lage waren, etwas, was unter Tage passiert, zu begutachten. Und da hat meinerwegen das Thema Atom gar keine Rolle gespielt, sondern es ging immer wieder um das Bergrecht. Ich habe ja nun viel mit der Bergbehörde - - Nicht als Minister; die war ja beim Wirtschaftsminister angesiedelt. Deswegen kommt ja Frau Breuel da ins Spiel usw. Aber ich hatte ja vorher mit der Bergbehörde viel zu tun, wenn ich an Lengede denke oder an andere Grubenunglücke usw. Aber das war eben die Behörde, die meinerwegen für den Bergbau zuständig war, und auch die, die die meiste Erfahrung von Bergbau hatte. Das spielt ja eine ganz große Rolle dabei. Mehr weiß ich nicht. Ich meine, Sie können nicht von mir erwarten, dass ich aus dem Kopf nun solche Dinge, die auch für uns, also jedenfalls für mich persönlich, nicht das Entscheidende waren - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein. Vielen Dank. Wir wissen sehr wohl zu schätzen: erstens, dass Sie da sind, zweitens, dass das ein wirklich langer Zeitraum ist, über den wir jetzt versuchen so ein bisschen Erhellendes zu erfahren. Von daher, Sie können natürlich nur das wissen, an was Sie sich erinnern können; ganz klar.

Ich will noch eine Frage zum Schluss meiner einleitenden Befragung jetzt stellen. Eine Vermutung ist immer, dass die Atomwirtschaft bei der Entscheidungsfindung bezüglich des Standortes, dann auch bezüglich untertägiger Erkundung, Druck ausgeübt haben könnte auf die politischen Entscheidungsträger. War das der Fall? Haben Sie sich beeindrucken lassen? Hat es da Kontakte gegeben? Sie hatten eben über die Genehmigung eines Kernkraftwerks gesprochen; also wird es ja Kontakte gegeben haben. Können Sie sich daran erinnern, dass jemand versucht hat, sozusagen Ihnen jetzt eine bestimmte politische Meinung oder Haltung oder Entscheidung von außen aufzudrängen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Soweit ich betroffen bin, bestimmt nicht. Ich habe Ihnen ja schon gesagt, dass ich den obersten Boss da von dem Werk, der da Unterweser in Gang setzen wollte, und auch in anderen Bereichen - - Da bin ich manchmal ein bisschen stur gewesen. Also, ich hätte mich bestimmt von niemandem unter Druck setzen lassen: Jetzt musst du das so machen.

Mir ist auch nicht bekannt, dass ich mit irgendeinem Vertreter der Wirtschaft über das Thema gesprochen hätte - ich wüsste es wirklich nicht -, sondern wenn, dann mit den Kommunalpolitikern. Es liegt doch in der Natur der Sache, wenn Sie da, was ich vorhin schon sagte, jetzt ins Krankenhaus Dannenberg fahren, da einen Besuch machen, und da fragt Sie dann der Kommunalpolitiker was, dass Sie dann natürlich auch mit dem darüber sprechen. Das ist doch logisch. Es wäre ja töricht, wenn ich das nicht gemacht hätte usw. Aber generell hat es da bestimmt von keiner Seite irgendeine Beeinflussung gegeben; was meine Person betrifft, bestimmt nicht. Das weiß ich nun ganz genau. Also, da kann bestimmt keiner sagen: Ich habe mit Schnipkoweit gekungelt oder was auch immer gemacht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann sollen es die Fragen von meiner Seite jetzt zunächst gewesen sein, und jetzt haben die Ausschussmitglieder die Möglichkeit, die Fragen zum Thema zu stellen.

Ich hatte es Ihnen in unserem kurzen einleitenden Gespräch bereits gesagt: Die Fragezeiten sind entsprechend der Größe

der Fraktionen zugeordnet. Zunächst ist das Fragerecht jetzt bei der CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Lieber Herr Schnipkoweit, zunächst vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung stehen.

Ich würde gerne noch mal insofern auf 77 zurückkommen, als ich glaube - weil das auch so lange her ist -, dass natürlich wir bei Gorleben nur an das Endlager denken, aber Sie ja deutlich gemacht haben: Es ging ja damals um weitaus mehr: die Wiederaufarbeitungsanlage, die eine große Rolle gespielt hat, und andere Vorhaben, die dort geplant waren in diesem Entsorgungszentrum, wie man das ja nannte.

Sie haben jetzt verschiedene Überlegungen angesprochen: unverritzter Salzstock, aber auch die Frage der Dichte der Besiedlung und Arbeitsplätze. Jetzt wird in der heutigen Diskussion immer gesagt: Guck an, die haben beim Endlager Gründe mittragend sein lassen, die eigentlich mit dem Endlager gar nichts zu tun hatten. - Könnten Sie noch mal darstellen, oder - andersrum formuliert - sehe ich es richtig, dass, wenn Sie von der Dünne der Besiedlung oder auch von der Frage Arbeitsplätze, Infrastruktur, Zonenrandgebiet sprechen, sich das weniger auf das Thema Endlager als auf die Wiederaufarbeitung und vor allen Dingen die vielen Arbeitsplätze bezogen hat, die damit ja nach Gorleben gekommen wären, wenn es dort eine solche Anlage gegeben hätte? Ist das richtig, das so zusammenzufassen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Es ist doch klar: Wenn Sie solch eine Riesensache, die ja - - Ich sagte ja vorhin: Selbst in Wackersdorf hat das nicht geklappt, diese Anlage dann später zu bauen, als wir Nein gesagt hatten. Wir mussten immer davon ausgehen, mal unabhängig von Gorleben: Hier wird eine riesige Anlage gebaut, womit auch ein gewisses Gefahrgut verbunden ist. - Und von daher musste es eine dünn besiedelte Gegend sein.

Ich habe ja vorhin gerade gesagt: Es gibt kaum eine Gegend, die so dünn besiedelt ist, wie das in Gorleben ist oder um Gorleben ist. Wenn Sie da auf die Karte gucken - - Also, die anderen Bereiche, die etwas größer sind, sind weit weg, und das war natürlich mit einer Überlegung, dass man gesagt hat: Wenn, dann dünn besiedelt.

Wie gesagt, dann auch ein bisschen Strukturpolitik; ganz klar, dass daran natür-

lich auch mitgedacht wurde. Das sind über 1 000 oder wie viele Arbeitsplätze, und von daher muss man natürlich auch damit rechnen. Aber das war nicht der ausschlaggebende Grund, sondern ich bin nach wie vor der Meinung - und wir werden es ja vielleicht noch erleben -: Bis heute kann keiner sagen: Gorleben ist ungeeignet. - Und wenn es nun tatsächlich nach der endgültigen Erkundung heißt: „Jawohl, Gorleben kann genommen werden“, dann haben wir doch an der richtigen Seite gehandelt. Dann kann doch keiner unterstellen: „Ihr habt da politisch gehandelt“, sondern dann haben wir sachlich richtig gehandelt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau. Das wollte ich nämlich noch wissen. Für Sie war die Frage unverritzter Salzstock, wenn ich das richtig verstanden habe, das zentrale Argument, das, was Sie zum Thema „Salz als Wirtsgestein“ wussten, auch aus Ihrer beruflichen Erfahrung. Können Sie noch entsinnen, dass es mehrere Studien ja auch gegeben hat, wo Gorleben, gerade was die Frage Endlager angeht, also diese Funktion dieses Entsorgungszentrums, was da geplant war, ganz gute Bewertungspunkte bekommen hat? Können Sie das erinnern?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das weiß ich jetzt nicht mehr. Also ehrlich, das - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann will ich was anderes fragen. Sie haben ja - Sie sind nun Politiker, viel erfahrener als ich - gesagt: Wir waren ja Minderheitenregierung, und ich hatte - ich sage es mal mit meinen Worten - ein Haus, wo ich - ich würde fast sagen - nur von Sozis umgeben war, aber zumindest von Leuten umgeben war, die bei der alten Regierung auch schon da waren. - Würden Sie sagen, die Beratung, die Sie von Mitarbeitern dort erfahren haben, auch die Entscheidungsvorbereitung für die Entscheidung im Kabinett im Februar 77, ist im Grunde genommen von genau den gleichen Ministerialbeamten gemacht worden, die auch schon unter der Regierung Kubel gedient haben?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Also, ich muss dazu sagen: Ich hatte zu diesen Mitarbeitern ein wirklich volles Vertrauen. Das war ja der schwierigste Punkt im ganzen Ministerium. Ich meine, wenn Sie im Sozialen oder bei Gesundheit oder irgendwie tatsächlich

mal etwas falsch gemacht hätten - - Aber wenn Sie da bei der Atomgeschichte, der Kernenergie was falsch machen, ist das ja besonders schlimm. Aber ich muss ganz offen sagen: Ich hatte da wirklich gute Mitarbeiter. Das muss ich sagen. Das hatte mit dem anderen, was ich vorhin gesagt habe, nichts zu tun, sondern das bezog sich aufs ganze Haus. Aber soweit es um Kernenergie ging und auch um Umweltschutz, kann ich wirklich sagen, dass das gute Leute waren.

Trotzdem habe ich versucht - und ich habe es auch geschafft nachher -, das loszuwerden. Wissen Sie: Ich wollte Sozialpolitik machen, und ich habe es ja auch Gott sei Dank nachher machen können usw. Wenn ich an das Erziehungsgeld denke, da haben wir einen Modellversuch gemacht usw. - Dinge, wo sie in Bonn damals überhaupt nicht wussten, wie sie es machen sollten usw. Und das hat auch Spaß gemacht. Ich sollte, ich musste mich jetzt mit dem Ding da rumschlagen.

Ich habe das versucht, und dann hat Albrecht gesagt: Du kriegst einen zweiten Staatssekretär. - Ich sagte: Ich will keinen zweiten Staatssekretär; ich möchte das loswerden.

(Heiterkeit des Abg. Reinhard
Grindel (CDU/CSU))

- Ja, das sage ich ganz offen. Ich meine, nicht aus Angst oder was. Aber bitte, wenn Sie so wie ich - - Ich sage ja: Wenn Sie da im Betriebsrat waren, wenn Sie im Gemeinderat waren, im Kreistag waren und immer Soziales, im Landtag Soziales - - Ich war Vorsitzender vom Grubensicherheitsausschuss und Vorsitzender vom Wohnungsbauausschuss; ich hatte zwei Ausschussvorsitze usw. Wenn Sie da nicht gestalten können, weil Sie laufend mit den Dingen da belastet werden - - Dann ist da wieder was passiert, und da ist wieder eine Sache, die nicht in Ordnung ist. Verstehen Sie, dass ich sagte: „Ich möchte das loswerden“? - Ich bin es auch losgeworden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie glauben gar nicht, wie gut ich Sie verstehen kann. Ich bin Innenpolitiker. Ich hätte fast gesagt: Den Untersuchungsausschuss würde ich hier auch gern bald loswerden. - Aber wir lassen das mal sein.

Es geht mir nur um Folgendes: Die Mitarbeiter, die Sie damals beraten haben, haben Sie nicht neu eingestellt, sondern die gab es

auch schon bei Ihrem Amtsvorgänger. Ist das richtig?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja. Ich habe keinen neu eingestellt, nur einen persönlichen Referenten, sonst nichts.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau. Das ist aber nicht ganz unwichtig für die politische Bewertung.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja, ist klar.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Bei der Besprechung mit den drei Ministern war ja auch Joke Bruns dabei als Vertreter der SPD-Landtagsfraktion. Können Sie aus Ihrer Erinnerung sagen, dass Sie Wert darauf gelegt haben, dass im Grunde genommen dieser Prozess vom November 76, als die drei Bundesminister da erschienen, bis zum Februar 77 - wie gesagt, bei dem Bundesministergespräch war ja zumindest mit Joke Bruns ein SPD-Mann dabei - auch unter Beteiligung oder Information der SPD gelaufen ist? Das heißt, könnte man sagen, die hätten, wenn sie zu anderen Ergebnissen gekommen wären, damals auch Gelegenheit gehabt, zu sagen: Also, überlegt doch noch mal, vielleicht einen anderen Standort anzusteuern?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Also, mir ist nicht bekannt, dass es da Zwistigkeiten mit Joke Bruns oder so gegeben hat. Also, im Grunde genommen war das damals grundsätzlich eine bessere Zusammenarbeit im Landtag, als es heute der Fall ist. Das war generell besser, und mir ist nicht bekannt, dass von der Seite irgendwie was gekommen ist: Das muss einen anderen Standort usw. - -

Ich sage noch mal: Ich habe noch niemanden gehört, der einen Standort vorgeschlagen hat. Ich möchte den gern mal kennenlernen. Da wird geredet: Wir müssen mehrere Standorte - - Ja, wo denn? Ich sage: Ich hatte im Grunde genommen zwei Standorte noch, wo ich sagen konnte: Nimmst du den bei Nienburg oder Steimbke, oder nimmst du Gorleben? Also, so einfach ist es nicht. Und wenn ich den Standpunkt - - Ich meine, es mag ja sein, dass manche den Standpunkt vertreten: Nehmen wir Granit oder nehmen wir Ton? Das mag ja sein. Aber

die Wissenschaft sagt generell: Salz ist das Beste. - Und dann sollen sie mal einen Standort im Salz suchen. Den gibt es garantiert nicht in Westfalen, den gibt es nicht in Baden-Württemberg, den gibt es nicht in Bayern, sondern den gibt es in Niedersachsen, in Hessen und einigen Bereichen der ehemaligen DDR, sonst nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es ist ja immer schön, wenn man Leute fragt, die dabei waren als Sachverständige, die über die Zeit berichten. Wir haben hier einen Sachverständigen gehabt, der uns auch über diesen Entscheidungsprozess berichtet hat, und der hat offenbar anhand von Aufzeichnungen und Aussagen von Herrn Kiep gesagt: Also, der Standort Gorleben ist eigentlich von Herrn Kiep genannt worden, und zwar nach Gesprächen mit der Atomwirtschaft. - Können Sie das aus Ihrer Erinnerung bestätigen? Hat Herr Kiep mal zu Ihnen gesagt - denn Sie waren zuständig und allenfalls übers Bergrecht ja Frau Breuel -: Also, nimm doch mal Gorleben? Hat er das aktiv eingebracht, oder ist es so gewesen, wie Sie ja auch hier geschildert haben: Das war ein Prozess, wo von 120 Standorten irgendwann zwei übrig geblieben sind? Welche Rolle hat Herr Kiep damals Ihrer Erinnerung nach gespielt?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich brauche für das Protokoll einmal das Zitat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Stenografisches Protokoll Nr. 7, Seite 28 bis 30.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich möchte nicht gerne über ehemalige Kollegen sprechen; aber bestimmt keine dolle Rolle.

(Sebastian Edathy (SPD): Welcher Zeuge?)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Der Zeuge Dr. Möller.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Bitte?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein. Der Kollege Edathy rief mir gerade die Frage zu, welcher Zeuge oder welcher Sachverständige es war. Es war der Sachverständige Dr. Möller, der das gesagt hat.

Noch mal: Sie können sich nicht daran erinnern, dass Herr Kiep dort eine maßgebli-

che Rolle bei der Findung des Standorts gespielt hat?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Auf keinen Fall.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann würde ich gerne noch mal zur Frage der Informationspolitik fragen. Sagt Ihnen der Begriff „Hirsch-Runde“ oder „Gorleben-Kommission“ etwas? Weil Sie ja gesagt haben, es ist mit den Kommunalpolitikern vor Ort gesprochen worden: Können Sie sich entsinnen, dass auch mit Bürgerinitiativen gesprochen worden ist? Aus den Unterlagen, die ich gelesen habe, geht zum Beispiel hervor - ich meine, mich erinnern zu können -, dass Herr Albrecht auch öfter mit Bürgerinitiativenvertretern gesprochen hat. Würden Sie sagen, da haben Sie schon versucht, die Menschen vor Ort auch mitzunehmen und mit zu informieren?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Also, einmal ist es so - ich hatte das vorhin ja schon gesagt -: Die Hirsch-Runde war vom 28.03.79 bis zum 03.04.79. Das weiß ich genau, weil ich Gott sei Dank die Kalender noch zu Hause liegen hatte. Da konnte ich das nachschlagen, wann das gewesen ist. Das ist ja auch eine Sache, an die ich mich sehr genau erinnere, weil das nun für mich eine schlimme Zeit war, da von morgens bis abends zu sitzen und dann nur auf Englisch und Französisch unterhalten zu werden. Aber ich bin ziemlich sicher: Man hat auch damals neben den Kommunalpolitikern auch mit anderen gesprochen.

Ich kann Ihnen jetzt nicht mehr im Einzelnen sagen, welche Gespräche geführt worden sind. Wissen Sie: Ich habe manchmal an einem Tage drei Veranstaltungen gehabt, wo ich in einem Krankenhaus war, in einer Behindertenwerkstatt und anschließend noch - - Dann können Sie doch nicht alles noch zusammenkriegen und genau wissen, was da gesprochen worden ist.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Völlig klar; schon gar nicht, wenn es auf Englisch und Französisch war. - Der Herr Hirsch, nach dem die Runde benannt worden ist, war ja eher Kernenergiekritiker. Könnten Sie mal sagen aus Ihrer Erinnerung: Waren da sowohl Leute, die das kritisch gesehen haben, was in Gorleben passieren sollte, als auch welche, die das unterstützt haben? War das

so von der Anlage her schon mit Pro und Kontra gedacht?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Auf alle Fälle. Das hatte ich ja vorhin, glaube ich, versucht darzulegen, dass es international war und dass es viele waren, die dafür waren, und es gab genauso viele - ich kann es jetzt nicht sagen; es ist nicht abgestimmt -, die dagegen waren. Ich meine, nur: Solche Entscheidungen hat ja Albrecht sehr stark nicht selbst entschieden, aber eine große Rolle dabei gespielt. Und nachdem er natürlich da die entsprechenden Gegner auch gehört hat, was alles damit zusammenhängt, hat er ja dann anschließend gesagt: Das können wir nicht durchführen, diese Geschichte. - Und dann ist ja im Grunde genommen nur das Endlager übrig geblieben. Aber die große Einrichtung war natürlich im Grunde genommen da tot und natürlich auch der Widerstand aus der Bevölkerung; das war doch klar. Obwohl: Das war harmlos gegenüber dem, was heute passiert; das will ich noch mal sagen. Das, was heute mit Masten passiert, um Strom zu leiten, ist schlimmer, als was damals mit Gorleben war.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben mehrfach so gesagt: Na ja, 76/77 das war ja keine große Entscheidung, das ist ja eigentlich eher alles hinterher gekommen. - Sie haben gerade gesagt: 79 ist dann ja auch das Thema Wiederaufarbeitungsanlage beendet worden. - Kann man das richtig verstehen, dass wirklich 77, gerade bezogen auf das Endlager, es im Grunde genommen so war, dass man gesagt hat: „Okay, wir machen jetzt mal Probebohrungen, wir gucken mal obertägig, ob das eignungshöflich ist, ob das das hergibt, was wir uns davon versprechen“? Und würden Sie sagen, die eigentliche Entscheidung war dann erst 83, als man sich dazu durchgerungen hat, in die untertägige Erkundung auch einzusteigen? Oder warum haben Sie ein paarmal gesagt: „Das war eigentlich gar keine große Entscheidung 77“?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nein. Wir haben damals nicht endgültig entschieden. Das weiß ich ganz genau. Wir haben zwar Gorleben im Gespräch gehabt - deswegen hat ja auch die Bundesregierung gesagt, sie wäre nicht für Gorleben -, aber das war noch keine Entscheidung, dass man gesagt hat: „Jawohl, wir haben jetzt den Standort

Gorleben festgelegt“, sondern das ist erst später erfolgt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was heißt das: „später erfolgt“? Wann ist für Sie „später“, also die klare Festlegung?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Sicherlich erst, nachdem die Hirsch-Runde zusammen war, weil die ja auch eine Rolle dabei gespielt hat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das war aber mehr Wiederaufarbeitungsanlage.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja, ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil uns geht es ja jetzt vor allen Dingen um das Thema Endlager. Damit haben wir jetzt was zu tun.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das weiß ich, aber das hängt ja nun eng zusammen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber Sie würden sagen, der Fokus lag dort im Wesentlichen auf dem Thema Wiederaufarbeitungsanlage?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja, eindeutig. Das ist ja das, was ich im Grunde gar nicht so verstehe bei der ganzen Diskussion. Heute wird nur über Endlager gesprochen, aber damals, zumindest bis 79 oder 80, ging es wirklich um die Wiederaufarbeitung. Und das war ja nun ganz was anderes, hatte eine ganz andere Bedeutung und Qualität als das Endlager jetzt. Das muss man ja ganz nüchtern sehen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben auf diesen unverritzten Salzstock mehrfach in Ihrem Vortrag Wert gelegt, dass das für Sie ein Aspekt ist. Sie kennen das Argument, dass gesagt wird: Na ja, dass Salz nicht geeignet ist, das sieht man ja schon an der Asse. Wie kann man denn nach den Erfahrungen mit der Asse überhaupt noch über Gorleben reden? - Würden Sie uns mal darstellen, auch aus Ihrer persönlichen fachlichen Sicht: Kann man das eigentlich so machen? Oder ist es nicht richtiger, zu sagen: „Ein ehemaliges Salzbergwerk wie die Asse

und ein unverritzter Salzstock wie Gorleben, das sind eigentlich zwei Paar Schuhe“?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich habe das ja schon versucht darzustellen. Ich persönlich hätte niemals einen Standort vorgeschlagen, wo schon über Jahre oder Jahrzehnte gearbeitet worden ist; denn ich weiß nicht, wie man das nun wirklich so festmachen kann, während hier - - Wenn man jetzt einen unverritzten Salzstock nimmt und man bringt einen Schacht meinetwegen 800 oder 850 Meter runter und fährt dann entsprechende Strecken auf, da ist doch nichts nebenher, wo man nicht genau weiß, was passiert, sondern da hat man es doch voll im Griff. Und das hat man doch bei der Asse nie gehabt.

Ich meine, was bei der Asse passiert ist, ist für mich sowieso ein bisschen unvorstellbar. Ich bin da mal gewesen. Wenn ich gesehen habe, wie die Fässer da runtergeschmissen wurden und mit Salz zugedeckt wurden, das ist für mich ein unvorstellbares Verfahren gewesen zum Teil.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben gesagt, im Zusammenhang mit Gorleben, das, was dort an Vermutungen - Lauge oder auch Gas - in der Öffentlichkeit ja bis zum heutigen Tage diskutiert wird, das haben Sie nie nachvollziehen können. Ist Ihnen das denn in Ihrer aktiven Zeit begegnet, das Thema umfassende Laugen- und Gasvorkommen? Hat das eine Rolle gespielt, oder warum haben Sie vorhin mal so in einem Nebensatz gesagt, das halten Sie für nicht realistisch?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Wie? Mit Gorleben?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, die Frage dort, in diesem Salzstock so große Laugen- und Gasvorkommen.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich sage noch mal: Wer das behauptet, der hat wirklich keine Ahnung. Das muss ich ganz offen sagen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau. Das würde ich gerne erklärt haben. Warum ist das so?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Wie will man feststellen, dass meinetwegen in 500 oder wie viel Metern Tiefe da eventuell wie viel Lauge ist usw.? Gucken Sie mal: In dem Werk, wo ich gearbeitet habe, da war schon 60 Jahre Bergbau betrieben worden. Und da habe ich - ich kann Ihnen das Heft zeigen - wie oft vorgebohrt, um festzustellen: Kommt da kein Wasser usw., sind wir nicht in einem See? - Das kann doch im Voraus überhaupt keiner sagen, wenn er von oben - - Ich halte das für unmöglich, dass irgendjemand in der Lage ist, zu sagen, wie das unter der Erde aussieht. Das kann keiner sagen. Ich meine, das sind doch zum Teil Vermutungen. Aber gerade mit Wasser! Mit Gas ist das noch ein bisschen was anderes. Das wissen wir ja durch Gasbohrungen usw., dass da ja auch noch nach wie vor in Niedersachsen nach Erdgas gesucht wird. Aber trotzdem: Auch das muss irgendwie - -

Nur, ich sage noch mal: Ich halte die Wissenschaftler, die damals hier diese Strahlenschutzgeschichte gemacht haben, die Gesellschaft für Strahlenschutz, noch für am wichtigsten. Das ist ja nicht irgendein Verein von irgendeiner Gruppe, sondern das ist ja eine Zusammensetzung. Ich könnte das hier vorlesen, wie viele Institutionen da mitgewirkt haben, und die sind alle zu dem Ergebnis gekommen, dass Salz mit Abstand das Beste ist, eindeutig. Ich kann Ihnen das zeigen; das können Sie hier nachlesen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich frage Sie das deshalb, weil am 3. Februar 2010 die Fraktion Die Linke im Niedersächsischen Landtag laut einer Pressemitteilung eine Akte gefunden haben will - der umweltpolitische Sprecher Herzog -, wo Sie zitiert werden - eine Akte aus dem Jahre 1981, wo Sie zitiert werden -, dass es Bedenken gegen Gorleben gebe. Sie hätten sich also dort im Rahmen von Veranstaltungen zu Wort gemeldet und hätten Bedenken geäußert. Können Sie sich daran erinnern, dass Sie jemals in Ihrer verantwortlichen Zeit als Minister gesagt haben, Sie hätten Zweifel an der Eignung von Gorleben?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das kann ich mir nicht vorstellen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist Ihnen nicht erinnerlich?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist auch bis heute nicht Ihre Meinung?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nein, bestimmt nicht. Ich sage noch mal: Wer Gorleben nicht will, der muss zumindest bereit sein, einen anderen Standort zu nennen. Und wer dazu nicht bereit ist, den kann ich nicht ernst nehmen; denn wir brauchen ein Endlager. Was wir gemacht haben, das ist ja mindestens fahrlässig, dass an jedem Kernkraftwerk jetzt die Brennelemente da gestapelt werden. Bei jedem Kraftwerk in Deutschland werden aufgrund von Trittin usw. die abgebrannten Brennelemente gestapelt. Da redet man immer von Gefahren, die auf Atomkraftwerke - - Und hier ist die Gefahr doch viel größer, wenn da wie viele lagern, usw.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben ja den Atomausstiegsvertrag zitiert und die entsprechende Anlage 4, wo bei der Vereinbarung mit der Atomwirtschaft die rot-grüne Bundesregierung damals in der Tat Gorleben Eignungshöflichkeit bescheinigt hat. Würden Sie sagen, das ist auch Ihr Stand, aus Ihrer Erfahrung, sowohl eigene berufliche als auch, was Sie in der politischen Zeit mitbekommen haben, dass man bis dahin, bis zum Jahr 2000, sagen konnte: „So ernsthafte Zweifel, dass es da ein K.-o.-Kriterium gebe gegen Gorleben, gibt es nicht“?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Gibt es für mich heute noch nicht. Ich habe noch nicht jemanden gefunden, der ernsthaft behauptet hat, was da wirklich nicht in Ordnung ist. Den kenne ich - - Oder kennt hier jemand - - Ich meine, was da geredet wird - - Wissen Sie, also das ist doch schlimm zum Teil, was da Leute von sich geben. Aber hier kommt es doch darauf an, dass wirklich die Fachwelt hier ihre Meinung sagt.

Ich sage noch mal: Ich halte da diese Strahlenschutzkommission schon für die wichtigste Institution auf dem Gebiet. Ich habe das ja nun selbst erlebt - ich sagte das - mit Oker-Harlingerode, mit ... (akustisch unverständlich) Institut von Freiburg, Öko-Institut. Die reden davon, 35 000 Leute müssten umgesiedelt werden. Nachher haben wir keinen Einzigen umgesiedelt. Aber das wird in die Welt posaunt usw. und ein Zirkus veranstaltet, tagelang die Presse voll gehabt usw. Deswegen habe ich sowieso

nicht Vertrauen zu so einem einzelnen Institut da.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. - Vielen Dank.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Herr Schnipkoweit, ich habe nochmal Fragen zum Gorleben-Hearing, also zu dieser sogenannten Hirsch-Runde. Sie sagten, die Zusammensetzung sei so gewesen, dass man so rund die Hälfte Kritiker, die andere Hälfte Befürworter zusammengerufen hat. Was waren denn die Ergebnisse im Hinblick auf die Endlagerung? Weil wir hatten ja bisher darüber gesprochen, dass ja da offensichtlich Bedenken geäußert wurden, die letztlich dazu führten, dass Albrecht sagte: Also, diese Wiederaufarbeitung wollen wir nicht haben. - Was kam denn aus Ihrer Erinnerung damals an der Stelle Endlagerung heraus?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Mir ist nicht bekannt, dass da jemand gegen den Standort Gorleben Endlager große Bedenken geäußert hat, sondern es ging ja vorwiegend - ich sage: vorwiegend - - Es wurde natürlich auch Gorleben - - Aber mir ist nicht bekannt - - Es mag eine Einzelperson gewesen sein. Wissen Sie, so genau kann ich mich nicht mehr daran erinnern. Das ist ja nun auch lange her. Vergessen Sie nicht, wie alt ich geworden bin inzwischen. Man muss sich ja wundern, was man noch alles behält auf diesem Gebiet. Aber wenn es nicht so wichtig wäre, dann hätte ich es ja auch wahrscheinlich gar nicht behalten und hätte auch nicht die Unterlagen noch zur Hand; denn ich glaube kaum, dass jemand von Ihnen hier von 65 noch solche Unterlagen hätte. Ich habe sie noch. Ich werde immer fündig, wenn ich so was suche. Aber gut, das ist ein Thema für sich. Jedenfalls das hat bestimmt keine Rolle gespielt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das heißt, auch die Entscheidung von Ernst Albrecht, die Wiederaufarbeitung eben nicht nach Niedersachsen holen zu wollen, dafür aber die Endlagerung, die geht schon auf das zurück, was im Gorleben-Hearing eben von Befürwortern wie Kritikern dann ja geäußert wurde?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich habe nicht verstanden.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Also: Die Entscheidung von Ernst Albrecht - Sie sagen ja: Wiederaufarbeitung nein, Endlagerung in Niedersachsen ja - ist schon Ergebnis dessen, was im Gorleben-Hearing dann herausgekommen ist?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das weiß ich nicht. Aber jedenfalls wir haben uns für Gorleben entschieden, weil wir den Standpunkt vertreten haben, dies ist der beste Salzstock, den man hier anbieten kann. Da spielt ja auch die dichte² Besiedlung beim Endlager eine gewisse Rolle. Da wollen wir uns doch keinen Illusionen hingeben. Sie wären doch nie in der Lage gewesen, so ein Endlager meinetwegen in meiner Heimat durchzusetzen, wo die Zusammenballung von Menschen in der Größenordnung ist, oder im Raum Hildesheim oder Hannover - das wäre unmöglich gewesen - oder Braunschweig oder wo auch immer. Aber Gorleben ist ja nun wirklich - - Gucken Sie mal an: Wenn Sie mal die Braunkohle nehmen, da sind ganze Dörfer umgesiedelt worden für Braunkohleabbau. Oder wenn Sie die Talsperrren nehmen, da sind ganze Dörfer überflutet worden usw. Ich meine, ich will damit nicht sagen, man könnte auch Gorleben - - Nur, auch da hat man natürlich schon Bereiche genommen, die nun dünn besiedelt waren.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Schnipkoweit. - Das Fragerecht geht jetzt an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Ganz herzlichen Dank. - Herr Schnipkoweit, als Sozialminister war das Kürzel Ihres Ministeriums MS, Ministerium für Soziales?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Bitte?

Ute Vogt (SPD): Das Kürzel war MS?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja, ja.

Ute Vogt (SPD): Jetzt liegt mir unter MAT A 102/1 ein Vermerk vor, und ich zitiere. Das ist die Seite 175.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Welcher Ordner?)

- MAT A 102/1, Band 75, Paginierung 175.

(Zuruf: Band 79!)

- Ja, dann 79, von mir aus auch 79. - Jedenfalls steht dort unter dem Vermerk, der „Vertraulich“ gekennzeichnet ist - ich zitiere -:

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Den haben wir
alle!)

Die hydrogeologischen Verhältnisse über dem Salzstock sind komplizierter als erwartet. Eine quartäre Schmelzwasserrinne mit verschiedenen Nebenrinnen verläuft über dem Salzstock und reicht stellenweise bis in den Salzstock hinein.

Ich zitiere weiter:

Sowohl die hydrogeologischen Gegebenheiten im Deckgebirge als auch der innere Aufbau des Salzstocks bestätigen die bereits früher geäußerten Zweifel an der Eignung des Salzstocks ...

Usw., usf. Ich könnte noch ein paar Zitate weiter lesen. erinnern Sie sich an diesen Vermerk?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Von mir?

Ute Vogt (SPD): Ja, er war aus dem MS, AL 5, und hat den Vermerk „Ministerbogen“ und hat das Kreuz, das ein Minister macht.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das weiß ich nicht, ehrlich.

Ute Vogt (SPD): Und er ging von Ihrem Ministerium, vom Minister, an Ministerpräsident.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Also, ich weiß es wirklich nicht. Ich habe das zwar in der Zeitung mal gelesen, jetzt in den letzten Jahren oder so oder Monaten, aber ich weiß es wirklich nicht.

Ute Vogt (SPD): Also, der Vermerk stammt vom 3. Juli 81, und nach dem, was Sie auf die Fragen des Kollegen Grindel geantwortet haben, frage ich mich, wie Sie dazu kommen können, hier zu sagen, Ihnen sind keine größeren Zweifel bekannt, wenn

² Einfügung des Zeugen nach dem Wort „dichte“: „der“, Anlage 1

aus Ihrem Haus selbst ein Vermerk vorliegt, der sagt, es wurden die bereits geäußerten Zweifel an der Eignung des Salzstocks bestätigt. Gibt es da eine Erklärung?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Selbst wenn es so ist, dann heißt das doch längst nicht, dass der ungeeignet ist. Ich habe ja vorhin schon gesagt, es gibt niemanden, der in der Lage ist, festzustellen, was nun im Salzstock - ganz egal, welcher Salzstock es ist -, was da unter der Erde ist. Und wenn dies hier so eine Sache ist, wie Sie es vorgelesen haben, dann ist das ja kein Grund. Dann hätten wir ja damals sofort die Sache gestoppt. Das ist doch kein Grund, deshalb Gorleben stillzulegen.

Ute Vogt (SPD): Aber es ist doch immerhin ein Widerspruch zwischen dem, dass Sie gesagt haben: „Es gab keine größeren Zweifel“, und der Tatsache, dass Sie selbst einen Vermerk an den Ministerpräsidenten schicken, in dem Sie ihm von verstärkten Zweifeln berichten.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nein. Also mir ist das nicht bekannt. Ich bezweifle auch, dass ich da was unterschrieben habe. Ich habe ja generell gar nichts unterschrieben normalerweise.

(Heiterkeit)

Ute Vogt (SPD): Das ist auch eine bemerkenswerte Amtsauffassung. Vielleicht kann man dem Zeugen die Kopie dieses Vermerks zukommen lassen. - Es ist in der Tat ein Kreuz drauf, ein Grünkreuz, vermute ich mal.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Haben Sie die Farbe?)

- Es steht „Ministerbogen“, und es steht „über Minister“, „Herrn Minister, über Staatssekretär an den Ministerpräsidenten“. Also, es ist sehr eindeutig.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Hat er es denn abgezeichnet?)

Ich wollte auf einen weiteren Teil dieses Vermerkes eingehen.

(Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU) nimmt am Platz der Vorsitzenden Einblick in ein Schriftstück)

Wenn Sie vielleicht noch mal aufmerksam sein könnten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Einen Moment. Wir geben das Herrn Schnipkoweit.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Ute Vogt (SPD): Ja. Halten Sie die Uhr an.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das steht da. Mag sein, aber ich weiß das nicht mehr. Wie soll ich denn alles noch wissen, was vor 30 oder wie viel Jahren passiert ist?

Ute Vogt (SPD): Deshalb sind wir ja hier, weil Sie vielleicht durch den Vorhalt sich an das eine oder andere wieder erinnern; denn in dem Vermerk, auf Seite 2 des Vermerks, ist die Rede zum Beispiel davon, dass bei der Informationsveranstaltung des Bundes einige Wissenschaftler, die der Kernenergie kritisch gegenüberstehen, aus den vorliegenden Standortdaten unter Berücksichtigung der in den Niederlanden zusammengestellten Kriterien eine Nichteignung des Salzstocks Gorleben feststellen. Also, auch ein Zitat aus Ihrem Vermerk. Erinnern Sie sich an Standortdaten, also Kriterien, die aus den Niederlanden in die Diskussion gebracht worden sind?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nein.

(Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU) meldet sich zur Geschäftsordnung)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es gibt hier einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Der Vermerk ist eindeutig vom Abteilungsleiter. Ich würde gerne mal klären lassen, ob in dem Anschreiben an den Ministerpräsidenten das „Sch“ für Schnipkoweit steht, dass sich der Zeuge vielleicht dazu äußert. Der Vermerk ist eindeutig nicht von ihm. Es kann sein, dass er es dem Ministerpräsidenten zugeleitet hat. Aber das wäre vielleicht mal zu klären.

Ute Vogt (SPD): Also, ich beantrage zum einen, dass wir dann eine Farbkopie noch mal erhalten, und weise darauf hin, dass da erstens steht „Vermerk“, dass zweitens steht „Herrn Minister über Staatssekretär“ und auf der nächsten Seite dann steht „Ministerbogen“.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber es ist nicht sein Vermerk! Er hat ihn weitergeleitet!)

- Er hat ihn aber gezeichnet. Ein Minister macht in der Regel sowieso keine Vermerke selber.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Eben!)

- Aber wenn ich ihn zeichne, gehe ich davon aus, dass ich ihn zur Kenntnis nehme. Sonst bräuchte es keine Zeichnung.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja, glauben Sie, dass irgendjemand in der Lage ist, bei so einem Riesenministerium nach 30 Jahren noch genau zu sagen, wo er tatsächlich mal etwas abgezeichnet hat mit seinem Haken usw., um es weiterzuleiten? Den möchte ich mal kennenlernen.

Ute Vogt (SPD): Das ist nicht meine Erwartung; aber meine Erwartung ist, dass Sie dann wenigstens nicht das Gegenteil von dem behaupten, was Sie damals geschrieben haben.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das hat er nicht geschrieben, mit Verlaub!)

- Oder was Sie damals gezeichnet haben.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das hat er auch nicht gezeichnet! Das ist ein falscher Vorhalt!)

- Außerdem sind Sie, mit Verlaub, nicht dran.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Grindel.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Fahren Sie fort!)

Ich finde vor allen Dingen, dass wir im Ton der Befragung - -

Ute Vogt (SPD): Ich würde gern mit meiner Befragung weitermachen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir haben gerade die Zeit angehalten. Alles wird gut. Ich finde, dass wir im Ton der Verhandlung so weitermachen sollten, wie das bislang stattgefunden hat.

(Ute Vogt (SPD): Genau!)

Wenn Herr Schnipkoweit darauf hinweist und sagt, das sind Vorgänge, die vor 30 Jahren stattgefunden haben,

(Ute Vogt (SPD): Ist das verständlich!)

finde ich das auch gerechtfertigt.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es ist aber nicht sein Vermerk!)

Von daher ist das ein Vermerk seines Hauses - das ist sicherlich richtig -, der über ihn gegangen ist. Wenn wir das noch nachprüfen könnten anhand einer Farbkopie. - Jetzt Frau Kollegin Vogt.

Ute Vogt (SPD): Ich wollte nachfragen, ob Ihnen die Kriterien bekannt sind, bzw. - Sie haben gesagt, da können Sie sich nicht mehr erinnern - welche Kriterien gab es denn in Deutschland? Können Sie uns sagen, wo wir möglicherweise die Kriterien finden, die in Deutschland aufgestellt worden sind für die Frage der Sicherheit und der Überprüfung dieser Standortdaten?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das habe ich nicht verstanden.

Ute Vogt (SPD): Also, es gab eine Kriterienliste aus den Niederlanden über die Frage: Was muss alles eingehalten werden, damit der Standort sicher ist? - Und ich wollte wissen, ob es solche Kataloge auch in Deutschland gab, so einen Kriterienkatalog, nach dem man praktisch abgehakt hat, ob der Standort sicher ist.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Es ist doch Folgendes: Bei dieser schwierigen Frage - - Das sehen Sie doch allein daran, dass in ganz Europa noch kein Land die Endlagerproblematik gelöst hat. Das wissen wir ja alle. Und von daher ist das ja sowieso wahnsinnig schwierig.

Und ich muss Ihnen ganz offen sagen: Was Einzelne dazu sagen, das kann ich alles nicht unbedingt ernst nehmen. Es gibt sicherlich einiges, was berechtigt sein mag, aber vieles doch nicht. Nehmen Sie bloß mal, wenn Gabriel sagt: Wir müssen mehrere Standorte prüfen. - Ja, mein Gott, er sagt aber keinen, nicht einen einzigen Ort, und wo.

Ute Vogt (SPD): Ja, weil man auch prüfen sollte.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Wie?

Ute Vogt (SPD): Ich hätte genau zu dem Punkt noch mal ein - -

(Unruhe)

- Vielleicht kann man da mal ein bisschen zur Ruhe kommen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es war gerade die Frage, wie wir denn jetzt an diese Unterlagen kommen, und dazu nehmen wir jetzt Kontakt auf zur Niedersächsischen Staatskanzlei. Also von daher - -

Ute Vogt (SPD): Das ist schön. Also, ich möchte noch mal zitieren aus dem Vermerk. Da steht dann - das ist eine Beschreibung -:

Auch auf Bundeseite wird auf Arbeitsebene die Eignung zunehmend skeptischer beurteilt. Entgegen der Pressemitteilung des BMI und des BMFT vom 5.6.81 werden bereits alternative Standorte diskutiert. Dem Vernehmen nach erwägt BMI, gegen Ende des Jahres 1981 mit dem Land Kontakte aufzunehmen, um einen neuen Standort auszuwählen.

Sind Ihnen solche Diskussionen über alternative Standorte aus dem Jahr 81 bekannt?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nein.

Ute Vogt (SPD): Nicht. Interessant.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Also, entschuldigen Sie mal.

Ute Vogt (SPD): Nein, ist schon okay.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich weiß selber nicht mal, ob ich 1981 überhaupt noch zuständig war. Ich habe Ihnen ja gesagt, dass ich nach einigen Jahren Albrecht gebeten habe, mir das nicht wegzunehmen, sondern mich davon zu entbinden. Ich bin jetzt nicht ganz sicher, wann das war. Wissen Sie, so viele Dinge kann ich nicht mehr im Kopf haben.

Ute Vogt (SPD): Am 22. Februar 1977 jedenfalls, als das Kabinett sich für den Standort Gorleben entschieden hat, -

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Es hat sich nicht entschieden.

Ute Vogt (SPD): - waren Sie noch nicht - - Ich darf zitieren aus dem Untersuchungsausschussprotokoll, Stenografisches Protokoll, Vernehmung Herr Tiggemann, Seite 48. Herr Tiggemann hat uns da beschrieben:

Das Landeskabinett entschied sich am 22. Februar 1977 für Gorleben als vorläufigen Standort für eine mögliche Anlage zur Entsorgung bundesdeutscher Kernkraftwerke.

Meine Frage ist: Am 22. Februar 77 waren Sie noch nicht der zuständige Minister. Ist das richtig?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Doch. Sicher. Welches Jahr?

Ute Vogt (SPD): 77.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja, klar war ich zuständig.

Ute Vogt (SPD): Dann wundert es mich - das muss man dann irgendwie mal aufklären -, dass wir bei der wissenschaftlichen Arbeit von Herrn Tiggemann, die ja hier immer eine große Rolle spielt, einen Vermerk finden - ich zitiere aus der Vernehmung von Herrn Tiggemann -, wo er hier im Ausschuss sagt:

Nach der Standortbenennung am 22. Februar 1977 ist die Federführung in dieser Sache vom Wirtschaftsministerium auf das Sozialministerium übergegangen.

Also, ich habe mich da auf Herrn Tiggemann bezogen.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Also, ich weiß überhaupt nicht, wer Herr Tiedemann ist. Den Namen höre ich zum ersten Mal heute.

Ute Vogt (SPD): Er hat historisch über das Ganze gearbeitet. Aber da müsste man dann noch mal den Wahrheitsgehalt eben jener Aussage überprüfen. Das trifft Sie jetzt nicht.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Also, ich kenne ihn nicht.

Ute Vogt (SPD): Aber Sie waren Ihrer Erinnerung nach bereits seit 77 an dem Kabinettsbeschluss - - bereits zuständig?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Na ja, im Grunde genommen habe ich ja von Anfang an, vom ersten Tag, wo ich Minister war, in gewisser Hinsicht da mitgewirkt. Das ist ja gar nicht zu bestreiten. Das habe ich ja auch gesagt. Aber ich kann Ihnen heute nicht mehr genau sagen, wann ich das abgegeben habe oder irgendwas, wann mir der Wunsch erfüllt wurde.

Ute Vogt (SPD): Mich interessiert es aus dem Grund, weil Sie vorhin so kategorisch ausgeschlossen haben, dass Herr Kiep an dieser Stelle auch den Impuls gab für den entsprechenden Standort. Können Sie das ausschließen, dass der Impuls für den Standort Gorleben von Herrn Leisler Kiep kam?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Also, ich weiß es nicht. Ich habe das in der Zeitung gelesen. Ich kann dazu nur sagen: Mich hat es ein bisschen gewundert. Aber bitte.

Ute Vogt (SPD): Aber ausschließen können Sie es nicht.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nein. Er war ja -

Ute Vogt (SPD): Danke.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: - damals zuständiger Wirtschaftsminister, Bergrecht usw. Dass er eventuell den Vorschlag gemacht hat - - Ich habe ja nie gesagt, dass ich den Vorschlag gemacht habe. Ich habe nur gesagt, dass ich mein Wissen vom Bergbau da eingebracht habe.

Ute Vogt (SPD): Sie haben ja erwähnt, dass es um über 1 000 Arbeitsplätze ging ursprünglich, und ich habe dazu ein Zitat aus der Studie von Herrn Tiggemann - MAT A 93, auf der Seite 18 -, wo er mit Klaus Stuhr - der war Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium - ein Interview gemacht hat, und Herr Stuhr sagt:

Es war eigentlich ein strukturpolitisches Projekt. Als solches ist es auf die Schreibtische im MW gekommen.

Können Sie bestätigen, dass man insbesondere die Strukturpolitik für den Landstrich Gorleben im Sinn hatte, als man über die Ansiedlung diskutiert hat?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das habe ich ja wohl vorhin gesagt, dass da natürlich auch die Schaffung von Arbeitsplätzen eine Rolle mitgespielt hat. Das habe ich ja nicht verneint. Sondern ich habe gesagt: Es gibt einmal dünn besiedeltes Gebiet, zweitens Struktur; und drittens natürlich jetzt: Welches ist der richtige Standort? Ich sage noch mal: Ich kenne zurzeit keinen besseren als Gorleben. Ich sage es noch mal.

Ute Vogt (SPD): Herr Gerdes hat noch Fragen an Sie.

Michael Gerdes (SPD): Ich will noch mal auf die Kabinettsvorlage vom Januar 1977 eingehen. Die haben wir in der Zeugenvernehmung am 30.09.2010 hier auch von Herrn Dr. Tiggemann auf dem Tisch gehabt. Da geht es darum, dass es Bedenken gab bezüglich von Erdgasvorkommen. Sie haben jetzt vorhin gesagt in dem Zusammenhang: Gas hat keine Rolle gespielt. - Also, bei dem Vorbohren hat Gas keine Rolle gespielt. Heißt das jetzt, es war kein Gas zu erwarten, oder es wurde nicht nach Gas gesucht? Und da frage ich Sie jetzt mal fachlich als Bergmann: Ist es grundsätzlich so, dass in einem Salzstock nicht mit Gas zu rechnen ist? Und wenn es denn so ist: Ist es üblich, dass unter Tage dann in einem Salzstock schlagwetter-, sprich: explosionsgeschützte Schaltgeräte eingesetzt werden?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Also, einmal kann es durchaus sein, dass auch im Salzstock Gas möglich ist. Das würde ich ja nie bestreiten. Aber es hat keine Rolle gespielt. Nur, Schlagwetter und solche Dinge hat es nie gegeben. Ich kenne kein Kalibergwerk, wo jemand durch Schlagwetter ums Leben gekommen ist. Im Ruhrgebiet jede Menge, das weiß ich. Aber im Salzbergwerk sind die meisten Todesopfer in der steilen Lagerung dadurch zustande gekommen, dass man natürlich schnell tief runterfallen konnte usw. oder dass irgendwie nicht richtig beraubt war und jemand was auf den Kopf gekriegt hat usw. Aber die meisten sind durch Absturz umgekommen. Es ist doch logisch, wenn Sie da - - Ich habe zum Beispiel da Löcher aufgefahren, wo ich 70, 80

Meter hoch klettern musste, um an meine Arbeit zu kommen. Wenn Sie da 70, 80 Meter hoch klettern mit 20 Kilo Muni auf dem Rücken - Munition heißt das - und dann 3 Liter Tee usw. und Bohrkronen usw. und eine Lampe und so - - Was das bedeutet. Aber, wie gesagt, es hat nie - - Schlagwetter überhaupt nicht. Gas würde ich nicht ausschließen.

Nur, ich sage noch mal: In dieser Studie heißt es eindeutig, dass Gas bei Salz keine Rolle spielt; denn es ist ja nicht so: Wenn da meinetwegen 20 Meter neben dem, wo das gelagert wird, etwas ist, da passiert überhaupt nichts. Das ist ja nun wirklich wahr, dass Salz so undurchlässig ist, wie man es sich nur vorstellen kann. Das muss ich nun sagen; denn ich weiß ja nun, wenn mal bei uns Strecken aufgefahren waren oder wenn die Abbaue waren usw., wie das hält. Das ist ja unvorstellbar, wie stark Salz ist. Und wenn Sie mal sehen, was da meinetwegen im Ruhrgebiet oder da, wo Kohle abgebaut wird, für Absenkungen sind, dann sind da, wo Salz abgebaut, keine Millimeter, die da anschließend absacken, weil das so hart ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Schnipkoweit, meine Bewunderung haben Sie schon mal, dass Sie sich doch sehr gut an vieles erinnern können. Ich hoffe, wenn ich mal in diese Alterszone komme, dass ich dann auch noch so hell im Kopf bin.

Herr Schnipkoweit, ich würde gerne mit Ihnen über das Themengebiet Öffentlichkeitsbeteiligung und Bürgerdialog sprechen. Ich habe dazu auch einiges gefunden in den Unterlagen. Ist es richtig - Sie haben ja vorherhin darauf hingewiesen -, dass es zunächst mal darum ging, ein nationales Entsorgungszentrum zu diskutieren und zu planen? Zu der Zeit hat es ja wohl eine Vereinbarung gegeben zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der niedersächsischen Landesregierung über eine sogenannte Information der Öffentlichkeit über das geplante nukleare Entsorgungszentrum in Gorleben. Ich beziehe mich da auf MAT A 7, Seite 73. Darin wurde eben vereinbart, dass zunächst mal auf der Bund-Länder-Ebene sozusagen verhandelt wurde und auch Informationen erteilt werden sollten. Ist das richtig so? Wo-

ran können Sie sich erinnern? Wie sind da die Absprachen gewesen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Also, ich kann mich jetzt nicht an einzelne Absprachen erinnern. Ich weiß nur, dass natürlich aufgrund der Problematik eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Land notwendig war. Das ist doch logisch, ich meine, wenn wir den Auftrag vom Bund bekommen, so etwas vorzubereiten, dass wir dann natürlich auch andererseits entsprechende Gespräche auf Bundesebene führen. Ich weiß, ich habe mal mit Herrn Baum Gespräche geführt. Da haben sie mich sogar mit einem Hubschrauber nach Bonn geholt usw.

Aber wissen Sie, es ist schwierig, nach so langer Zeit jedes einzelne Gespräch noch zu bewerten. Ich meine, ich weiß einige Dinge genau; aber das waren denn auch wirklich schwierige Dinge, zum Beispiel dieses Treffen am 11.11.1976 mit drei Ministern oder auch diese Hirsch-Runde. Das sind natürlich Erinnerungen, die hat man, aber nicht jedes andere Gespräch.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Schnipkoweit, weshalb ich Sie das frage, ist, ob Sie erinnern können, dass Sie da doch, sagen wir mal, mit gleicher Parität zusammengearbeitet haben. Haben Sie sich eher in der Rolle gesehen, dass Sie als Sozialminister in Niedersachsen im Prinzip das Ganze nur begleiten? Haben Sie sich als Schiedsrichter gesehen, als Vermittler in dieser Sache? Ich meine, Sie mussten ja vor Ort, auch vor der Bevölkerung usw., diese Dinge auch vertreten. Ich wollte einfach nur hören: Haben Sie da große Unterstützung gehabt, zum Beispiel durch Informationshingabe durch das PTB oder durch die DWK damals? Wie war da die Zusammenarbeit? Wo kamen die Informationen her? Wie ist das gelaufen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Sagen Sie mir noch mal, mit wem. Die Abkürzungen, ich weiß gar nicht, was das bedeutet.

Angelika Brunkhorst (FDP): Physikalisch-Technische Bundesanstalt, -

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ach so.

Angelika Brunkhorst (FDP): - heute BfS, und dann die Deutsche Gesellschaft für Wie-

deraufarbeitung von Kernbrennstoffen. Das war ja die technische Seite sozusagen.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ach, wissen Sie, es ist ja so: Ich habe ja als Minister nicht mit allen Dingen direkt zu tun gehabt. Das haben ja zum Teil Mitarbeiter gemacht, bzw. zum Teil hat - das war ja bei uns Gott sei Dank so - Dr. Albrecht ja viele Dinge gemacht. Ich meine, ich habe selten einen Ministerpräsidenten erlebt, der sich so intensiv um Dinge gekümmert hat, die an sich Ministersache waren. Ich war dankbar dafür - da bin ich heute noch dankbar -, wie er sich da nun wirklich reingekniet hat. Also von daher kann ich Ihnen jetzt nicht genau sagen, wie da die einzelne Zusammenarbeit war. Ich habe jedenfalls in der Hinsicht nicht mit allzu viel Hochkarätigen zu tun gehabt, um es so zu sagen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Welche, sagen wir mal, hochrangigen Beamten oder Staatssekretäre waren denn da in erster Linie dann federführend? Ich habe hier zwei Namen; das war einmal Staatssekretär Herr Dr. Ziller und Staatssekretär Chory. Waren diese beiden Herren vorrangig mit diesem Thema befasst?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Auf alle Fälle. Dr. Ziller war mein erster Staatssekretär. Und wie gut er war, will ich Ihnen an Folgendem sagen: Der ging von mir weg als Chef in den Bundesrat, wurde Direktor vom Bundesrat, und von dort wurde er Staatssekretär im Bundesforschungsministerium. Ich meine, das ist ja schon was, wenn jemand, der in so einem kleinen Land wie Niedersachsen Staatssekretär war, dann anschließend noch beamteter Staatssekretär im Bundesforschungsministerium wird. Ich habe mit Dr. Ziller heute noch eine gute Verbindung. Er hat mich gerade vor 14 Tagen oder drei Wochen angerufen, obwohl er schon sehr lange weg ist.

Und Werner Chory war ja auch ein guter Staatssekretär, der ja dann auch wieder nach Bonn abgerufen wurde. Da rief mich Heiner Geißler an und sagte: Hör zu, ich habe dir damals geholfen bei Dr. Ziller, jetzt musst du mir helfen. Gib mir Chory wieder, dass der bei mir Staatssekretär wird. - Ich hatte das Glück, dass bei mir die Leute nicht nach unten gefallen sind, sondern nach oben. Ich habe drei ehemalige Mitarbeiter, die beamtete Staatssekretäre wurden. Das gibt es in

keinem anderen Bundesland; davon bin ich fest überzeugt.

Die waren gut. Die haben auch Prozesse gewonnen. Ich weiß, wir haben mal einen Prozess mit Dr. Ziller gewonnen, der war schon wichtig. So haben die Landesregierungen nicht alle Glück gehabt, Prozesse zu gewinnen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Schnipkoweit, ich wollte noch mal zu der Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit kommen, und zwar war es zunächst ja eher so, dass von Bundeseite her, von den entsprechenden Ministerien, informiert wurde, auch mit Faltblättern, mit Broschüren usw. Und dann kam ja durchaus bereits 78 der Gedanke, dass man vor Ort mit dem Land Niedersachsen zusammen eine Stelle für Öffentlichkeitsarbeit einrichten wollte, diese sogenannte Informationsstelle in Gorleben. Das ist ja dann hinterher auch umgesetzt worden. Können Sie sich daran erinnern, dass es auf niedersächsischer Seite Bedenken gab, dass man in den Verdacht geraten könnte, dass das so als Werbestelle für den Standort Gorleben missverstanden werden konnte? Ich habe da durchaus Hinweise gefunden. Wie ist das denn diskutiert worden? Ist das von Ihrem Ministerium oder überhaupt von der Landeseite her sehr positiv aufgenommen worden? Wie ist diese Entwicklung damals abgelaufen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich glaube schon, was vorhin ja auch schon gefragt wurde: Wie war die Information? Wenn jetzt von der Landesregierung her versucht wurde - nicht versucht wurde, sondern es ist ja passiert -, da so eine Stelle einzurichten, dann war das ja schon, um die Bevölkerung einzubeziehen. Ich sagte ja schon: Wir haben ja auch viel mit den Kommunalvertretern direkt zusammengearbeitet. Die sind ja heute noch zum Teil dafür, dass das Endlager nach Gorleben kommt, heute noch. Die ganzen Demonstrationen haben die noch nicht davon abgebracht, dass es für sie ja auch ein Vorteil ist, wenn da tatsächlich Arbeitsplätze angesiedelt werden und auch entsprechende Mittel fließen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich möchte noch mal auf das sogenannte Gorleben-Hearing zu sprechen kommen, was Sie immer als Hirsch-Runde bezeichnen. Können Sie sich noch erinnern, wer aus dem Ministerium,

also Ihrerseits, aus Ihrem Ministerium, daran teilgenommen hat und wie das Ganze abgelaufen ist? Ist Ihnen darüber berichtet worden? Wie haben Sie das Ganze selbst bewertet, das Ergebnis damals?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich weiß es wirklich nicht, ob überhaupt jemand aus meinem Ministerium noch dabei war. Wenn ich darüber nachdenke, bin ich der Meinung, das Ganze hat sich abgespielt oder - - Es war dabei Professor Pestel, ich und dann der Ministerpräsident natürlich sowieso. Ich weiß nicht, ob von ihm der Staatssekretär dabei war; das kann ich jetzt nicht mehr sagen. Ich weiß nur, dass eben viele ausländische Gäste dabei waren, die nun ihre Meinung dazu gesagt haben.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja. - Dieses Hearing hatte ja ein bestimmtes Konzept der Rede und Gegenrede. War das ein sinnvolles Konzept? Und was ist dabei die Überlegung gewesen: dass alle paritätisch auch eben zu Wort kommen konnten? Ist dieses Konzept von Ihrem Ministerium entwickelt worden, oder war das Ergebnis der Gespräche zwischen Bund und Land?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Also auf keinen Fall von meinem Ministerium, sondern wenn, dann war es mehr von der Staatskanzlei, dann zwischen Bund und Land. Ich sage ja, bis dahin war ja nicht klar, was nun werden sollte. Deswegen hat Dr. Albrecht das ja letzten Endes gemacht, weil er selbst unsicher war: Kann man so eine Anlage überhaupt bauen? Das war, wo er selbst persönlich unsicher war, und deshalb eben dieses Symposium. Und nachher hat er doch eingesehen: Das kann ich politisch nicht durchhalten. Das ist einfach eine zu schwierige Geschichte.

Ich habe ja vorhin auch gesagt: Dann hat man versucht, es in Wackersdorf in Bayern zu bauen, aber auch da konnte man es nicht durchsetzen. Das war ja auch ganz was anderes als ein Endlager, wenn Sie so eine Wiederaufarbeitung haben. Obwohl, in anderen Ländern spielt es nicht die Rolle, meinetwegen in England und in Frankreich usw. Im Grunde genommen wird am aufregendsten über das ganze Thema in Deutschland diskutiert. Wenn man das von Finnland oder Schweden liest, da wird viel ruhiger über die Dinge diskutiert, als es bei uns der Fall ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die Linken.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Schnipkoweit, Sie haben recht eindrücklich geschildert, wie umfangreich auch damals Ihre Aufgaben waren. Aber man hat sich ja doch, wenn ich so die Akten durchgucke, sehr intensiv auch in den 70er-Jahren Gedanken gemacht, und ich möchte Ihnen vorhalten MAT A 52, Band 12, Paginierung 26, ein streng vertrauliches Papier aus Ihrem Ministerium. Am Ende finden sich Kürzel, von denen - -

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Entschuldigung, sagen Sie das Jahr noch mal.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Entschuldigung. Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft und Verkehr vom 02.02.77. Aber am Ende findet sich ein Vermerk, dass das mit Ihrem Sozialministerium abgestimmt ist, und es sind auch eine ganze Menge Zeichen. Auf jeden Fall war es eine Vorlage für das gesamte Kabinett, und ich zitiere zu Gorleben. Also es werden da die möglichen Standorte verglichen mit Vor- und Nachteilen, und bei Gorleben findet sich dann - ich zitiere -:

Im Bereich des Salzstockes Gorleben befinden sich auf DDR-Seite 3 Bohrungen, die im Verlauf des Jahres 1969 niedergebracht wurden.

Dann eine kurze Darstellung, dass es da auch eine Explosion gab. Etwas weiter im Text:

Durch das Vorhandensein eines Gasfeldes unter dem Salzstock Gorleben ist eine potentielle Gefährdung der Endlagerstätte im Falle einer Erdgasförderung gegeben.

Da Sie uns ja sehr eindrücklich geschildert haben, dass Sie selber Erfahrung im Bergbau haben, müssen Sie doch da eigentlich hellhörig geworden sein und aufmerksam, und als dann eine Entscheidung für Gorleben gefasst wurde, hätte ich jetzt einfach die Vorstellung, dass auch gedungen wurde, diese Frage nach dem Gas und nach einer möglichen Einflussnahme auf die Eignung genauer zu prüfen. Was ist da Ihrer Erinnerung nach geschehen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich habe Ihnen ja vorhin schon gesagt, dass selbst SPD und Grüne, als sie an der Regierung waren, als sie damals den Vertrag mit der Atomindustrie geschlossen haben, Gorleben nach wie vor als richtig angesehen haben. Die haben es nicht als falsch angesehen und keine Fehler gefunden. Ich meine, wenn da jetzt irgendwo bei Vorbohrungen wirklich Gas auftritt, das heißt ja dann nicht, dass das die ganze Geschichte gefährdet. Ich sage noch mal: Wenn Sie da ein paar Meter Salzstock haben, da kommt kein Gas durch - da braucht sich keiner Illusionen hinzugeben - oder Wasser. Das Problem ist, wenn man da reinkommt. Aber wenn man jetzt bei den Vorbohrungen oder beim Runterbringen des Schachtes und bei der Arbeit unter Tage nichts gefunden hat, ist das doch kein Thema.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber es war Ihnen oder der Landesregierung 77 damals bekannt, dass im östlichen Teil der Salzstock mitnichten unverritz war. Sie haben ja vorhin mal sehr deutlich gemacht, wie wichtig Ihnen persönlich die Unverritztheit war.

Und zum Zweiten - habe ich Sie da richtig verstanden? -: In Ihrer Zeit zumindest ist nie dieser Frage, ob das Gas von Relevanz ist, weiter nachgegangen worden?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nein.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Und es hat auch keinen Einfluss gehabt, dass es Kenntnisse gab, dass der Salzstock zumindest im östlichen Teil nicht unverritz ist?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Entschuldigung. Was heißt denn „unverritz“? Das heißt doch nicht, dass da nicht schon ein bisschen gebohrt worden ist, sondern unverritz heißt für mich, dass da kein Bergbau bis dahin betrieben wurde. Das heißt für mich unverritz. Wenn Sie jetzt meinetwegen alle Bergwerke in Deutschland nehmen - bleiben wir mal bei Salz -, wo jahrelang unter Tage gearbeitet worden ist, dann ist das nicht unverritz. Aber wenn da ein Salzstock ist, wo mal vorgebohrt worden ist oder so, ist das trotzdem unverritz. Verstehen Sie? Das ist ein Fachausdruck.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay. - Es gibt eine Reihe Berichte aus der Zeit, in denen dargelegt wird, dass Gorleben vielleicht ja nur ein politischer Schachzug der Landesregierung war, Gorleben sozusagen der Bundesregierung gegenüber zu benennen, weil man nicht damit gerechnet hat, dass die Bundesregierung einem so grenznahen Standort zustimmen würde. Was sagen Sie zu solchen Überlegungen oder zu solchen Aussagen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich habe ja gesagt, dass die Bundesregierung Bedenken gegen Gorleben gehabt hat wegen der Grenznahe. Das habe ich vorhin gesagt. Aber trotzdem haben wir - - Das war für uns kein Schachzug oder irgendwie was. Wissen Sie, so einfach kann man das ja nicht machen. Wenn man so eine schwierige Entscheidung trifft und hat dann nur so wenig Spielraum - - Ich sage noch mal: Es waren vier Bereiche übrig geblieben. Wenn Sie dann diesen geringen Spielraum haben, dann können Sie nicht mehr mit politischen Schachzügen kommen, sondern dann müssen Sie schon sehen: Welches können Sie am besten vertreten?

Und ich sage noch mal: Bis heute sehe ich keinen Grund, dass bei Gorleben etwas ist, was Gefahren bergen könnte. Wenn da auch geredet oder geschrieben wird - das sollen die mir mal beweisen. Genauso, wenn irgendeiner behauptet, der Salzstock hält nur 500 Jahre. Der ist doch bescheuert. Das ist über Millionen Jahre entstanden, und dann weiß irgend so ein kluger Professor, der hält nur 500 Jahre. Also wissen Sie, da komme ich nicht mehr mit. Das ist ja nicht in den letzten hundert Jahren entstanden oder in tausend Jahren - in Millionen Jahren!

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also Sie halten solche Aussagen oder solche Überlegungen für abwegig, dass sozusagen - - Ich habe jetzt hier einen Artikel des *Spiegel*, Nr. 13/1979, vorliegen, wo formuliert wird, es könnte ja einfach ein Schachzug gewesen sein, um Bonn einen Standort zu liefern, der aber dann politisch verworfen wird, und man wäre sozusagen damit dann als Niedersachsen fein raus. Man hätte sich ja nicht verweigert, aber im Prinzip das Problem nicht vor der Haustür. Das sehen Sie als abwegig an in Ihrer Erinnerung?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Auch der *Spiegel* hat nicht immer recht. Der hat auch Dinge geschrieben, die nun - -

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Da haben Sie eindeutig recht. Das teile ich sofort.

Wir hatten hier vor wenigen Wochen Minister a. D. Baum, der sich zumindest nicht erinnern konnte, dass es vonseiten der Landesregierung Hinweise auf Kohlenwasserstoffvorkommen gab, und der sinngemäß ausführte - ich habe leider jetzt das Protokoll nicht vorliegen -, das hätten wir schon als Bundesregierung wissen müssen und hätten dann vielleicht auch entsprechend gehandelt.

(Das Protokoll wird der Abgeordneten von Fraktionsmitarbeitern gereicht)

Ich zitiere:

Also wenn das so wäre, hätte die Regierung Albrecht ja unverantwortlich gehandelt, wenn sie das Vorhaben unter diesem Gesichtspunkt weiterbetrieben hätte.

Das Protokoll ist aus der Sitzung vom 02.12.

Ist Ihrer Erinnerung nach die Bundesregierung darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass es zumindest diese Debatte im niedersächsischen Kabinett gab, oder ist sie nicht in Kenntnis gesetzt worden? Wie ist man damit umgegangen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich habe Ihnen ja vorhin schon mal gesagt, dass Dr. Albrecht ein sehr gewissenhafter Ministerpräsident war, dass er sich - Gott sei Dank, sage ich - intensiv in diese Sache eingeschaltet hat. Da könnte man ja sagen: wenn du als Minister zu schwach bist. - Aber ich war dankbar, dass er sich da eingeschaltet hat. Und von daher gab es da gar keine Probleme, auch mit der Bundesregierung, ich meine, wenn die auch den Standpunkt vertreten haben. Aber sie waren ja auch froh, dass diese Landesregierung überhaupt mal einen ernsthaften Versuch unternommen hat, ein Endlager herzustellen.

Ich bin doch ziemlich sicher: Die sind ja nicht gekommen am 11.11.76, weil da vorher nichts gewesen ist, sondern da müssen ja vorher Gespräche und Vereinbarungen mit der Bundesregierung gewesen sein. Und dann haben meine Vorgänger scheinbar das nicht für ernst genommen, oder sie wollten auch nichts damit zu tun haben. Das weiß ich

ja nicht. Von daher ist das so gelaufen, wie ich es eben gesagt habe.

Im Übrigen ist das ja ganz schön. Sie lesen das schön vor, was da für Fragen stehen, und ich soll nach 30, 35 Jahren mit 82 Jahren noch alles im Kopf haben. Das können Sie nicht von mir erwarten. Einigermaßen habe ich es noch zusammen; aber alles kann ich nicht mehr behalten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. Ich gebe zu: Wir sind deutlich im Vorteil, weil wir halt wirklich Unterlagen haben, die wir vorlesen können. - Jetzt ist das Fragerecht bei Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Tag, Herr Schnipkoweit! Herr Schnipkoweit, Sie sagten vorhin, dass bis heute nichts gefunden wurde, was Gorleben in Zweifel ziehen würde. Was müsste man denn finden, um Gorleben in Zweifel zu ziehen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Was man finden müsste?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Angenommen, jetzt bei den Untersuchungen würde man, sagen wir mal, auf eine große Wassergeschichte stoßen oder auch meinetwegen auf Gas. Angenommen, es wäre so, dass man jetzt, wenn man weiter untersucht, dann irgendwas feststellen würde, was unmöglich ist. Bloß, wissen Sie, wenn ich das immer so lese, von wegen Deckgebirge. Meine Güte noch mal!

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, davon reden wir ja jetzt nicht. Wir reden jetzt vom Innern des Salzstockes. Gut, Sie sagen Gas, Wasser. Wie ist es zum Beispiel mit Anhydritschichten, die sehr tief reichen in den Salzstock? Oder wie ist es mit größeren Carnallitflözen, die in großer Anzahl vorkommen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Bedeutungslos.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre beides bedeutungslos?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Würde ich sagen, ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat Ihr Haus oder Sie selbst aber auch mal anders gesehen. Ich zitiere Ihnen aus einem Vermerk von 1980. Darüber steht: „Der Niedersächsische Sozialminister, Abteilung 5“. Fürs Protokoll: MAT A 102/1, Band 5. - Da steht drin:

Die durch diese Bohrung gewonnenen Erkenntnisse verstärken die aufgrund hydrogeologischer Befunde entstandenen Zweifel an der Eignung des Salzstocks Gorleben als Endlagerformation.

Und dann werden die Punkte aufgezählt, warum die Zweifel verstärkt werden. Da steht zum Beispiel:

Die Anhydrit-Schichten reichen auch im zentralen Teil bis in große Tiefen. Derartige Gesteinsschichten gelten als potentielle Wasserleiter, die im Zusammenwirken mit carnallitischen Einschaltungen zu hydraulischen Verbindungen zwischen dem Salzspiegelbereich und tieferen Salzstockpartien führen können. Eine Gefährdung des Bergbaus und eine Beeinträchtigung der erforderlichen Isolierung der Abfälle von der Biosphäre kann nicht ausgeschlossen werden.

Ein weiterer Punkt:

Die Anzahl und die Mächtigkeit der Carnallit-Flöze ist größer als erwartet. Zusätzlich wurde eine weitgehende „Durchtränkung“ der übrigen Gesteine mit Carnallit festgestellt.

Die Anwesenheit größerer Carnallit-Anteile im Salzstock gilt infolge der ungünstigen physikalisch-chemischen und gebirgsmechanischen Eigenschaften des Carnallits als problematisch, insbesondere im Falle der Einlagerung wärmeentwickelnder hochaktiver Abfälle.

Gab es da unterschiedliche Einschätzungen innerhalb Ihres Hauses?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Weiß ich nicht. Also, ich habe das bestimmt nicht geschrieben.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat so was geschrieben?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Wissen Sie, wie geht das denn in so einem Ministerium? Da werden doch zwischen den einzelnen Ressorts, meinetwegen jetzt bei mir zwischen dem Ressort und dem Ressort vom Wirtschaftsminister oder wer auch zuständig ist, Gespräche geführt und auch eventuell Dinge aufgeschrieben. Aber das muss doch nicht unbedingt alles der Minister wissen. Wissen Sie, wenn ich heute so höre, was so ein Minister alles wissen soll - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja richtig. Aber es ist ja üblicherweise auch so, gerade weil so ein Minister auch nicht alles wissen kann, dass er ja in seinen Abteilungen unter sich dann auch die spezifischen Fachleute hat und diese Fachleute im Grund auch diese Entscheidungen dann treffen, die der Minister mittragen muss. War das bei Ihnen nicht so?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Generell ja. Aber es gibt doch - - Ich will Ihnen mal offen sagen: Ich war dankbar, wenn mir Mitarbeiter widersprochen haben. Ich halte gar nichts davon, wenn sie nur genickt haben - „Jawohl, Herr Minister“ usw. -, sondern ich habe eine Menge davon gehalten, wenn die auch den Mut hatten zu sagen: „Herr Minister, das ist nicht in Ordnung, was Sie jetzt da vorhaben“ usw. Ich kenne ein paar Fälle, da könnte ich mich direkt dran erinnern. Aber ich bin fest überzeugt, dass ich das bestimmt nicht unterschrieben habe, denn davon verstehe ich nun eine Menge, von den einzelnen Salzsorten usw.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Dann kommen wir noch mal zum Salz. Sie sagten vorhin und haben sich dabei auf GSF-Unterlagen bezogen - ich würde übrigens bitten, dass wir diese GSF-Unterlagen, auf die sich Herr Schnipkoweit vorhin bezogen hat, zu den Akten nehmen -, da sei festgestellt, dass das Salz das ideale Wirtsgestein sei. Woher hatte die GSF ihre Erfahrungen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Dass das Salz - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Hermann Schnipkowitz: Ich sagte doch: Die Gesellschaft für Strahlenforschung - ich habe die Artikel hier -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Hermann Schnipkowitz: - hat nach sorgfältiger Untersuchung festgestellt, dass Salz das beste Gestein ist, was für Endlager infrage kommt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wo hat die Gesellschaft für Strahlenforschung, die GSF, diese Untersuchungen gemacht? Wo hat die ihre Erfahrungen mit Salz her?

Zeuge Hermann Schnipkowitz: Also, wissen Sie, die haben nun aus verschiedenen Institutionen - - Ich kann Ihnen sogar die einzelnen Institute vorlegen. Das ist nicht nur irgend so ein Verein gewesen, sondern das waren alle möglichen Institutionen, die da zusammengearbeitet haben, auch zum Beispiel das Bergamt. Die haben natürlich einen gewissen Teil dazu beigetragen. Aber wenn, dann muss ich Ihnen das vorlesen. Bloß ich habe meine Brille heute vergessen. Deswegen kann ich es Ihnen nicht vorlesen. Ich kann es Ihnen aber geben, dann können Sie es hier nachlesen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde Ihnen auch gern noch was dazu sagen. Die GSF war ja der Betreiber der Asse.

Zeuge Hermann Schnipkowitz: Bitte?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Gesellschaft für Strahlenforschung war der Betreiber der Asse, -

Zeuge Hermann Schnipkowitz: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - von der Sie vorhin auch schon geredet haben. Und meine starke Vermutung ist, dass sehr viele der Erfahrungen der GSF aus den Forschungen in der Asse mit der Einlagerung von Atommüll kamen. Sie haben jetzt vorhin gesagt, dass Sie das Verfahren in der Asse unvorstellbar fanden, wie man diese Fässer einfach reingeworfen hat. Dafür war zum Beispiel die GSF verantwortlich.

Aber ich frage Sie jetzt oder frage auch mich gleichzeitig: Hatten Sie nicht auch ein Stück weit zumindest Kenntnis von dem Verfahren? Bis 1977 wurde in die Asse eingelagert, und zwar in den letzten Jahren gerade mit diesem Verfahren der sogenannten Versturztechnik. Mussten Sie das als damals zuständiger Minister nicht wissen?

Zeuge Hermann Schnipkowitz: Ich war nicht zuständig für die Asse, in keinsten Weise.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Können Sie mal darstellen, was das mit dem Thema unseres Untersuchungsausschusses zu tun hat?)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat sich vorhin selbst darauf bezogen. Ich beziehe mich auf das, was er sagte.

Zeuge Hermann Schnipkowitz: Ich habe einen Besuch in der Asse gemacht, und da habe ich das festgestellt. Und ich habe zufälligerweise gestern einen Bericht gelesen, wo ein Bild von der Asse drin ist, wo ich gesagt habe: Das hast du ja selbst gesehen, wo da Fässer runtergeschoben wurden, und anschließend wurde Salz drübergeschüttet. - Deswegen bin ich ja so skeptisch, wenn ich heute höre, das ist zurückzuholen. Ich würde als Bergmann das bestimmt da nicht rausholen; das sage ich Ihnen ganz offen.

Das ist ja nicht nur der eine Punkt gewesen, sondern es gab auch Kammern, wo das sehr sorgfältig aufgestapelt war. Da ist das kein Thema für mich. Aber wenn da Fässer runtergeworfen wurden, mit dem Bagger runtergeschüttet, und dann Salz darüber - das heute wieder rauszuholen, das halte ich aber für sehr, sehr bedenklich. Aber das ist nicht mein Thema.

Aber ich war nicht zuständig damals für die Asse, sondern ich habe nur, genau wie beim Schacht Konrad, alle Bergwerke besucht. Deswegen habe ich ja nun ein bisschen Ahnung von Salz oder nicht nur von Salz. Ich habe auch in der Kohle gearbeitet und kenne durch meine Arbeit als Vorsitzender des Grubensicherheitsausschusses nun eine ganze Menge davon und habe ja viele Gespräche geführt, und zwar nicht mit der obersten Spitze, sondern durchaus mit der Mittelschicht, die die Arbeit gemacht hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann sind wir einmal rum und eröffnen jetzt die zweite Berliner Runde. Das Fragerecht geht wieder an die CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich habe nur eine kurze Frage noch mal zu dieser Sitzung am 11. November 76 mit den drei Bundesministern, um das noch mal klar herauszuarbeiten, was die Rolle von Herrn Kiep angeht, weil ich ahne, dass das in der Berichterstattung über Ihren Auftritt hier eine gewisse Rolle spielen wird. Deswegen müssen wir das vielleicht noch mal klarstellen.

Hat Herr Kiep in dieser Sitzung mit den drei Bundesministern Ihrer Erinnerung nach an irgendeiner Stelle Gorleben ins Spiel gebracht, oder war das im Spiel, weil es das Ergebnis der Standortauswahl durch die Studien im Vorfeld war?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich muss dazu Folgendes sagen: Ich habe nicht bis zum späten Abend an der Sitzung - eine Sitzung war es ja gar nicht - teilgenommen. Sondern ich sagte ja: Es war für uns ein hoher Feiertag, Kirchenpatron Martini, und dann bin ich nach der Sitzung mit den drei Ministern nach Hause gefahren. Da war Besuch und, und, und.

Ob da - - Aber ich glaube es nicht, und vor allen Dingen nicht an dem Tage, von wegen Gorleben. Da wusste er ja gar nicht, was Gorleben überhaupt ist. Ich meine, wir haben alle das erste Mal davon gehört, dass so was möglich ist. Wie kann er denn den Standort da an dem Tage vorschlagen? Das kann ich mir nicht vorstellen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also solange Sie dabei waren -

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Auf keinen Fall.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - und bis zum Ende war da nichts.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie können weiter fragen. Bitte schön.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herr Schnipkoweit, ich darf das mal übernehmen. Ich habe noch eine ergänzende Frage zu dem Verhältnis in der damaligen Zeit - Sie haben das ansatzweise schon angedeutet -, zwischen dem Bewusstsein, über die Wiederaufbereitungsanlage sich zu unterhalten. Die ganzen Gutachten, die ganzen Gespräche gingen ja im Wesentlichen, auch die Entscheidungen im Kabinett, um den Gesamtkomplex, also Wiederaufbereitung mit Endlager. In welcher Gewichtung hat denn dann das Endlager gestanden? Wie muss ich mir das vorstellen? Gab es da einen extra Tagesordnungspunkt, wo man im Gesamtkomplex dann auch das Endlager behandelt hat, oder war das immer die Gesamtbeurteilung der Gesamtanlage mit Endlager, sodass das Endlager nicht gesondert herausgehoben war? Und gab es einen Zeitpunkt, wo man dann, nachdem die Entscheidung gefallen war - Wiederaufbereitung nicht -, über Endlager sich intensiv in den verschiedenen Bereichen ausgetauscht hat?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich hatte ja vorhin gesagt, dass im März 79 diese große Konferenz, die Hirsch-Runde, zusammen war. Und bis dahin war ja der Zusammenhang, also Endlager und vor allen Dingen die Wiederaufarbeitung, das große Thema. Es liegt doch, glaube ich, in der Natur der Sache, dass natürlich diese große Anlage, also Eingangslager und Wiederaufarbeitung, eine viel größere Rolle gespielt hat als das Endlager. Das Endlager war ja im Grunde genommen zu dem Zeitpunkt nur der letzte Punkt, wollen wir mal sagen. Das andere hat uns ja viel mehr beschäftigt. Deshalb ja auch diese große Hirsch-Runde eine ganze Woche lang. Es war ja nicht ein Tag oder ein paar Stunden, sondern eine ganze Woche haben wir da rumgesessen - oder nicht rumgesessen, sondern gearbeitet, okay.

Ich will noch mal darauf hinweisen: Wissen Sie, heute kann man bald sagen, mit Arbeitsplätzen. Ich war im Aufsichtsrat der Kohlekraftwerke in Helmstedt. Ich weiß, was das bedeutet hat, was wir um Arbeitsplätze gekämpft haben, um jeden einzelnen Arbeitsplatz im Zonenrandgebiet. Da gingen Firmen weg, weil sie einfach nicht zurechtkamen, und immer mehr Arbeitslose und Arbeitslose. Und was es da bedeutet hat, wenn Sie da die Möglichkeit hatten, auf ein-

mal so viele Arbeitsplätze in so einer Region zu schaffen, das muss man ja sehen.

Ich meine, auch heute läuft ja keiner mit Begeisterung nach Gorleben und sucht Arbeitsplätze, sondern wir haben es doch erlebt. Wo sind die meisten Arbeitsplätze in Niedersachsen entstanden? Wenn ich an Stade denke, an das Kernkraftwerk - die Gegend um Stade rum war vorher eine tote Hose, und als das Kernkraftwerk und die ganze Zulieferindustrie kamen, da ist das heute mit eine der blühendsten Landschaften in Niedersachsen.

Oder genauso Lingen. Was war das für eine arme Gegend, das ganze Emsland? Auch durch Kernenergie und andere Industrien, die keiner haben wollte - - Ich weiß jetzt gar nicht, aber irgendein Unternehmen, was nach Braunschweig wollte - die wollten es nicht -, ist dann wieder nach Lingen gegangen. Dadurch stehen die ja heute alle so da. Das ist nun mal so.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Danke sehr.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, Herr Schnipkoweit, in Deutschland ist das alles anders als in anderen europäischen Ländern. In Spanien stehen die Bürger meist halbwegs Schlange, wenn es darum geht, möglicher Standort eines Endlagers zu werden. Aber das ist eine andere Frage.

Meine Frage ist: Ich möchte eigentlich noch mal zurückkommen auf Ihre doch, wie Sie erläutert haben, intensiven Gespräche mit den Kommunalpolitikern, die Sie auch zu der Zeit, 76 - -

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Entschuldigung. Ich habe nicht ganz verstanden.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ihr intensiver Kontakt, den Sie ja zu Kommunalpolitikern hatten.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Sie haben uns ja schon erzählt, dass Sie auch den Dialog suchten von vornherein, von Anfang an, mit den gewählten Kommunalpolitikern vor Ort damals. Hat es eigentlich, bevor es die Nennung dieses Standortes gab, auch mal in der Vorauswahl Gespräche mit den Kommunalpolitikern gegeben? Oder hinterher? Und

wie gestaltete sich dann der Dialog auch mit atomkritischen Menschen, Initiativen vor Ort? Haben Sie mit denen dann auch ständigen Kontakt gehabt hinterher?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Na ja, eines steht fest: Zu der Zeit waren ganz wenig kritische Stimmen, vor allen Dingen nicht bei den Kommunalpolitikern. Ich habe Ihnen ja vorhin schon mal gesagt, dass es heute noch in dem Bereich Kommunalpolitiker gibt, die heute noch nach wie vor den Standpunkt vertreten: Das Endlager muss hierher. Und damals war das natürlich noch viel deutlicher. Dass da durchaus mal der eine oder andere eine andere Meinung gehabt hat, das versteht sich von selber. Aber man kann es ja selbst an den Wahlergebnissen abschätzen zu der Zeit. Das hat uns nie geschadet, die Sache Gorleben. Ob Bundestag oder Landtag, das ist im Grunde genommen für uns alles recht günstig gelaufen.

Ich hatte ja noch andere Verbindungen. Ich war ja auch stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen, und ich war Landesvorsitzender der Sozialausschüsse in Niedersachsen. Von daher hatte ich ja auch Verbindungen mit den Kollegen da. Dann hat man ja auch über das Thema gesprochen. Das ist doch ganz klar. Man macht dann doch nicht nur reine Sozialpolitik, sondern wenn es dann so ein brennendes Thema ist, wird das natürlich auch da in dem Kreis mal angesprochen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, das ist richtig. Es gibt ja auch gemeinsame Resolutionen zwischen CDU und SPD aus der Standortgemeinde, die ja immer noch gelten, Gorleben zu Ende zu erkunden, und da steht die SPD ja auch vor Ort immer noch dahinter.

Die andere Frage ist: Herr Kollege Grindel hatte ja vorhin schon kurz die Gorleben-Kommission angesprochen. Wie ist die Gorleben-Kommission Ihrer Meinung nach entstanden? Aus dem Willen der Kommunalpolitiker heraus, Informationen besser unter Volk zu bringen, oder sollte das nur eine Expertenrunde werden zwischen Geologen, Physikern usw.?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich weiß es nicht mehr. Das kann ich wirklich nicht sagen, aus welchem Grunde das damals zustande gekommen ist. Auf alle Fälle sollte es ja wohl dazu dienen, die Bevölkerung

entsprechend vorzubereiten oder aufzuklären.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Also zu informieren, aufzuklären, was vor Ort passiert.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es weitere Fragen in der CDU/CSU-Fraktion? - Das ist nicht der Fall. Dann geht das Frage-recht an die SPD-Fraktion.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, Herr Schnipkoweit, wir haben ja grundsätzlich das Problem in diesem Ausschuss, dass wir uns zum Teil mit Zeiträumen beschäftigen, die schon sehr weit zurückreichen. Insofern hat sicherlich jedes Mitglied hier im Ausschuss durchaus Verständnis dafür, wenn sich Zeugen und Zeuginnen möglicherweise nicht an jedes Detail erinnern. Aber ich muss noch mal zurückfragen auf die Zeit Ihrer Verantwortung im Kabinett in Niedersachsen. Herr Schnipkoweit, bis wann waren Sie Sozialminister in Niedersachsen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Wie lange?

Sebastian Edathy (SPD): Bis wann? Bis zu welchem Jahr?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Vom ersten bis zum letzten Tage. Ich bin der einzige Minister gewesen, der vom 13. Februar, einem Freitag - - Also ein Freitag, der 13., muss nicht unbedingt schlecht sein; für mich war es ein Glückstag. Am 13. Februar 76 bin ich Minister geworden, bis zum Juli 1990.

Sebastian Edathy (SPD): Also Sie waren bis 1990 Sozialminister in Niedersachsen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Die ganze Zeit. Und ich hatte auch ein bestes Verhältnis mit den anderen Ministern, aufs Engste. Wenn ich daran denke, an die Zusammenarbeit mit den SPD-Gesundheitsministern meinetwegen in Nordrhein-Westfalen oder in Hessen usw., war das eine gute Zusammenarbeit. Ich war lange Zeit Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz. Das war eine hervorragende Zeit.

Sebastian Edathy (SPD): Das will ich gar nicht bestreiten, kann ich aus eigener Anschauung natürlich auch nicht beurteilen. Aber, Herr Schnipkoweit, wenn Sie bis 1990 Sozialminister waren, können Sie sich erinnern, bis zu welchem Jahr die Atomaufsicht innerhalb des Kabinetts in Niedersachsen in Ihrem Hause verortet war?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das habe ich vorhin auch schon versucht zu beantworten.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Können Sie es noch mal probieren?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das muss also um den Dreh rum 1981/82 sein, später bestimmt nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Schnipkoweit, die Atomaufsicht lag im Ministerium für Soziales des Landes Niedersachsen bis zum Jahr 1986.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nee, bestimmt nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Wir bitten das zu klären. Das ist zumindest die Quellenangabe, die ich habe. Bis zum Jahre 1986 war Ihr Haus zuständig für die Atomaufsicht seitens der Landesregierung Niedersachsen.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nee, nee.

Sebastian Edathy (SPD): Das müssten wir im Laufe dieser Sitzung noch klären können.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Es ist ja so: 86 hatten wir schon einen Umweltminister. Und vorher - das weiß ich noch ganz genau -, als wir Kabinettsitzung hatten und ich Albrecht vorher gesagt hatte, ich möchte da keine Sache mehr haben, da hat Albrecht gesagt: Mach es doch usw. - Und dann ging es darum: Wer wird es? - Und dann hat Wilfried Hasselmann das übernommen. Dann wurde das ihm zugeschlagen, Wilfried Hasselmann. Und später wurde es ja Remmers. Und das ist bestimmt schon 86 oder 85 gewesen.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, ich höre gerade, ich bin da falsch informiert worden. Das tut mir leid. Das nehme ich also zurück.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Dann, muss ich aber mal sagen,
sollten Sie jetzt sich beim Zeugen
für diesen falschen Vorhalt auch
entschuldigen! Das ist ja ein öffent-
liches Verfahren! - Gegenruf der
Abg. Ute Vogt (SPD): Können Sie
jetzt mal aufhören, immer
dazwischenzubrüllen, Mensch!

- Ich habe hier von Herrn Grindel keine Wei-
sungen entgegenezunehmen, Punkt!

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ent-
schuldigung, wenn hier ein falscher
Vorhalt gemacht wird, muss man
sich dafür entschuldigen!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir
uns darüber noch mal intern äußern? Sonst
finde ich es peinlich.

Sebastian Edathy (SPD): Also ich stelle
fest, Herr Kollege Schnipkoweit: Ich hatte
eine falsche Information, die ich hätte viel-
leicht noch mal verifizieren müssen. Das
bedauere ich ausdrücklich. Sie waren bis
Ende 82 zuständig für die Atomaufsicht.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Bitte?

Sebastian Edathy (SPD): Bis Ende 1982.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja,
eben. Aber nicht 86.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist korrekt.
Das haben wir nun hiermit geklärt. - Können
Sie sich denn erinnern, bis zum Ende des
Jahres 1982, welche Zuständigkeit die Ab-
teilung 5 in Ihrem Haus hatte?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Also, ich
weiß es nicht. Auf alle Fälle war die Abtei-
lung 5 zuständig für Umweltschutz, also jetzt
meinetwegen Atom usw.

Sebastian Edathy (SPD): Atom inkl-
sive?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie
sich an den Abteilungsleiter erinnern?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Bitte?

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie
sich an den Abteilungsleiter damals erin-
nern?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Wenn
Sie mal den Namen sagen, ja.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Knoll-
mann. Sagt Ihnen das was?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja, sagt
mir eine Menge.

Sebastian Edathy (SPD): War der Ab-
teilungsleiter 5?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Guter Mann?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nee.

(Heiterkeit)

- Ja nun.

Sebastian Edathy (SPD): Okay. Also
wenn Ihnen - -

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Wenn
Sie mich so fragen.

Sebastian Edathy (SPD): Also war kein
guter Mann. Aber wieso hatten Sie denn - -

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja, also
ich meine - - War das ein guter Mann? Dann
kann ich Ihnen sagen: Nein. - Das ist ja nun
ein Unterschied. Ich habe ja nichts Abwer-
tendes gesagt. Nur Sie haben nach „gutem
Mann“ gefragt. Ja, und da hatte ich wirklich
bessere Leute. Das will ich mal sagen. Ich
habe vorhin gesagt: Von mir sind drei ehe-
malige Mitarbeiter beamteter Staatssekretär
geworden. Ehemalige sind alle was gewor-
den bei mir, nicht durch Parteipolitik, sondern
durch Leistung.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, aber Herr
Schnipkoweit, würden Sie mir denn zustim-
men, dass die Position eines Abteilungslei-
ters in einem Landesministerium nicht eine
besonders niedrig angesiedelte Position ist?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Wissen Sie, Sie können auch manchmal als Minister nicht alles ganz allein entscheiden.

Sebastian Edathy (SPD): Wenn Ihnen ein Abteilungsleiter eine Vorlage schreibt, haben Sie die üblicherweise noch mal kritisch auf ihren Inhalt hin geprüft, bevor Sie sie zum Beispiel an Herrn Albrecht weitergeleitet haben?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: An wen?

Sebastian Edathy (SPD): An den Ministerpräsidenten.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Kann sein. Wahrscheinlich bestimmt.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist wahrscheinlich relativ häufig vorgekommen, dass Ihnen Abteilungsleiter Papiere zugeleitet haben. Oder?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das weiß ich jetzt nicht mehr. Ich sage Ihnen: Bei einem so riesigen Ministerium, da müssen Sie mir mal sagen, wie Sie da alles nach 30 oder 35 Jahren noch wissen wollen. Ihr lest alles schön vor, und ich soll alles im Kopf haben, und ich bin 30 oder 40 Jahre älter ihr.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist natürlich sicherlich ein nicht ganz unzutreffendes Argument, aber gleichwohl: Sie haben ja eine Kopie bekommen von dem, was wir in den Akten gefunden haben, nämlich das Schreiben aus dem Ministerium für Soziales vom 6. Juli des Jahres 81, mit dem weitergeleitet wurde an den Ministerpräsidenten Ernst Albrecht der vertrauliche Vermerk Ihres Abteilungsleiters 5 vom 3. Juli 81. Können Sie denn anhand dieser Kopie - die haben Sie ja bekommen, glaube ich - ersehen, ob Sie da gezeichnet haben?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das weiß ich nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Da sind ja ein paar Kürzel drauf. Ist da eines von Ihnen dabei? Haben Sie mal draufgesehen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Weiß ich nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Das Papier ist Ihnen doch gegeben worden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es liegt neben Ihnen, Herr Schnipkoweit. Das ist dieses Papier, was Sie eben bekommen haben.

Sebastian Edathy (SPD): Das liegt neben Ihnen. Das ist ein Dreizeiler.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist das Papier, was man Ihnen eben ausgehändigt hat. Wenn Sie da mal draufgucken.

Sebastian Edathy (SPD): Oben rechts, 6. Juli 1981. Herrn Ministerpräsidenten Dr. Ernst Albrecht. Da ist ein Kreuz, da sind zwei Kürzel.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn das denn ohne Brille möglich ist.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das kann sein.

Sebastian Edathy (SPD): Ministerbogen.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja, gut, okay.

Sebastian Edathy (SPD): „Gut, okay“ heißt, das haben Sie gezeichnet? Oder?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Bitte?

Sebastian Edathy (SPD): Haben Sie das gezeichnet?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Scheinbar. Wenn da mein Kürzel steht, muss ich es ja gezeichnet haben.

Sebastian Edathy (SPD): Ist da Ihr Kürzel drauf?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Welches ist denn Ihr Kürzel?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Sch.

Sebastian Edathy (SPD): Sch, Schnipkoweit. Das haben Sie also gezeichnet?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Finden Sie es eigentlich normal, wenn Sie eine Vorlage eines Abteilungsleiters bekommen vom 3. Juli 1981 - das war ein Freitag -, und das geben Sie eins zu eins mit einem Anschreiben am Montag, dem 6. Juli - handschriftlich ist der 6. oben eingetragen, offenkundig von Ihnen, nehme ich an -, an den Ministerpräsidenten weiter? Finden Sie, das entspricht einer sorgfältigen Prüfung? Oder haben Sie viel am Samstag und am Sonntag im Ministerium verbracht?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Kann durchaus sein.

Sebastian Edathy (SPD): Ich habe Sie vorhin so verstanden, dass im Grunde genommen ja die Zuständigkeit für diesen ganzen Bereich - Atomenergie, Reaktorsicherheit - nicht Ihr Herzensanliegen gewesen ist. Sie haben ja gesagt, Sie wären die Zuständigkeit lieber früher als später losgeworden, am liebsten wahrscheinlich ja vor Ende 82. Könnte es gewesen sein, Herr Schnipkoweit, dass für Sie diese ganze Thematik innerhalb Ihres Ressorts eine derart geringe Relevanz aufgewiesen hat, dass Sie sich im Grunde genommen mit den Feinheiten der Materie gar nicht beschäftigt haben?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ach, so einfach kann man es sich ja nicht machen. Ich meine, es ist ja ein Unterschied, ob ich sage: Ich möchte von der Arbeit entbunden werden. - Ich sage noch mal: Es gibt in Deutschland kein Ministerium, das so eine Brandbreite hatte wie meines. Nehmen Sie bloß mal Städtebau und Wohnungswesen. Das war auch ein Lieblingskind von mir. Da konnte ich nämlich echt mal auch Sozialpolitik machen, dass Familien mit zehn Kindern eine vernünftige Wohnung kriegten.

Sebastian Edathy (SPD): Ich habe da volles - - Ich muss übrigens sagen, Herr Schnipkoweit, ich komme selber aus Niedersachsen, und ich weiß, dass auch meine Partei Ihre Arbeit, die Sie als Sozialpolitiker geleistet haben, sehr wertschätzt.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja, machen sie heute noch zum Teil.

Sebastian Edathy (SPD): Das machen sie heute noch zum Teil. - Sie haben ja vorhin gesagt, Sie wollten Sozialpolitik machen. Das war Ihr Anspruch. Wohnungsbau, Lieblingskind. Was für eine Art von Kind war denn dann die Reaktorsicherheit?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Bitte?

Sebastian Edathy (SPD): Was für eine Art von Kind war denn die Zuständigkeit für dieses ganze Kernenergiewesen? Eher doch ein Stiefkind. Sehe ich das richtig?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Wer? Ich?

Sebastian Edathy (SPD): Nein, Sie nicht. Die Zuständigkeit für diesen Bereich, den Sie ja ganz gerne loswerden wollten, war für Sie ja nicht Kerngegenstand Ihrer täglichen Arbeit.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nein. Aber trotzdem - -

Sebastian Edathy (SPD): Herr Schnipkoweit, es ist nur folgendes Problem.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Kollege, lassen Sie bitte den Zeugen ausreden.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Worum geht es denn?

Sebastian Edathy (SPD): Herr Schnipkoweit, Sie haben hier vorhin ausgeführt, dass Ihnen nicht bekannt gewesen sei, dass es durchaus verbreitete Kritik gegeben habe an einem möglichen Standort Gorleben für ein Endlager. Und Sie leiten das an einem Montag, nachdem Ihnen am Freitag der Vorwoche einer Ihrer Abteilungsleiter ein zweiseitiges Papier vorlegt mit massiven Bedenken - zum einen bezüglich von Anhörungen, die stattgefunden haben, zum anderen bezüglich der Bundesregierung unter Helmut Schmidt, die nach diesem Papier in Kürze mit dem Land Niedersachsen in Verbindung treten wollte, um über Alternativstandorte zu sprechen -, über das Wochenende, am Montag, eins zu eins an den Ministerpräsidenten weiter, sagen uns aber hier im Ausschuss, es seien Ihnen nicht irgendwelche Zweifel an Gorleben bekannt geworden. Das

wären Randmeinungen gewesen. Sehen Sie nicht einen gewissen Widerspruch?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich habe nie gesagt, dass es keine Zweifel gegeben hat - wo habe ich denn das gesagt? -, sondern ich sage, ich bin persönlich nach wie vor der Meinung: Das ist der richtige Standort. Dass es da auch von meinen Mitarbeitern - - Das wäre ja komisch, wenn die alle genauso denken würden wie ich in jeder Hinsicht. Das ist ja nun mal nicht so. Ich meine, wenn ich das abgezeichnet habe, dann kann ich doch - - Wenn ein Abteilungsleiter den Standpunkt vertritt und will, dass der Minister es erfahren soll, dann ist es doch okay. Das spricht doch für mich - und nicht gegen mich.

Sebastian Edathy (SPD): Das prüfen Sie nicht daraufhin, ob das auch mit Ihrer Auffassung übereinstimmt?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das muss nicht meine Auffassung sein. Warum muss das denn meine Auffassung sein? Soll ich denn alles unterschlagen?

Sebastian Edathy (SPD): Na ja, weil Sie der Ressortverantwortliche sind vielleicht.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Bitte?

Sebastian Edathy (SPD): Weil Sie der Ressortverantwortliche waren als Minister.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ach du je! Also, ich sage ja: Was so ein Minister alles wissen soll.

Sebastian Edathy (SPD): Ich will ja auch niemanden überfordern, und es mag ja sicherlich auch eine große Fülle an Zuständigkeiten gewesen sein, die Sie gehabt haben. Aber ich darf mal fragen: War das eigentlich üblich, dass Sie alles, was Ihnen Mitarbeiter aufgeschrieben haben, ungefiltert an den Ministerpräsidenten weitergeleitet haben?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das habe ich nicht gesagt und habe ich auch nicht getan.

Sebastian Edathy (SPD): Aber in dem Fall haben Sie es möglicherweise getan.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ach ja, das mag ja sein, dass es im Einzelfall so war.

Sebastian Edathy (SPD): Weil Ihnen das Thema nicht wichtig war. Kann das sein?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: „Nicht wichtig war.“ Ich will Ihnen mal was sagen: Bei mir konnte jeder Bürger in Niedersachsen mich anschreiben. Und als ich kein Minister mehr war und der Nachfolger angeschrieben wurde: Wo steht das? - Das stand bei den Behindertenverbänden. - Das wird sofort gestrichen. Mich schreibt nicht jeder mehr an.

Und bei mir war es so: Ich habe kein geheimes Telefon gehabt. Meine Frau hat viele Dinge entgegengenommen, und wir konnten damit vielen Menschen helfen. Und dann soll ich hier um einen Fall, den der MP haben sollte oder wollte, was weiß ich, sollte ich da - - Das verstehe ich nun wirklich nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Na ja, Herr Schnipkoweit, finden Sie nicht, dass massive Zweifel an der Geeignetheit des Standortes Gorleben im Jahre 81 schon ein gravierender Vorgang gewesen sind?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Trotzdem. Das mag ja seine Meinung gewesen sein. Ich habe es vorhin ja ein bisschen bewertet.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, gerade deshalb ist es doch verwunderlich, dass Sie es einfach weitergeleitet haben. Also, schwacher Mitarbeiter, Abteilungsleiter, schreibt Ihnen was auf, also eh schon eigentlich eine kritikwürdige Person, zu einem wirklich nicht unwichtigen Vorgang. Sie leiten das so weiter, wo natürlich der Empfänger eines solchen Vermerkes davon ausgehen muss: Das ist Meinung des Hauses.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Sie tun so, als wenn alles bei Ihren Leuten richtig wäre. Ich könnte Ihnen aber Beispiele nennen, wie es da gemacht wurde.

Sebastian Edathy (SPD): Wir machen auch Fehler. Ich habe vorhin auch einen Fehler gemacht, indem ich die Ressortzuständigkeit ein bisschen zu lange definiert habe. Sie war kürzer. Aber Sie würden zuge-

ben, dass Sie da möglicherweise auch einen Fehler gemacht haben.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja, warum denn nicht? Das wäre ja toll, wenn ich nicht mal einen Fehler gemacht habe. Klar habe ich mal Fehler gemacht. Das ist doch nun mal so im menschlichen Leben.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. - Können Sie sich entsinnen, dass sich im Jahre 1977, also vier Jahre vorher, der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Ernst Albrecht, sinngemäß so geäußert habe: „Entweder Gorleben wird als Standort auserwählt oder überhaupt kein Standort in Niedersachsen“?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nein, bestimmt nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie sich nicht erinnern?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nein, bestimmt nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Dann will ich Ihnen einen Vorhalt machen - das ist bereits schon mehrfach hier bei uns im Ausschuss thematisiert worden - aus den Greenpeace-Akten, ein Vermerk aus der Staatskanzlei Niedersachsen, 14. Juli 1977, wo ein Referent namens Schwoppe ausführt, Ministerpräsident Albrecht habe erklärt, die Entsorgungsanlage werde entweder bei Gorleben oder überhaupt nicht in Niedersachsen gebaut. Ist Ihnen nicht Erinnerung?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Die Entsorgung ist ... (akustisch unverständlich); aber trotzdem bin ich der Meinung - -

Sebastian Edathy (SPD): Na ja, es ging ja um den Gesamtkomplex.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nee, nee, nee!)

- Es ging um den Gesamtkomplex.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte, der Abgeordnete fragt, und der Zeuge antwortet, und zwar beide so lange, wie sie brauchen.

Sebastian Edathy (SPD): Dann darf ich vielleicht ergänzen; dann kann man die Ant-

wort ja zusammenfassen. - Ich darf zitieren aus dem Protokoll unserer Sitzung hier, Untersuchungsausschuss vom 30. September 2010. Da haben wir uns, wie die Vorsitzende es formulieren würde, unterhalten mit Herrn Dr. Tiggemann. Und ich zitiere wie folgt: Da beziehe ich mich auch auf diesen Vermerk und sage zu Herrn Tiggemann, Albrecht habe erklärt, die Entsorgungsanlage werde entweder bei Gorleben oder überhaupt nicht in Niedersachsen gebaut: „Entspricht das dem Stand der Forschung?“ Und da wird dann ausgeführt von Herrn Tiggemann: „Ja, das stimmt.“ Frage ich noch mal nach: Das ist korrekt, diese historische Einschätzung, Position des Ministerpräsidenten von Niedersachsen: „Entweder man entscheidet sich für Gorleben oder man tut hier gar nichts in Niedersachsen“? Dann sagt Herr Dr. Tiggemann: „Korrekt“.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir untersuchen nicht die Wiederaufarbeitungsanlage! Wir untersuchen das Endlager! Und entweder ändern Sie die Frage oder wir machen eine Beratungssitzung! - Gegenruf der Abg. Ute Vogt (SPD): Entweder Sie melden sich zu Wort oder Sie sind still! - Gegenruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann beantrage ich eine Beratungssitzung!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann Beratungssitzung.

Herr Schnipkoweit, das gibt Ihnen die Möglichkeit, mal einen ganz kleinen Moment zu verschnauften. Das gibt den Kollegen die Möglichkeit, mal ein bisschen geradeaus zu sprechen. Wir müssen Sie bitten, einmal den Raum zu verlassen, weil wir die Öffentlichkeit jetzt ausschließen, dann einmal intern über den weiteren Fortgang des Verfahrens sprechen. Dann sind wir in zehn Minuten, einer Viertelstunde wieder dabei. Und deshalb haben Sie einen Moment, durchzuatmen.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Also, ich soll raus?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, bitte. Wir unterbrechen jetzt einmal die Sitzung.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, I: Öffentlich: 12.35 Uhr - Folgt Sitzungsteil Beratung, II: Nichtöffentlich)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich,
12.52 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen Hermann Schnipkoweit**

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herr Schnipkoweit, erneut herzlich willkommen. Ich hoffe, dass Sie einmal kurz durchatmen konnten. Wir jedenfalls haben das hier mehr oder weniger gemacht.

Ich will der Öffentlichkeit noch mitteilen, dass sich der Ausschuss - wie schon des Öfteren - darauf geeinigt hat, noch mehr als zuvor darauf zu achten, bei den Fragen korrekte Begriffe zu verwenden, auf korrekte Zitate und Vorhaltungen zu achten und darüber hinaus, wenn es denn Wortmeldungen gibt, diese tatsächlich durch Handzeichen der Vorsitzenden anzuzeigen. Ich werde dann das Wort erteilen.

Ich gebe jetzt das Wort wieder an die SPD-Fraktion. Da gibt es noch ein Restzeitkontingent von zwölf Sekunden. Bitte schön.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Herr Schnipkoweit, ich habe noch mal eine Frage in Bezug auf die Frage der alternativen Standorte, weil Sie vorhin gesagt hatten, es sei Ihnen nicht erinnerlich, dass der Bund in dieser Richtung Forderungen gestellt habe. Es gab ein Gespräch am 11. September 1981. Bei uns ist das in MAT A 102/1, Band 149, Paginierung 59 f. Das Gespräch war mit Vertretern des Bundesforschungsministeriums, des Bundesinnenministeriums, der Frau Ministerin Breuel und Ihnen. Da gibt es ein Protokoll, und in dem wird vermerkt - ich zitiere -:

Der Bund stehe politisch unter erheblichem Druck hinsichtlich der [u. a. von dem Vorsitzenden der Bundestagsenquetekommission „Zukünftige Energiepolitik“, MdB Schäfer (SPD)] geforderten Untersuchung anderer Salzstöcke.

Das heißt, Sie haben offenbar in diesem Gespräch auch noch mal erörtert, dass es jedenfalls auf Bundesebene eine erhebliche politische Debatte gibt, die eine Untersuchung alternativer Salzstöcke zu Gorleben fordert. Ich frage Sie auf dem Hintergrund auch dieses Protokolls, ob Sie sich tatsächlich an gar keine Diskussion über alternative Standorte erinnern.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Sicherlich hat es eine Diskussion über alternative Standorte gegeben. Nur, ich habe ja gesagt: Wir haben nur noch vier vorgefunden. Ich habe auch gesagt, warum Wahn zum Beispiel ad acta gelegt wurde - und auch Mariagluck bei Celle usw.

Ute Vogt (SPD): Das war 1981, das war ja danach.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Gut, okay. Ich meine, man kann heute noch nach Alternativen - - Bloß, ich möchte den sehen, der das macht und auch öffentlich sagt, was er will. Da wäre ich gespannt drauf. Wirklich, ich würde mich direkt freuen. Wissen Sie, ich bin doch kein Fan für Gorleben. Sie dürfen doch zwei Dinge im Grunde genommen nicht durcheinanderbringen: Auf der einen Seite habe ich als Minister gehandelt und vor allen Dingen auch als Bergmann gehandelt, weil ich nun ein bisschen mehr davon verstehe als viele, die da was von schreiben und reden usw. Das ist das eine. Ich habe es vorgeschlagen; stehe ich auch zu.

Nur, wenn jetzt jemand den Standpunkt vertritt, wir müssen nach neuen Standorten suchen, soll man es machen. Nur - ich habe das Buch von der Kaliindustrie hier -, Sie finden in den meisten Gegenden Deutschlands nichts, wo Salz abgebaut wird. Denn eines will ich Ihnen sagen: Wenn das Werk, wo ich gearbeitet habe - ich habe den Zeitungsausschnitt hier -, vor 25 Jahren stillgelegt wurde - vor 25 Jahren -, und man jetzt erwägt, das wieder in Betrieb zu nehmen - zurzeit wird untersucht, obwohl oben die ganze Fabrik weg ist usw. -, dann sieht man doch, dass im Grunde genommen die Kaliindustrie oder überhaupt die Salzindustrie dankbar wäre für jeden guten Standort. Denn gucken Sie mal an: Die haben nicht genug Streusalz; die würden doch garantiert sofort noch ein neues Werk bauen, um Steinsalz zu produzieren. Die können es doch gar nicht schaffen, was wir da auf die Straßen streuen.

Genauso ist es mit Salz. Die Kaliindustrie, die K+S, sagt Folgendes: Jedes Jahr vermehrt sich die Bevölkerung um 80 Millionen, und wir müssen unbedingt mehr Kali produzieren, damit die Menschen satt werden. Dünger gehört dazu. Ohne den kann man nun das Ganze nicht wirklich in Ordnung bringen. Verstehen Sie, von mir aus sofort. Mir fällt bestimmt kein Stein aus der Krone. Bloß, das meiste, was ich gemacht habe, hat

heute noch Bestand, abgesehen von Gorleben vielleicht; aber auf alles andere bin ich ein bisschen stolz.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt wieder an die FDP-Fraktion.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Schnipkoweit, wir haben uns ja vorhin etwas länger unterhalten. Der Kollege Edathy hat da intensiv nachgefragt über dieses Schreiben Ihres Abteilungsleiters 5. Sie haben uns vorher berichtet, dass sich Herr Ministerpräsident Albrecht damals tief in die Materie Gorleben hineingekniet hat. Sie haben uns berichtet, dass er sich wie kaum ein anderer Ministerpräsident wirklich für dieses Fachthema interessiert hat, dass er sich damit beschäftigt hat, dass er sich mit den Ergebnissen der Hirsch-Runde auseinandergesetzt hat. Hatten Sie den Eindruck, dass Herr Albrecht alles wissen wollte, was mit dem Thema zusammenhing, insbesondere auch Argumente, die dagegen sprechen könnten?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Auf alle Fälle. Davon bin ich fest überzeugt. Der Dr. Albrecht hat bestimmt die Argumente, die dagegensprechen, gekannt. Davon bin ich fest überzeugt. Aber ich sage noch mal: Wer soll mal bitte einen Vorschlag machen, wo man jetzt versuchen sollte?

Marco Buschmann (FDP): Herr Schnipkoweit, ich bin ja gar nicht dabei, Herrn Albrecht zu bewerten. Ich frage mich nur eben: Sie sind ja davon ausgegangen - Sie haben gesehen, Sie haben einen Ministerpräsidenten, der mehr wissen will, als eigentlich üblich ist -, dass man vielleicht so ein Schreiben, auch wenn es kritisch ist, ohne es sich zu eigen machen zu müssen, einem solchen Ministerpräsidenten mit so einer ausgesprochen hohen Neigung, alles wissen zu wollen, auch wirklich einfach mal zuleitet, ohne dass das einen Rückschluss zulassen muss, ob Sie das kritisch würdigen oder nicht, weil Sie einfach sichergehen wollten, dass der alles sieht, weil er eben alles wissen will.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Na ja, also, ich muss schon sagen: Mir ist aber lieber, der Ministerpräsident möchte fast alles wissen usw.

Marco Buschmann (FDP): Das ist ja kein Vorwurf gegen Herrn Albrecht.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Bitte?

Marco Buschmann (FDP): Ich mache Herrn Albrecht ja keinen Vorwurf, dass er alles wissen wollte. Ich versuche nur mal, dahinterzukommen.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nein, aber bitte, ich kenne auch andere Ministerpräsidenten, die sich im Grunde genommen um nichts gekümmert haben. Das ist doch der Unterschied dabei. Ich habe das Glück gehabt im Grunde genommen, dass Albrecht sich bei mir wenig eingemischt hat. Er hat sich bei anderen Ministern viel mehr eingemischt, wenn es wirklich um Themen ging, die für ihn wichtig waren usw. Ich sage Ihnen noch mal: Ich bin nach wie vor dankbar dafür. Ich habe ihm auch widersprochen, wenn es notwendig war. Ich war kein Kind von Traurigkeit. Also, wenn es hieß, nur Breuel war - - dann habe ich ihm in anderer Hinsicht genauso widersprochen.

Marco Buschmann (FDP): Okay. - Dann möchte ich noch mal zu dem Themenbereich „Bergrecht und Atomrecht“ kommen. Sie haben da ja eine besondere Sachkunde als langjähriger Vorsitzender des Grubenausschusses, auch als Bergmann. Im Ausschuss steht immer so eine Theorie im Raum, die da lautet: Wir haben einmal Atomrecht; das sei das gute und richtige Recht, weil man damit Öffentlichkeit beteiligen könnte. Bergrecht, das sei das schlechte Recht, weil es Öffentlichkeit ausblenden würde. Sie haben uns vorhin erklärt, dass Bergrecht unter anderem einen Vorteil haben könnte, nämlich dass dadurch Behörden eingebunden sind, die was von Bergbau verstehen. Bergbau, das heißt: Wie teuft man Schächte ab? Wie geht man mit der Hydrologie um, mit der Geologie? Können Sie mal - vielleicht auch aus Ihrer Perspektive als langjähriger Vorsitzender des Grubenausschusses - berichten, dass das ja vielleicht nicht L'art pour l'art ist, sondern dass es da um die Sicherheit von Menschenleben gehen könnte?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Es geht doch gerade im Bergrecht bei Sicherheit um Menschen. Ich meine, was hat da die Bergbehörde dafür gesorgt, dass viele Unglücke vermieden wurden. Ich meine, ich habe es ja nun selbst erlebt, wissen Sie. Ich meine, wenn Sie da jetzt so als Landtagsabgeordneter unter Tage sind - ich war ja auch als Landtagsabgeordneter unter Tage -, und dann auf einmal hätten Sie ja - - Sollst du immer nicht einmal gegen das Gesetz oder wie verstoßen, wenn es um Sicherheit geht? Wirst du immer einen Helm aufhaben oder wie auch immer usw.? Und eines steht fest: Jeder hat Schiss gehabt, wenn die Bergbehörde kam, weil sie natürlich dafür zuständig war, dass weniger Menschenleben gefordert wurden. Was meinen Sie, wie Lengede passiert war, wie der Bergwerksdirektor³ darunter gelitten hat, ein Dr. Ferling, dass das in seinem Beritt passiert ist, dass so ein schweres Unglück passiert ist.

Marco Buschmann (FDP): Also kann man wahrscheinlich nicht sagen, dass einfach irgendwie diese Theorie stimmt, dass das Bergrecht irgendwie lasch und einfach sei -

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ach, um Gottes willen!

Marco Buschmann (FDP): - und das Atomrecht anspruchsvoll und kompliziert und dass man es sich leichter machen wollte, sondern dass man vielleicht gesagt hat: Was ist eigentlich sachnäher für das, was man da tut, nämlich einen Schacht abzuteufen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Sie müssen mich mal verstehen. Wenn Sie so lange - und nicht nur als Grubensicherheitsausschuss, sondern schon vorher als normaler Hauer - mit der Bergbehörde zu tun gehabt haben - und haben sie auch so ein bisschen gefürchtet -, dann ging es doch - - Wenn es um das Thema Sicherheit ging, war ich voll mit der Bergbehörde zufrieden. Das muss ich Ihnen ganz offen sagen. Ich wäre manchmal glücklich, wenn bei uns manches im öffentlichen Bereich auch so hart gehandhabt würde wie das Bergrecht. Also, mit Sicherheit für Menschen hat das überhaupt nichts zu tun. Das Einzige ist vielleicht die

Frage der Öffentlichkeit, das ist ein anderes Problem. Aber ob das immer notwendig ist, da kann man auch geteilter Meinung sein.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank. Wir haben keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die Fraktion Die Linke.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Schnipkoweit, ich habe aus der vergangenen Runde drei offene Fragen für mich, und zwar geht die erste dahin: Meine Kollegin, Frau Menzner, hatte Sie gefragt, ob Herr Baum informiert worden ist über die Tatsache, dass unter Gorleben Gasvorkommen sind. Dazu hatten Sie für mich nicht sehr eindeutig geantwortet. Haben Sie Bundesinnenminister Baum damals informiert?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich erinnere mich bestimmt nicht daran. Das wüsste ich bestimmt, dass der mich nicht informiert hat, dass es so ist.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Nein, umgekehrt: Haben Sie ihn informiert? Darum geht es mir. Haben Sie ihn damals darüber informiert, dass Gas unter Gorleben war? Denn er hatte - ich wiederhole es noch mal - in der Sitzung hier am 02.12.2010 gesagt, er ist von Ihnen nicht informiert worden.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das weiß ich nicht mehr. Ich habe das ja vorhin schon gesagt: Was ich alles wissen soll.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Gut. - Ich habe dann noch eine weitere Frage, und zwar hatte die SPD-Kollegin gefragt, ob es einen Sicherheitskatalog für die Prüfung der Eignung von Endlagern analog dem niederländischen Katalog gegeben hat. Gab es den zu Ihrer Zeit?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich kenne das Niederländische überhaupt nicht.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Gab es einen Sicherheitskatalog zur Prüfung?

³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Bergwerksdirektor“, setze „Bergamtsleiter“, Anlage 1

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Bestimmt. Aber bestimmt nicht abgeschrieben von den Niederlanden oder wie. Die haben ja kaum Bergbau.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Aber Sie hatten einen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Bestimmt.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Gut. - Und das Dritte war: Sie hatten gesagt - und Sie sind ja Fachmann -: Beim Kohlebergbau kann es dazu kommen, dass eben nach Abbau die Decke einstürzt und dass es Absenkungen gibt, und das sei im Salz nie das Thema. Jetzt habe ich die Frage: Wie ist denn das, wenn Gas abgebaut wird? Unter Gorleben, unter Rambow ist ja Gas, und in der DDR ist ja auch dieses Gas gefördert worden. Wie ist denn das bei Gas? Sinkt dann das Deckgebirge ein? Also, kann es da zu Absenkungen durch die Förderung kommen, ja oder nein? Was denken Sie? Sie sind ja Fachmann.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Also, ich bin nicht für alles Fachmann. Aber ich habe das noch nie gehört, dass durch Gas irgendwie etwas abgesenkt wurde. Deswegen, ich bin auch so ein bisschen überrascht durch die ganze Diskussion, wenn ich überlege, wie Erdgas in Kavernen kommt usw. Und dann sagt man: Das Gas schadet dem Salz. Das ist doch - - Habe ich noch nie gehört, sondern die Kavernen sind stabil. Da können die so viel reinpumpen usw. Und wir bekommen dafür dann im Winter schöne Heizmöglichkeiten.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Gut. - Dann möchte ich Ihnen doch noch mal die Kabinettsvorlage vorhalten vom 08.02.77, MAT A 52, Band 12, Paginierung 27. Ich zitiere:

Durch das Vorhandensein eines Gasfelds unter dem Salzstock Gorleben ist eine potentielle Gefährdung der Endlagerstelle im Falle einer Erdgasförderung gegeben. Es findet zwar zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Förderung statt, es kann auch davon ausgegangen werden, daß auf niedersächsischer Seite eine Gasförderung verhindert werden kann, es ist jedoch nicht

auszuschließen, daß zu irgendeinem Zeitpunkt auf DDR-Seite mit einer Förderung begonnen wird. In diesem Fall können u. U. großflächige Senkungen der Erdoberfläche im Bereich des Gasvorkommens auftreten.

So, nun hatten Sie gesagt, das Salz sei deshalb so sicher, weil es dort zu keinen Absenkungen kommen kann. Diese Kabinettsvorlage sagt aber genau das Gegenteil: Es kann da zu Absenkungen kommen. - Von daher - und es ist ja ein Salzstock, Gorleben/Rambow - kann ja die Sicherheit gar nicht gewährleistet sein, weil überhaupt nicht ausgeschlossen werden konnte, dass auf DDR-Seite Gas gefördert wird. Können Sie mir dazu etwas sagen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich weiß nur Folgendes: dass in Niedersachsen 80 Prozent des Erdgasverbrauchs, den wir in Deutschland, aber jedenfalls in Niedersachsen sehen - - Mir ist nicht bekannt, dass in den Bereichen, wo das Erdgas gefördert wird, irgendwelche Absenkungen erfolgt sind, und da ist in großer Menge - Millionen Kubikmeter - Erdgas gefördert worden.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Also, dann kannten Sie die Kabinettsvorlage nicht?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Weiß ich nicht. Was ich alles wissen soll.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Gut. - Ich habe ja festgestellt: Sie sind ein sehr verantwortlicher Mensch.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja, bin ich auch.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Das ist ja durch Ihre Aussagen auch sehr zutage getreten. Sie haben sich sehr für Sozialpolitik interessiert und auch sehr für Arbeitsmarktpolitik. Davon gehe ich aus; denn Sie haben ja gesagt, es wären mehr als 1 000 Arbeitsplätze dadurch entstanden - oder hätten entstehen können. Ich habe auch verstanden, dass Sie gesagt haben, Sie hätten auch gerne andere Standorte zur Auswahl gehabt, aber es gab keine. Und: Wir standen vor dem Problem - wo wir auch heute stehen -, wir haben kein Endlager, aber wir haben jede Menge Müll.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Und Gorleben - so hatte ich Sie auch verstanden - sei ja auch deswegen geeignet gewesen, weil es eben am Rande gelegen sei, ohne größere Städte in der Nähe. Kann es sein, dass Gorleben auch vor dem Hintergrund so interessant war, weil man irgendwas dringend finden musste und man geguckt hat: „Was ist das geringste Übel?“ und deshalb auch vorhandene Bedenken, die ja tatsächlich auch schriftlich niedergelegt wurden, einfach etwas beiseitegeschoben hat aus der Not heraus, eine Entscheidung treffen zu müssen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich habe Ihnen das vorhin schon mal gesagt: Bislang hat noch keiner Gorleben in Zweifel gezogen, jedenfalls so, dass man sagen könnte - - Ich meine, was einzelne Personen sagen, da höre ich bestimmt nicht hin. Aber generell: Ich sage doch, damals, als die SPD und die Grünen gemeinsam den Vertrag gemacht haben von wegen kürzere Laufzeiten von Kernkraftwerken, da haben die Gorleben nach wie vor anerkannt. Das ist doch ein Tatbestand. Und jetzt auch: Es gibt doch noch keine ernstzunehmende Institution, die nun wirklich sagt, Gorleben ist nicht in Ordnung. Wenn das weiter erkundet wird und es so ist, dann ist Feierabend; aber zunächst muss man es doch zumindest noch erkunden.

Wissen Sie, wenn ich das mit dem Gas höre: Das stimmt doch alles nicht. Ob das da ist oder nicht ist, ich sage: Gucken Sie mal nach Oldenburg hin oder in den Raum Nienburg usw., wo die riesigen Gasvorkommen sind usw. Da ist mir nicht bekannt, dass da irgendwelche Häuser zusammengebrochen sind oder abgesunken sind usw. Nein, nein, also, was Salz anbetrifft, da ist da nicht viel zu machen, auch wenn da Gas unter ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Kotting Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Schnipkoweit, es geht ja jetzt nicht darum, ob irgendjemand sagt, das ist geeignet oder ungeeignet, sondern es geht um die Frage: Wie ging man mit Zweifeln um? Jetzt will ich Sie schon - weil Sie noch mal mit Vehemenz eben dargelegt haben, dass niemand Zweifel geäußert hat -

noch ein letztes Mal erinnern an den von Ihnen unterschriebenen Vermerk, in dem steht:

Sowohl die hydrogeologischen Gegebenheiten im Deckgebirge als auch der innere Aufbau des Salzstocks bestätigen die bereits früher geäußerten Zweifel an der Eignung des Salzstocks, zumindest für die Endlagerung wärmeentwickelnder Abfälle.

„Bestätigen die ... früher geäußerten Zweifel“: Das haben Sie unterschrieben. Und bitte wiederholen Sie jetzt nicht noch mal: Niemals hätte jemand Zweifel daran geäußert oder hätte irgendetwas gefunden.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich kann mich doch auch mal irren. Ich habe mich vielleicht geirrt, mag ja sein. Aber trotzdem: Bis heute kann keiner sagen, Gorleben ist nicht geeignet. Darauf kommt es mir doch an. Ich bin doch im Grunde genommen - - Wenn ich auch selbst zweifle: Spricht das nicht für mich, wenn ich den Mut habe, auch mal dagegen was zu sagen, als wenn ich immer nur Beifall klatsche? So blöd bin ich nicht gewesen.

Sylvia Kotting Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Herr Schnipkoweit, gehen wir noch mal zurück zu dem 11.11.76, als die Minister bei Ihnen in Niedersachsen auftauchten, die Bundesminister. Sie haben vorhin Ihre Ausführungen damit begonnen, dass Sie sagten: Mir waren damals vier Standorte bekannt nach Voruntersuchungen. Sie haben die dann aufgezählt, und da war Gorleben dabei. So gingen Sie in dieses Gespräch am 11.11.76. Wer hat denn diese vier Standorte wann festgelegt: dass es die jetzt sein sollen, mit denen man in dieses Gespräch geht?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Zunächst mal ist am 11.11. überhaupt nicht darüber gesprochen worden. Ich habe bis zum 11.11. nichts davon gewusst - das will ich mal sagen -, sondern da bin ich darauf aufmerksam gemacht worden, dass drei Minister da waren und dass Niedersachsen eine Aufgabe zu erfüllen hat. Aber da habe ich nicht gewusst, wie viele Standorte es gibt. Das habe ich erst nachher erfahren. Und wann wir Gorleben ganz genau festgelegt haben, das weiß ich nicht; auf keinen Fall 76/77 als endgültige Sache. Bestimmt nicht.

Sylvia Kotting Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, aber aus diesem Gespräch heraus kam dann Gorleben als Empfehlung.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja gut, ist ja vielleicht richtig. Warten wir es doch ab; wird doch weiter untersucht.

Sylvia Kotting Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darum geht es mir ja jetzt gar nicht, sondern ich wüsste gerne - - Es muss ja irgendwann mal Vorgespräche, Vorüberlegungen gegeben haben, welche Standorte man jetzt diesen Ministern vorschlägt oder was man überhaupt der Bundeseite vorschlägt. Wer hat das denn gemacht? Ich meine, bei diesem Gespräch ist ja von der niedersächsischen Seite aus dann Gorleben vorgeschlagen worden. Wer hat denn vorher darüber geredet, was man jetzt als Standortmöglichkeiten ins Spiel bringt, ins Gespräch bringt?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich sage doch - das habe ich vorhin ja ein paarmal gesagt -: Wir hatten vier Standorte, die übrig geblieben waren von den Voruntersuchungen.

Sylvia Kotting Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Und dann sind zwei ausgeschlossen.

Sylvia Kotting Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Schnipkoweit, Entschuldigung, das ist genau der Punkt. Sie haben jetzt noch mal gesagt: Wir hatten vier Standorte, die übrig geblieben sind.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja.

Sylvia Kotting Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wann sind die sozusagen übrig geblieben, diese vier?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das weiß ich nicht mehr so genau, ob das nun 77 oder 76 war. Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen, das ist doch unmöglich.

Sylvia Kotting Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das war nach diesem Gespräch am 11.11.76.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Da war noch gar nichts da. Am 11.11. habe ich gar nicht gewusst, was auf uns zukommen sollte und wo Standorte waren. Bis dahin habe ich da überhaupt keine Ahnung von gehabt. Ich war erschrocken, wie die ankamen und haben gesagt: Hier, ihr müsst innerhalb von einer Woche entscheiden.

Sylvia Kotting Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte Ihnen gerne einen Vorhalt machen, Herr Schnipkoweit. Das finden wir unter MAT A 138, Band 18, Paginierung 76. Das ist ein Vermerk nach dem Gespräch, also Ergebnis der Besprechung in Hannover am 11.11.79.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): 79?)

- 76, ja. Entschuldigung, das ist hier verwischt gedruckt. 76 natürlich. - Und da steht jetzt drin - das ist eine Art Ergebnisprotokoll - unter der Überschrift „Zusätzliche Standorte“:

Vom Land (Kiep) wurde gefragt, ob es neben den drei bisher ausgewählten Standorten Wahn, Lichtenhorst, Weesen-Lutterloh noch andere geeignete gibt, z. B. Gorleben, Lüchow-Dannenberg (unmittelbar an der Elbe). Vertreter des Landes betonten die aus ihrer Sicht hervorragende Eignung dieses Standortes. Seitens Bund wurde erläutert, daß er durch seine unmittelbare Lage an der innerdeutschen Grenze nicht in Betracht gezogen wurde.

Also, von Ihrer Seite, von der Landesseite, wurde das empfohlen. Da muss es doch vorher irgendwelche Gespräche darüber gegeben haben.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Weiß ich nicht; habe ich gesagt.

Sylvia Kotting Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie als zuständiger Minister nicht einbezogen in diese Gespräche?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ich habe doch schon ein paarmal heute gesagt, dass ich erst am 11.11. erfahren habe, was man von uns verlangt hat. Das habe ich vorher nicht gewusst. Warum kommen denn da Bonner Minister? Wissen Sie, das heißt doch schon was. Das habe ich noch nie wieder erlebt, dass drei Minister in ein Land fahren, um zu sagen: Hier, wir kommen im Auftrag des Herrn Bundeskanzlers, und das und das

muss passieren. Das muss doch schon einen Grund haben, wenn da drei Männer losgeschickt werden von dem Format.

Sylvia Kotting Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die waren ja nicht überraschend da. Also, Sie sind nicht davon überrascht worden an diesem 11.11.76.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Na klar sind wir überrascht worden.

Sylvia Kotting Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die kamen unangemeldet?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nein, das geht ja nun gar nicht.

Sylvia Kotting Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, da wussten Sie ja vorher, dass es um was geht.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja, aber ich wusste nicht, was die wollten.

Sylvia Kotting Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Gut, Herr Kiep schien es zu wissen. - Ich möchte jetzt doch noch mal diese vier Standorte - - ob das jetzt vor dem 11.11.76 oder danach war. Aber Sie sagten ja: Aufgrund von Untersuchungen sind dann diese vier Standorte übrig geblieben. Nach was hat man denn untersucht? Also, wir wissen ja: Man wollte damals ein großes Entsorgungszentrum bauen und nicht ausschließlich ein Endlager. Das Endlager war sogar eigentlich eher ein bisschen nachrangig offensichtlich gegenüber den anderen. Nach was hat man diese vier Standorte dann ausgewählt aus den über 150? Also, was waren die Kriterien, nach denen man dann sagte: „Diese vier Standorte sind diejenigen, die aus der Untersuchung von 150 übrig bleiben“?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das weiß ich nicht. Das ist alles vor meiner Zeit passiert, die Auswahl der Standorte, die da ausgefiltert waren.

Sylvia Kotting Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben doch vorhin gesagt, vor dem 11.11.76 war das noch nicht.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Ja, gut, aber was soll ich wissen, was meinetwegen

ein, zwei, drei Jahre vor meiner Amtszeit passiert ist auf dem Gebiet. Kann ich doch gar nicht wissen.

Sylvia Kotting Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber Sie sagten ja vorhin, Herr Schnipkoweit, dass diese Auswahl der vier vor diesem 11.11.76 nicht bekannt war.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nein, mir nicht.

Sylvia Kotting Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Damit sind wir am Ende der zweiten Berliner Runde. Wir machen natürlich bei Bedarf immer gerne weiter. Aber ich gucke jetzt mal zu den Fraktionen: CDU/CSU signalisiert Nein, die SPD auch Nein, FDP auch Nein. Die Linken würden gerne noch weiterfragen. Bitte schön, dann ist das Fragerecht jetzt bei Ihnen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön. - Tag, Herr Schnipkoweit! Ich habe noch mal eine Frage zu den ganzen Anfängen, als Sie am 10. März 76 nach Ihrem Dienstantritt - - Da waren Sie gerade so angefangen, nicht?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Bitte?

Johanna Voß (DIE LINKE): Am 10. März 76.

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Da war ich vier Wochen im Amt oder so ungefähr. Am 13. bin ich vereidigt, 13. Februar, am Freitag.

Johanna Voß (DIE LINKE): Da haben Sie dargelegt, dass Sie die Bohrungen zur Endlagersuche an den übrigen Standorten, die da im Gange waren, stoppen lassen wollten. Erinnern Sie sich daran?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nein.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das haben wir in den Memoiren von Ernst Albrecht gelesen und in der Doktorarbeit von Anselm Tiggemann. Aber Sie erinnern sich da nicht mehr daran. Es ist aber spannend. Sie haben da, kaum dass Sie die Verantwortung über-

nommen haben, gesagt: An den anderen drei Standorten, da stoppen wir die Untersuchungen und die Bohrungen. - Dann erst im November war bei dem Gespräch zwischen den Bundesministern Friderichs, Maihofer und Matthöfer und mit Ihnen auch - - Da waren Sie dabei und Herr Albrecht auch, der Ministerpräsident, und die Ministerkollegen Kiep, Bosselmann und Hasselmann. Das war am 12. November 76. Da soll dann zum allerersten Mal auch der Standort, dieser vierte Standort, der bis dahin noch gar nicht genannt worden war, Gorleben, hinzugefügt worden sein. Der kam da ins Spiel. Von Albrecht wurde der ins Spiel gebracht. Aber das Stoppen der Untersuchungen an den drei anderen Standorten, das hatte vorher stattgefunden. Dann war ja doch eine erhebliche Zeit zwischen März und November, und dann kommt ein neuer Standort ins Spiel. Erinnern Sie sich daran, dass das - -

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Gar nicht. -

Dann möchte ich noch mal was wissen zu den Verhandlungen mit der DDR, weil das war in der Planung drin, soweit wir wissen. Wie geheim war diese Kabinettsvorlage, die Ihnen ja als Kabinett dann vorgelegt wurde? Können Sie uns sagen, wann und wie die Bundesregierung von diesen Erkenntnissen überhaupt in Kenntnis gesetzt wurde? Ich muss mal zitieren, was da so spannend ist; vielleicht erinnern Sie sich dann. Es gibt eine 20-seitige Kabinettsvorlage, die hat aber in Wirklichkeit 21 Seiten, weil eine Seite, 2 a, ist da noch eingefügt worden. Ich zitiere aus der streng vertraulichen Kabinettsvorlage vom niedersächsischen Minister für Wirtschaft und Verkehr. Hat jemand die MAT-Nummer? Aber die hatten wir ja. Auf meiner Kopie ist die nicht drauf.

(Zuruf: MAT A 52!)

- Das ist MAT A 52, Band 12, die Seite 2 a von diesem Papier. - So, jetzt wird es spannend. Vielleicht erinnern Sie sich ja:

Im Hinblick auf die Situation, die beim Standort Gorleben aus der Nähe zur DDR entsteht, haben Abstimmungsgespräche mit den zuständigen Bundesressorts stattgefunden. Diese Gespräche hatten zum Ergebnis, daß von Seiten des Bundes verschiedene Bedenken und Vorbehalte geäußert wurden. Diese sind in der Kabinettsvorlage

des MW vom 9.12.76 ausführlich dargelegt. Einem Fernschreiben des BMI vom 6.12.76 kann entnommen werden, daß eine Vorauswahl des Standortes Gorleben dennoch möglich ist. BMI führt jedoch in dem vorgenannten Fernschreiben aus, daß in diesem Falle ein dreistufiges Vorgehen erforderlich ist

- nämlich -:

- Niedersächsische Kabinettsentscheidung vor Verhandlungen mit der DDR, jedoch mit deutlich vorläufigem Charakter, damit Verhandlungen überhaupt noch einen Sinn haben.

Also, man wollte mit der DDR ganz vorsichtig umgehen, damit man da zu einem Ziel kommen kann. Dann in der Folge zweitens:

- Gespräche mit der DDR, wobei ein möglichst weitgehender Konsens anzustreben wäre. Die ggf. notwendigen vertraglichen Regelungen bezüglich Umgebungsüberwachung und Notfallschutz könnten dazu führen, daß sogar Konsultationen erforderlich würden.

Und drittens dann erst, nachdem mit der DDR diese Verhandlungen geführt worden sind, also gegebenenfalls auch Konsultationen, sollte die endgültige Standortauswahl getroffen werden.

Der Bund führt in seinem Fernschreiben weiter aus, daß bis zur endgültigen Entscheidung mindestens einige Monate verstreichen müßten.

Diesem vorgeschlagenen Verfahren entsprechend wurden mit Schreiben des MW vom 4.1.77 die Staatssekretäre im BMI, BMFT und BMWi vom Ergebnis der Kabinettsitzung vom 21.12.76 dahingehend informiert, daß das Kabinett die Zahl der möglichen Standorte auf 4 eingegrenzt hat. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß der Standort Gorleben im Vergleich zu den anderen Standorten in bevorzugter Weise geeignet erscheint und das Kabinett deshalb der Auffassung sei, daß entsprechend dem Vorschlag des Bundes eine unverzügliche Aufnahme der Gespräche mit der DDR durch den Bund erforderlich ist.

Ist Ihnen diese Verfahrensweise bekannt?
Diese Bedenken waren ja in Niedersachsen - -

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Also, was Sie alles haben. Das habe ich nie gesehen. Sie verlangen von mir Dinge. Also, wissen Sie, ich kann da nicht wirklich - - Da kann ich nichts zu sagen. Ich weiß das nicht, habe so etwas nie gesehen. Und wenn ich es gesehen hätte: Wie soll ich das denn noch wissen?

Johanna Voß (DIE LINKE): Also auch keine Erinnerung, ob es Gespräche dann gegeben hat mit der DDR?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Das mag sein, das weiß ich nicht. Klar hat es Gespräche gegeben. Nur, das war alles ein bisschen differenzierter. Der Bund war da gegenüber der DDR, ich will nicht sagen: großzügiger, aber zumindest hat etwas anderes - - Ich weiß, wir hatten die großen Probleme mit der Elbe: Wo ist die Mitte usw.? Was haben wir da mit der DDR für große Verhandlungen gehabt usw., und, und, und. Aber ich kann nur sagen: Ich kann nicht mehr alles wissen nach so langer Zeit.

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut, danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann geht das Fragerecht jetzt an Bündnis 90/Die Grünen, wenn Sie noch Fragen haben. - Haben Sie nicht mehr. Wunderbar.

Herr Schnipkoweit, vielen Dank, alle Fragen erschöpfend - wahrscheinlich auch für Sie erschöpfend - beantwortet. Wir bedanken uns sehr herzlich.

Ich will Ihnen jetzt noch sagen, wie das Ganze sozusagen seinen Fortgang nimmt. Das Sekretariat wird Ihnen nämlich das Protokoll nach Fertigstellung übersenden. Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn wir Sie heute sozusagen entlassen, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss festgestellt hat. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Ver-

nehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist. Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Hermann Schnipkoweit: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. Dann bedanken wir uns noch mal ganz, ganz herzlich, und ich darf Ihnen eine gute Heimfahrt wünschen. Vielen Dank. Ich unterbreche die öffentliche Sitzung.

(Unterbrechung von 13.26 bis 15.07 Uhr)

Vernehmung der Zeugin Marianne Fritzen

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich eröffne die unterbrochene öffentliche Sitzung und begrüße als Erstes ganz herzlich Frau Fritzen, die Zeugin unserer Nachmittags-sitzung.

Frau Fritzen, ich muss zunächst ein paar formale Dinge mit Ihnen besprechen, damit die auch vom Protokoll entsprechend aufgenommen werden. Ich darf Sie deshalb darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufzeichnung dieser Sitzung anfertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach der Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-168, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Die Empfangsbestätigung vom 27. Dezember liegt dem Sekretariat vor.

Sie sind als Zeugin verpflichtet - da muss ich Sie offiziell belehren -, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat, einer Ordnungswidrigkeit oder eines Dienstvergehens, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in

einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeugin Marianne Fritzen: Entschuldigen Sie, ich habe den letzten Satz nicht gut verstanden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja. Ich weise darauf hin - das ist eigentlich der Hinweis an die Kollegen -, dass Vorhalte - das sind also Akten, die Ihnen vorgelegt werden würden - aus eingestuften Akten, das heißt aus Akten, die einer gewissen Geheimhaltung obliegen, nur in einer eingestuften Sitzung zulässig sind. Das ist der Hinweis an die Kollegen, dass sie solche Akten eben nur dann verwenden können, wenn wir das hier vorher offiziell miteinander entsprechend beschließen.

Haben Sie darüber hinaus noch Fragen?

Zeugin Marianne Fritzen: Danke schön, Frau Vorsitzende. Nein, ich habe eigentlich keine Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Prima.

Zeugin Marianne Fritzen: Ich habe - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, ich bin jetzt erst noch mal dran.

Zeugin Marianne Fritzen: Okay.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie jetzt bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen und Ihrem Alter vorzustellen. Und ich möchte von Ihnen wissen, ob die Adresse noch korrekt ist, unter der wir Sie eingeladen haben.

Zeugin Marianne Fritzen: Mein Name ist Marianne Fritzen. Meine Adresse stimmt noch: [REDACTED]

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. Das werden wir dann streichen, weil diese Protokolle mal veröffentlicht werden.

Zeugin Marianne Fritzen: Dass ich zur Wahrheit verpflichtet bin, ist selbstverständ-

lich. Ich muss allerdings darum bitten, dass ich 40 Jahre, die ich jetzt Bürgerinitiative mache, nicht alles klar im Kopf habe. Das sage ich aber dann auch. Ich habe mir deswegen in den letzten Wochen sehr viel Unterlagen angesehen und habe mir auch kurz an Abschnitten, was ich gern abhandeln möchte so in rasantem Durchschnitt - - damit Sie wissen, um was es geht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. Darüber würden wir uns sehr freuen, Frau Fritzen. Das ist genau das, was nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes auch für Zeugen vorgesehen ist.

Ich frage eine Dame ungerne danach; aber trotzdem müssten wir freundlicherweise Ihr Alter wissen.

Zeugin Marianne Fritzen: Mein Alter? - Noch bin ich 86, Anfang April 87.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. Vielen Dank. - Das ist sicherlich nicht die letzte unangenehme Nachfrage, die wir an Sie haben.

Zeugin Marianne Fritzen: Das ist nicht unangenehm.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann würde ich Sie jetzt bitten, uns vorzutragen. Den Ausschuss interessieren ja besonders die beiden Entscheidungen: einmal der niedersächsischen Landesregierung 1977, Gorleben dem Bund als zu untersuchenden Standort für ein mögliches Endlager vorzuschlagen, und dann auch die Entscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, den Salzstock in Gorleben untertägig zu erkunden und keinen weiteren Standort obertägig - wenn Sie das als besonders prägnant in Ihren Ausführungen berücksichtigen wollen. Bitte schön, dann haben Sie jetzt das Wort.

Zeugin Marianne Fritzen: Ich denke, das könnten wir dann nachher in den Fragen machen. Wenn ich sage „40 Jahre“, dann möchte ich eigentlich etwas zurückgreifen eventuell auf die Standortbenennung von Gorleben. Und zwar habe ich mir das so vorgestellt, dass ich - - Also die Begrüßung haben wir schon gemacht. Mit oder gegen die Bevölkerung war ja auch immer eine Frage. 74/77 ist ziemlich schnell abgehan-

delt. Eine bislang ungelöste Antwort: Druckmittel Gorleben-Kommission, Infostellen, Infoveranstaltungen - das ist ja wahrscheinlich das, was interessiert -, wo Herr Baum eine große Rolle gespielt hat. Ich nehme an, dass auch das Intercity-Gespräch hier interessieren wird. Und ich würde ganz gerne auch die Repressalien ansprechen, die auf die Bevölkerung ausgeübt wurden, wenn Sie das gestatten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nur zu. Sie haben die Freiheit, hier zunächst mal zu sagen, was auch immer Sie möchten, soweit es denn den Untersuchungsgegenstand betrifft.

Zeugin Marianne Fritzen: Ich versuche, das jetzt erst mal kurz stichwortartig zu machen. Ich möchte erst einmal anfangen an Sie alle mit einem Zitat von Herrn Baron Enoch zu Guttenberg; der Sohn ist ja in diesem Hause bekannt. Sie wissen wahrscheinlich, dass er den BUND, Bund für Umwelt- und Naturschutz, mit gegründet hat, dass er sehr lange Vorsitzender war und in einem Interview zu Weihnachten gefragt wurde, ob Musik für ihn das Wichtigste im Leben sei. Er ist Dirigent, er ist ein bekannter Musiker. Seine Antwort war: Musik ist wichtig für mich, aber Umwelt ist wichtiger. Es geht um die Zukunft unserer Kinder. - Ich nehme extra diesen Namen, weil wir ja ansonsten von anderen Seiten ganz anders betitelt werden.

Ich habe persönlich vor 40 Jahren meines Lebens angefangen, als Bürgerinitiative zu arbeiten. Tägliche Arbeit - deswegen auch so viele Unterlagen -: Auswertung der Zeitungen, ausschneiden, einkleben, archivieren. Mittlerweile allein von der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* 38 Leitz-Ordner, eine sehr umfangreiche Korrespondenz aus der Zeit, wo man noch mit der Schreibmaschine geschrieben hat und die Doppel immer hatte, im Gorleben-Archiv nachzusehen. Zahlreiche Gespräche mit Wissenschaftlern, oft Verkehr mit Politikern aus Bund und Land, auch mit Polizeiführung, möchte ich dazusagen. Diese Akten, wie gesagt, sind im Gorleben-Archiv alle einzusehen.

Der zweite Punkt war die Nichtinformation, so nenne ich das, oder Fehlinformation der Bevölkerung. Die begann bereits weit vor 1977. Es war damals geplant, im Landkreis Lüchow-Dannenberg drei Atomkraftwerke zu bauen. Ein Bauplatz ist übriggeblieben; das ist Langendorf. Das war für uns eigentlich der

Beginn unserer Arbeit. Das war auch der Zeitpunkt, an dem wir die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg gegründet haben. Dass wir nicht gerne gesehen waren bei den Herren der Betreiber - das war damals die PreussenElektra -, können Sie sich vorstellen. Schon da mussten wir leider die schlimmsten Beschimpfungen über uns ergehen lassen. Wir haben allerdings eines gemacht: dass wir von Anfang an versucht haben, um mit den Herren Experten in den Dialog zu kommen, uns schlau zu lesen, schlau zu fragen. Daher die vielen Gespräche auch mit Wissenschaftlern. Langendorf ist heute immer noch Standort. Allerdings hat es nicht geheißen für ein Atomkraft- oder Kernkraftwerk, sondern für ein Industriegebiet. Das war also bereits die erste Fehlinformation.

Was die BI gemacht hat, habe ich bereits gesagt; kann ich überspringen.

Ich gehe jetzt auf die Zeit 1974 bis 77, wo wir ein Netzwerk aufgebaut haben, das heißt Verbindung zu anderen Bürgerinitiativen aufgenommen haben, wo man die Quellen studiert hat, wo wir mit Ministerpräsident Albrecht verhandelt haben. Das wird nachher noch eine Rolle spielen.

Im November 1976 hat der Ministerpräsident erstmalig in Gegenwart von Bürgerinitiativmitgliedern der drei Standorte die Äußerung gemacht, dass auch der Landkreis Lüchow-Dannenberg Standort für das nukleare Entsorgungszentrum sein könnte. Für uns war klar, dass wir von diesem Moment an umschalten mussten. Das heißt, wir sind von dem Kernkraftwerk ausgegangen und sind zur Wiederaufarbeitung übergegangen. Das war ja das Kernstück. Der Salzstock hat seinerzeit eigentlich nicht so eine große Rolle gespielt. Wir wissen, dass am 22. Februar 1977 von Ministerpräsident Albrecht dann tatsächlich Gorleben offiziell als Standort benannt wurde, nachmittags um 16 Uhr. Im Gildehaus tagte damals der Bauernverband. Als die die Nachricht bekamen, hörte man dieses entsetzliche Buhrufen. Das heißt, die Bauern, die Leute, die da waren, waren schockiert und waren dagegen. Anlässlich unserer ersten Demonstration einen Tag später sagte uns der Bürgermeister von Gorleben - ich denke, es ist wichtig, diese Vorgeschichte zu kennen -: Unser schöner Landkreis Lüchow-Dannenberg darf nicht kaputtgemacht werden. - Die Folgen kennen wir. Ich sage: Mit Speck fängt man Mäuse.

Und da kämen wir dann zu den Gorleben-Millionen. Die Gorleben-Millionen gibt es. Dazu gibt es eine äußerst empfehlenswerte Dokumentation. Das kann ich Ihnen natürlich jetzt nicht sagen. Die ist zusammengestellt worden - ich habe sie hier, die kann auch kopiert werden - von zwei Journalisten der *Elbe-Jeetzel-Zeitung*, die lange recherchiert haben. Für diese Dokumentation haben beide den Wächterpreis bekommen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Könnten wir die zu den Akten nehmen?

Zeugin Marianne Fritzen: Bitte?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Machen wir gerne.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich hatte gebeten, dass wir die zu den offiziellen Akten des Untersuchungsausschuss nehmen könnten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Lassen Sie sie liegen, sie werden abgeholt, Frau Fritzen. Vielen Dank.

Zeugin Marianne Fritzen: Das können Sie nehmen. Ich habe es; ich kann es jederzeit wiederhaben.

Ich muss sagen: Diese Gorleben-Millionen wurden natürlich auch von den Leuten der SPD und der CDU - - Beide Fraktionen im Kreistag waren seinerzeit noch für den Bau oder den Ausbau der Atomenergie. Man hat einen großen Katalog aufgestellt, was man alles machen will: Infrastrukturmaßnahmen, Bau von Turnhallen usw. Und man hat sich nicht entblödet - entschuldigen Sie das -, auch mit aufzuführen, dass, wenn so viele Arbeiter im Landkreis sind, so viel Polizei, man unter Umständen doch, bitte schön, auch Freudenhäuser bauen müsste. Ich erwähne das, weil es wirklich so ist.

Das Dritte ist hier eine bislang ungelöste Antwort: Wie kam Ministerpräsident Albrecht auf Gorleben als Standort? Das ist ja eine Frage, die uns seit langem und immer wieder beschäftigt. Schon damals haben Geologen vor diesem Salzstock gewarnt, und zwar waren das Geologen, die zu einem großen Teil andere Prospektionen in Ostfriesland gemacht hatten und die der Auffassung waren, dass Salz ungeeignet ist. Ich glaube, Sie haben ja Herrn Grimmel und Herrn Duphorn

und Herrn Schneider schon hier gehabt. Die haben da ausführlicher berichten können als ich. Wir haben nach dem großen Hearing 79 in Hannover selbst eine sogenannte Kolborner Geologenrunde initiiert, die sich dann bei mir zu Hause getroffen hat und in aller Ruhe untereinander Vor- und Nachteile eines Salzstockes oder einer Einlagerung in Salz diskutiert hat.

Hinzu kam, dass man für das sogenannte nukleare Entsorgungszentrum - das darf man eigentlich nie vergessen; es war ja nicht der Salzstock, es war das nukleare Entsorgungszentrum, was geplant war -, eine sehr große Fläche brauchte. Also 12 Quadratkilometer waren seinerzeit anvisiert, dreimal 4 Kilometer, wobei der größte Teil des Waldes Andreas Graf von Bernstorff gehörte, den auch Herr Albrecht schon vorher zu sich gebeten hatte. Also der gute Herr Ministerpräsident war trotz allem doch darauf bedacht, mit den Leuten zu sprechen. Hinzu kam, dass der Landkreis sehr arm war, dünn besiedelt. Die Leute im ostdeutschen Raum, das heißt jenseits der Elbe, fand man auf keinem Plan; das war weiß. Das interessierte auch bei Gesprächen nicht. Die Antwort selbst von Herrn Albrecht - war immer: Wenn das für uns sicher ist, ist es auch für die Leute drüben sicher.

Wir wissen allerdings dann auch, dass 1975 eine sehr große Fläche von dem Wald, was benötigt wurde, abgebrannt ist, und zwar waren es Brände an drei Standorten. Man konnte nie nachweisen, wie die Brände entstanden sind. Man hat behauptet, sage ich mal, Brandnester zu finden; aber alles andere ist Spekulation.

Ich habe allerdings gerade bei dem Studium der Akten in den letzten Tagen - aber fragen Sie mich jetzt nicht genau, wo; da müsste ich noch mal gucken - in diesem Zusammenhang eine ganz interessante Bemerkung von Frau Breuel gelesen, die ja seinerzeit auch eine große Rolle spielte und die als Antwort gab, wahrscheinlich genervt: Ja, was sollten wir denn machen? Die haben doch tagelang vor unserer Tür gestanden. - Auch das könnte ein Indiz sein, warum vielleicht der Landkreis gewählt worden ist. Ich sage „ein Indiz“, es könnte sein. Mit „die“ kann ich nur sagen: Hauptperson, Haupthardliner in der damaligen Zeit und auch später war ein Ihnen sicherlich bekannter Herr Kurt-Dieter Grill; er war ja auch Bundestagsabgeordneter. Herr Grill hat auch ein paar Jahre später bei der Auswahl des

Standortes Dragahn, eine Wiederaufarbeitungsanlage, eine sehr unrühmliche, sage ich mal, Rolle gespielt, weil sie auch diese Anlage Herrn Albrecht wirklich angedient haben - das haben wir als Anzeige veröffentlicht - an dem Morgen, an dem die Herren zu Herrn Albrecht nach Hause nach Beinhorn gefahren sind. Herr Poggendorf, Oberkreisdirektor des Landkreises, hat vor etwa zwei Jahren ein Buch veröffentlicht, aus seiner Sicht die Kontroverse zu Gorleben, und hat also auch bestätigt, dass sie früh im Auto, als sie die Zeitung aufgemacht haben, doch sehr erstaunt waren, dass die Bürgerinitiative diese Nachricht bereits wusste. Bei den Abgeordneten, Kreistagsabgeordneten ging natürlich die Frage: Welche Stelle war undicht? War es der, oder war es der? - Es war eine ganz einfache Sache, womit wir sie erfahren haben - das kann ich hier auch in aller Öffentlichkeit sagen -: Es war eine Zeit, wo die Telefonleitungen manchmal übereinander Gespräche hatten. Ein BI-Mitglied hat telefoniert und zufällig in einem untergelegten Gespräch gehört: Wiederaufarbeitungsanlage Dragahn, vier Namen. Die hat sie aufgeschrieben, kam dann zu mir und sagt: Kannst du damit was anfangen? Ich sage: Leider nicht - ich habe mich ja damit nicht beschäftigt -, aber wir gehen der Sache nach. Und abends wussten wir, dass das stimmt, und haben dann daraufhin tatsächlich diese erste große Anzeige aufgegeben: „Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben nein, Wiederaufarbeitungsanlage in Dragahn?“ So, das werde ich jetzt erst mal hier abbrechen.

Man hat natürlich, wie überall, wo man Atomanlagen bauen will, auch versucht, die Slogans, die man heute ja schon wieder hört, zu benutzen. Zur Zeit von Wiehl⁴ und von Langendorf/Gorleben war einer der Slogans der Betreiber: Die Lichter gehen aus. - Der zweite, nachdem das nicht mehr gezogen hat, war: Die Arbeitsplätze sind gefährdet. - Wer will keine Arbeitsplätze? Der dritte: Wir müssen doch die armen Länder auch an unserem Wohlstand teilnehmen lassen. - Das ist natürlich wunderbar für die Bevölkerung. Später kam: Wir werden einen enormen Mangel an Experten in dieser Hochtechnologie haben. - Wer von uns hier hat etwas dagegen? Heute, wenn ich das richtig

⁴ Richtigstellung der Zeugin: streiche „Wiehl“, setze „Wyhl“, Anlage 2

sehe, sind die erneuerbaren Energien schuld an den hohen Stromkosten.

Ich komme jetzt zur Gorleben-Kommission. Das können wir uns dann hinterher angucken oder auch sparen. Die Gorleben-Kommission hat ja bei uns im Landkreis - - Ich war selbst 15 Jahre lang in der Kommunalpolitik tätig, ich war sowohl im Stadtrat als auch im Samtgemeinderat als im Kreistag; ich habe also alle drei Ämter durchlaufen. Da haben die Gorleben-Gelder nämlich eine ganz wichtige Rolle gespielt. Ich verheimliche nichts, wenn ich sage, dass ich damals der Fraktion der Grünen angehört habe. Ich habe die Grünen mit begründet, also zuerst die Liste Umweltschutz, später übergegangen in Die Grünen. Dass das eine ganz große Rolle spielte im Kreistag, muss ich wohl sagen; denn die gesamte Opposition - - Die CDU hat im Laufe der Wahlen immer mehr abgenommen, und die anderen Parteien - FDP eine Person, Boris von dem Bussche, den kennt Frau Brunkhorst bestimmt, glaube ich, wenn sie hier ist; dann Unabhängige Wählergemeinschaft, die Grünen -, wir haben uns zusammengetan und haben gesagt: Wir werden diese Gorleben-Gelder nicht mehr annehmen. Das sind Bestechungsgelder. Nur auf diese Art und Weise hat man die Politiker dazu gebracht, Ja zu der Anlage zu sagen - das ist natürlich etwas, was uns bis zum heutigen Tag verfolgt -, und die Gorleben-Gelder werden wahrscheinlich noch lange dableiben.

Gorleben-Kommission. Warum hat man die Gorleben-Kommission gegründet? In diesem Buch von Herrn Poggendorf sind zwei Seiten oder zweieinhalb Seiten zu lesen. Ich nehme nur das Wichtigste hier raus: Ex-OKD Poggendorf erklärt die Bildung der Gorleben-Kommission in seinem Rechtfertigungsbuch - jetzt kommt der Titel des Buches - „Gorleben - Der Streit um das nukleare Entsorgungszentrum“. Kurz gefasst erklärt er die Gorleben-Kommission folgendermaßen: Die Informationsfahrten - gemeint sind die Fahrten nach Karlsruhe, nach La Hague, nach Sellafield etc.; habe ich jetzt dazugeschrieben - waren ein Erlebnis für unser Dorf, waren natürlich für die Dorfbewohner, für unsere Bürgermeister ein großes Erlebnis. Das hat er natürlich nicht geschrieben, das habe ich dazugesetzt. Also:

Die Informationen genügten nicht,

- das ist wieder wörtlich -

um ein hinreichendes Bild von der Funktionsweise einer Wiederaufarbeitungsanlage und ihrem Sicherheitsstandard zu liefern.

Zitat Ende. - Es geht weiter:

Sie

- die Vertreter -

vermuteten, dass die Vertreter der Bürgerinitiative über einen Informationsvorsprung verfügten. Der Grund für diese Annahme waren zahlreiche Gespräche, die der Ministerpräsident und andere Regierungsmitglieder mit der BI führten.

So weit das Zitat von Herrn Poggendorf. - Ich kann dazu nur sagen: Diesen vermuteten Informationsvorsprung haben wir uns reichlich erarbeitet. Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass jeder, der in der Politik ist, nicht das Recht hat, sondern die Pflicht hat, sich da, so weit es geht, zu informieren.

Wir haben ebenfalls später die Informationsstellen benutzt. Noch mal: Die Gorleben-Kommission wurde im Oktober 1977, also ziemlich bald nach Standortbekanntgabe, ins Leben gerufen. Die Kommission war ein Geheimbund; es war nicht öffentlich. Das ist wichtig zu wissen bei der heutigen Diskussion, wo es um Transparenz geht bei dem Weitererkunden des Salzstockes. Nur wer genehm war, bekam Zutritt. Das heißt, es waren vor allem aus dem Kreistag Leute, es waren die Fraktionsvorsitzenden, es waren die Verantwortlichen von der Samtgemeinde Gartow und von Gorleben. Die Öffentlichkeit, um die es ja ging, wurde durch einen Vertreter der lokalen Presse hergestellt. Auf meine Frage, warum, hieß es: Das genügt doch vollkommen, wenn wir über die *Elbe-Jeetzelt-Zeitung* informiert werden. - Die Protokolle waren geheim. Die konnten wir nicht einsehen. Jeder, der da drin war, war verpflichtet, sie geheim zu halten. Der Norddeutsche Rundfunk hat sich das Recht, an diesen Sitzungen teilnehmen zu dürfen, juristisch erkämpfen müssen. Er hat vor Gericht auch recht bekommen und konnte dann ab einer gewissen Zeit an diesen Sitzungen teilnehmen.

Ich komme jetzt zu den Informationsstellen von Bund und Land. Die ersten Informationen für die Bevölkerung wurden durch die DWK in Form eines Infobusses - sehen wir öfter - und Haushaltswurfsendungen verbreitet; ich habe zwei aus dem Archiv mitge-

bracht. Dann gab es „Zur Sache“ an alle Haushaltungen, von der Pressestelle der niedersächsischen Landesregierung: „Albrecht: Miteinander sprechen“ usw. Die DWK-Vorsitzenden Scheuten und Salander sprachen mit den Kommunalpolitikern. In der Bevölkerung - entschuldigen Sie! - hat man ihnen nicht mehr geglaubt. Deswegen haben wir auch gar nicht mehr versucht, mit ihnen zu sprechen.

Wir haben 1980, wie Sie alle wissen, diese Platzbesetzung von 1004 gehabt, bekannt auch unter Republik Freies Wendland. Ich schäme mich nicht dafür. Ich habe sie nicht organisiert; aber ich bin viel draußen gewesen, und ich habe die Räumung miterlebt. Ich hatte im Vorweg den Innenminister Baum - das ist auch brieflich festgehalten - um ein Gespräch gebeten. Das ist mir auch zugesagt worden. Ich bin nach Bonn gefahren und habe dann in Bonn erfahren müssen, dass er an dem Gespräch nicht teilnehmen darf. Auch der Landessuperintendent von Lüneburg hat sich noch mal eingeschaltet; aber er hatte auch nicht mehr Glück als ich.

Wir haben dann allerdings ein Gespräch in der Staatskanzlei in Hannover mit dem damaligen, ich glaube, Innenminister, Herrn Möcklinghoff, gehabt, und zu meinem Erstaunen oder zu unserem Erstaunen war auch Herr Baum da. Er hat also diese Gelegenheit genutzt, dieses Gespräch zu führen. Wir haben darum gebeten - das war für uns auch ein Grund -, dass die Bohrerergebnisse aus den vorhergehenden Schachtbohrungen öffentlich gemacht werden. Das hat uns der Innenminister Baum zugesagt, und er hat das auch gehalten.

Wir hatten im Vorweg auch mit den Politikern - damit es nicht immer heißt, wir reden nicht mit den Politikern - - Wir haben Besuch gehabt von Herrn Hauff, eine sehr große Veranstaltung, wobei in der Zeitung als Überschrift - Zitat von Herrn Hauff - war: „Auch ich habe kein Hurra-Verhältnis zu dieser Technologie“, was ihm natürlich Herr Schmidt auch etwas übel genommen hat. Herr Baum hat in dem Buch - das war für mich sehr interessant - „Ich mische mich ein. Markante deutsche Lebensläufe“ - - Da ist auch ein Lebenslauf von Innenminister Baum drin. Die Überschrift trägt bei ihm den Titel „Ich mische - - Also nein, das Buch heißt: „Ich mische mich ein ... Erlebte Geschichten“. Und Herr Baum hat als Überschrift drin: „Ich hätte früher aussteigen sollen“. Oder im

Laufe dieses Lebenslaufes schreibt er auch: „Politik verdirbt den Charakter“. Entschuldigung, wenn ich das sage; aber es steht hier nun mal so. In einem persönlichen Gespräch hat er zu mir gesagt - es ging ja immer um Demonstrationen oder nicht um Demonstrationen -: Wir brauchen den Druck von der Straße. Bis die Erkenntnis oben ist, also bei uns - bei Ihnen allen -, dauert es mindestens zwei Jahre. - Es ist an Ihnen, zu entscheiden, ob es stimmt oder nicht. Das war sicherlich nicht ganz einfach; denn wir wissen, dass Herr Schmidt - das wird ja nachher auch noch eine Rolle spielen - ein glühender Verfechter der Atomenergie war und es heute, glaube ich, immer noch ist.

Bei diesen Veranstaltungen dann, die Herr Baum uns zugesagt hat, haben wir im Rahmen des Bürgerdialogs gemeinsam mit dem damaligen Informationsbeauftragten des Bundes, Herrn Wilhelm Kulke, vereinbart, dass er die vorbereitet und die Verbindungen aufnimmt. Es gab 1980, am 23. Juni, eine Sitzung, eine Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages für die Bundestagsabgeordneten - teilgenommen haben, glaube ich, drei -, an der aber auch einige Mitglieder der BI teilgenommen haben, unter Umständen auch ich. Auf der Rückreise von dieser Anhörung kam dann das bekannte Intercity-Gespräch zustande. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, was das ist. In diesem Intercity-Gespräch saßen einige Herren von der PTB, Physikalisch-Technische Bundesanstalt, und Ministerialen, wie es heißt, zusammen im Speisewagen im Intercity und haben sich zwanglos unterhalten, wie wir das ja leider oft tun. Professor Bley, der Gewährsmann, hörte dann am Rande, dass es darum ging, zu überlegen, was man eigentlich machen kann, um die Schachtbohrungen gleich so groß zu dimensionieren, dass man sich das später ersparen kann. Er hat mich am nächsten Morgen angerufen, und ich habe ihn gebeten, mir das schriftlich zu geben. Das hat er auch. Diese Schriften sind da; das ist auch dokumentiert. Wer im Einzelnen daran teilgenommen hat, von dem wir es genau wissen und der auch dazu gestanden hat, das war Professor Heintz, den ich persönlich sehr geschätzt habe, muss ich sagen. Es war Herr Venzlaff. Von den Ministerialen - die habe ich irgendwo aufgeschrieben -, weiß ich jetzt die Namen nicht mehr. Wir haben dann natürlich eine Anfrage an die Landesregierung gestellt. Oder war es die Bundesregierung? Das weiß ich nicht

mehr. Es ist in einem Fernsehinterview dann bestätigt worden, natürlich mit sehr vielen Ausreden.

Was hat man jetzt eigentlich noch getan, um uns endlich mal mundtot zu machen? Das war gar nicht so einfach; denn wir haben ja, wie gesagt, mit den Verantwortlichen gesprochen. Gleich nach Beginn der Landkäufe durch die Betreiber, also DWK - Herr Scheuten, Salander - hat man ziemlich großflächig ein Wachkommando angestellt, die nachts die Höfe der Bauern ausgeleuchtet haben, die uns verfolgt haben, um zu sehen, was wir vorhaben. Als wir das rausbekommen haben, haben wir ebenfalls eine große Anzeige in die Zeitung gesetzt, und Herr Scheuten musste zugeben, dass dieses Wachkommando aus Stade kam. Es wurde daraufhin eingestellt.

Es gab ferner eine Spurendokumentation; die ist bei uns unter dem Namen SPUDOK bekannt. In der Spurendokumentation sind, ich weiß nicht wie viele, Hunderte von Leuten aus dem Landkreis - auch von außerhalb - dokumentiert worden, an welchem Tag, zu welcher Uhrzeit ein Auto meinetwegen da oder dort, an einem Bahnhof oder vor einer Kneipe, gesehen worden ist. Ebenfalls wurden von Leuten, die sonntags in die Kirche gegangen sind, die Autonummern aufgeschrieben.

Diese Spurendokumentation haben wir erhalten, wahrscheinlich weil sie vergessen wurde in Akten, die eingesehen werden durften. Das weiß ich nicht; das kann ich nicht sagen. Wir haben natürlich dagegen Einspruch erhoben. Man hat uns aus dem niedersächsischen Ministerium geantwortet, diese Dokumente seien alle gelöscht. Ich habe persönlich gegen meine Spurendokumentation in zwei Instanzen geklagt. Hat mich viel Geld gekostet; ich habe es aber verloren, und zwar immer wieder unter dem Hinweis - auch da ist der gesamte Aktenvorgang im Archiv vorhanden mit allen Schreiben, kann eingesehen werden -: Haben Sie doch bitte Verständnis dafür, dass wir Ihnen keine Akten zeigen können; die sind gelöscht. - Ob es stimmt oder nicht, sie sollen auf Film aufgenommen worden sein und dann eben verkleinert erhalten. Aber das weiß ich eben auch nicht genau.

Es gab in der damaligen Zeit das sogenannte Celler Loch. Ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen das Celler Loch noch kennt.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

- Also dann brauche ich darüber nicht zu reden.

Es gab zahlreiche Hausdurchsuchungen, meistens frühmorgens um fünf, zu denen ich dann natürlich als Vorsitzende der Bürgerinitiative - ich habe das ja als erste Vorsitzende acht Jahre gemacht - um fünf dann rausgefahren bin; da habe ich die gleichen Staatsanwälte oder Oberstaatsanwälte getroffen, mit denen ich auch ein gutes Verhältnis hatte. Wir waren keine Freunde; aber wir haben uns geschätzt, und wir haben uns übertragen, wie es sich meines Erachtens auch gehört unter gesitteten Menschen. Die habe ich dann da wiedergetroffen und fragte sie: Was wollen Sie denn so früh jetzt schon hier machen? - Ja, wir müssen eine Hausdurchsuchung machen.

Mein eigenes Haus wurde zeitweise von drei Seiten beobachtet. Wer schon bei mir war, weiß, wie das aussieht. Ich wohne im Waldwinkel; das sagt ja der Name. Es gibt drei Zufahrtsstraßen, und in allen drei Straßen standen Polizeiautos. Die anderen Polizeiautos, die uns verfolgt haben, standen normalerweise im Wald, in den Waldschneisen - ich bin gleich fertig - gut getarnt. Es waren meistens alte Renaults mit sehr vielen Aufklebern drauf: „Atomkraft? Nein danke“ und was es alles so gibt. Aber wir kannten ja da auch schon einen Teil der Polizisten, die Dienst gemacht haben. Einer dieser Polizisten hat sich in dem Buch geäußert, wo ich das große Interview drin habe. Ich weiß selber schon nicht mehr, wie es heißt. Ist auch egal.

Welche Möglichkeiten der Endlagerung radioaktiver Abfälle gibt es? Sind Salzstöcke geeignet? Vor dieser Frage stehen wir heute, im Jahre 2011. Diese Frage haben wir bereits 1980 versucht zu klären, pro und kontra mit Herrn Professor Venzlaff. Ich weiß nicht, ob der hier schon Zeuge war, kann ich nicht sagen. Aber es gibt, wenn man die alten Protokolle liest, sehr interessante Sätze, und ich bin mittlerweile zu der Auffassung gekommen, dass ich eigentlich Sprachsemantik lernen müsste, um mal zu analysieren, was man damit eigentlich meint. Also ich zitiere nur eines, den Professor Dr. Venzlaff bei der Kontroverse. Zitat jetzt:

Ich teile diesen Standpunkt. Aber ich finde, es ist auch eine politische Frage,

- da kommen wir wieder auf politisch: ja oder nein -

ein Konzept zu verkaufen,

- ich finde diesen Satz doch sehr bemerkenswert; es geht weiter -

von dem man sagen kann, der Abfall werde so lange eingeschlossen, wie das Salz existiert,

- das muss man sich mal überlegen, diese Hybris: wird so lange eingeschlossen, wie das Salz oder der Salzstock existiert -

oder ob es sich um ein Konzept handelt, zu dem man sagt, je nach Rechenansatz komme nach 200 000 oder 800 000 Jahren etwas heraus.

Also, meine Damen und Herren, es tut mir leid, aber wenn ich solche Äußerungen höre oder lese, dann glaube ich einfach an nichts mehr.

Professor Kühn hat in dieser Schrift - die ist auch vorhanden; das sind die Protokolle - auf Seite 268 gesagt:

Lassen Sie uns doch den Nachweis führen, daß der Salzstock geeignet ist. Ich bin sicher, daß uns dies gelingen wird.

Auf Seite 269 heißt es dann:

Lassen Sie uns mit dem Endlager in Gorleben voranmachen. Wir werden es schaffen, in 20 Jahren dort ein betriebsbereites Endlager stehen zu haben.

Dr. Wernitz als Vorsitzender des Ausschusses damals hat dann auf Seite 296 zum Schluss die kritische Frage gestellt - Dr. Wernitz war, glaube ich, FDP-Mitglied -:

Warum ist es so schwer oder nicht machbar, sich auf Kriterien zu einigen, anhand deren man die notwendigen Untersuchungen auch für uns, für die Parlamentarier, nachvollziehbar machen kann?

An Professor Venzlaff richtete er die Frage:

Wäre es dann nicht sinnvoll unter sicherheitstechnischen Gesichtspunkten, neben dem Salzstock in Gorleben auch andere Standorte alternativ zur Bewertung heranzuziehen? Zumal Sie ja wissen, daß der Standort Gorleben aus politischen Gründen gewählt wurde und

von Seiten der Bundesregierung ursprünglich drei andere Standorte zur Endlagerung angeboten worden sind.

Ich denke, das sagt im Grunde genommen sehr viel aus zu der Frage: Ist nun Gorleben eigentlich ein politisch gewählter Standort, oder ist es der beste Standort, den wir haben? Wer will das sagen? Also, wir sind nach wie vor davon überzeugt: Es ist ein politischer Standort aus vielerlei Gründen. Ich habe hier jetzt nur einige ausgeführt.

So, ich mache hiermit Schluss. Sie können mir jetzt Fragen stellen, so viel Sie wollen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, Frau Fritzen, herzlichen Dank. Das werden wir jetzt tun.

Zeugin Marianne Fritzen: Das war ein bisschen länger, als ich dachte. Entschuldigung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. Ich danke Ihnen für Ihre einführenden Ausführungen. - Wir werden Ihnen jetzt Fragen stellen. Zunächst möchte ich ein wenig nachfragen aufgrund dessen, was Sie uns vorgetragen haben. Sie haben eben vorgetragen, dass Sie mal eigens nach Bonn gefahren seien, um den damaligen Minister Baum zu treffen. Ich habe mir aufgeschrieben: Baum darf nicht an dem Gespräch teilnehmen. - Wer hat ihm das denn verboten?

Zeugin Marianne Fritzen: So wurde - - Nein, wer hat *ihm* das verboten?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja. Wer hat *ihm* das denn verboten?

Zeugin Marianne Fritzen: Ich nehme an, sein Chef. Ich kann nur sagen, vielleicht Herr Schmidt. Ich weiß es nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Warum, liebe Frau Fritzen, soll denn Herrn Minister Baum verboten worden sein, mit Ihnen zu sprechen?

Zeugin Marianne Fritzen: Wahrscheinlich weil es nicht opportun war zu dieser Zeit. Es kann ja sein. Die Kirche hatte sich auch eingemischt, also in Lüneburg, der Landesuperintendent hatte sich eingemischt. Also,

ich habe den ganzen Briefwechsel auch zu Hause. Ich bin wieder nach Hause gefahren, ohne etwas erledigt zu haben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Mit dem Chef von Herrn Minister Baum meinen Sie wen, bitte?

Zeugin Marianne Fritzen: Ich kann mir eigentlich nur - - Ich weiß nicht. Ich kann mir eigentlich nur Herrn Schmidt vorstellen, den Bundeskanzler, ja. Was anderes - - Denn Herr Kohl war ja noch nicht da um die Zeit.

(Heiterkeit)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, das stimmt allerdings. Also sind wir jetzt echt einig.

Zeugin Marianne Fritzen: Gut.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das stimmt. Also, Sie sagen, Herr Minister Baum habe nicht mit Ihnen sprechen dürfen.

Zeugin Marianne Fritzen: Es hieß: Er darf nicht sprechen, ja. Also Sprechverbot, Maulkorb. Sagen Sie, was Sie wollen; sage ich jetzt, ja. Also, jedenfalls: Der Landessuperintendent hat mich in Bonn noch mal angerufen und sagte zu mir: Ich habe selbst versucht, zu intervenieren. Es geht nicht. Fahren Sie nach Hause.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Warum wollten Sie gerne mit Herrn Minister Baum sprechen?

Zeugin Marianne Fritzen: Ach, das weiß ich nicht mehr. Ich nehme an - - Wir haben oft mit Ministern gesprochen, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Na ja, wenn man sich nun eigens aus Gorleben nach Bonn auf den Weg macht, das ist ja schon also eine echte Reise.

Zeugin Marianne Fritzen: Da haben Sie recht. Also, das müsste ich jetzt nachforschen, warum. Das kann ich Ihnen auswendig nicht sagen. Ich weiß nicht, ob es schon zur Zeit der Platzbesetzung gewesen ist, dass er dann deswegen nach Hannover gekommen ist, um das Gespräch zu führen. Ist denkbar, ja. Also, die Bereitschaft hat er gezeigt. Denn er hat in Hannover gesagt: Wir

machen Informationen; wir machen Informationsstellen.

Also, was wir ja wollten, das war uns informieren. Normalerweise waren die Probebohrungen, die waren geheim - - wurden uns nicht zugänglich gemacht, überhaupt nichts. Herr Baum hat dann gesagt: Gut, wir machen Informationsstellen; dann können sie dann die Protokolle einsehen. - Das haben wir auch gemacht, auch die Pläne.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dass Herr Baum eine offene, transparente Informationspolitik sein Eigen nannte, das haben wir hier auch so verstanden. Herr Baum war hier bei uns im Ausschuss am 02.12. in der 26. Sitzung. Auf Seite 2 in der rechten Spalte des vorläufigen Protokolls kann man von ihm nachlesen. Denn es gab 1979 beispielsweise eine Sitzung der Bundesregierung, des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder, und es war Konsens, dass man auf diesem Felde - das ist die Entsorgungspolitik - fortschreiten müsse.

Was problematisch war, damals schon, war die Wiederaufarbeitung. Da hat ja auch Niedersachsen dann zurückgezogen. Auch Bundeskanzler Schmidt und wir alle haben gesagt: Wir werden über Wiederaufarbeitung nicht weiter diskutieren, bevor sich nicht gezeigt hat, ob Gorleben wirklich geeignet ist oder nicht. Aber Gorleben, Endlager und auch die Zwischenlagerung waren Konsens. Also, Herr Baum war durchaus jemand, der gesagt hat: Jawohl, Erkundung von Gorleben, Zwischenlagerung in Gorleben, das ist genau das, was ich mittrage.

Zeugin Marianne Fritzen: Genau.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Deshalb wollte ich halt gerne wissen, weil ich ein neugieriger Mensch bin: -

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - Was wollten Sie gerne sozusagen mit Herrn Minister Baum besprechen?

Zeugin Marianne Fritzen: Kann ich Ihnen jetzt nicht sagen; muss ich nachgucken.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, welchen Sinn macht es, von wem auch

immer - von Herrn Minister Baums Chef, möglicherweise also vom Bundeskanzler Schmidt -, Herrn Minister Baum das Gespräch mit Ihnen zu untersagen? Habe ich nicht verstanden.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, ich kann es Ihnen nicht beantworten. Diese Frage müsste ich selbst jetzt in meinen Akten nachgucken, ja. Das schreibe ich mir aber gerne auf und gucke nach.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. Denn das ist natürlich sehr, sehr spannend.

Zeugin Marianne Fritzen: Ich weiß auch nicht, ob der Landessuperintendent noch lebt; kann ich nicht sagen. Viele sind ja eben schon gestorben, nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist auch eine Problematik, dass das alles schon so lange zurückliegt. Aber das interessiert diesen Ausschuss natürlich ganz besonders.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Inwieweit wurden den Bürgern vor Ort, der Bürgerinitiative, den Kommunalpolitikern, Informationen vorenthalten? Wurden sie möglicherweise schlecht behandelt? Sie haben ja eben in Ihren Ausführungen gravierende Vorwürfe vorgetragen, haben gesagt, dass Sie sich beobachtet gefühlt haben, dass es eine sogenannte Spurendokumentation gegeben habe. Das sind ja alles keine rechtsstaatlichen Verfahrensweisen, -

Zeugin Marianne Fritzen: Eben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - und das würde diesen Ausschuss, das Parlament in hohem Maße interessieren.

Sie haben bezüglich der - - Den Punkt „Baum“ können wir nicht klären; das müssen wir jetzt einfach mal so stehen lassen.

Zeugin Marianne Fritzen: Mach ich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Denn auch das ist natürlich ein gravierender Vorwurf. Da wurde der Zugang zu einem Minister, der ja demokratisch legitimiert ist,

verwehrt. Der Minister hätte gerne sprechen wollen; aber er durfte nicht sprechen mit einer Vertreterin der Bürgerinitiative. Ich finde, das ist ein gravierender Vorwurf.

Zeugin Marianne Fritzen: Also, ich habe im Laufe meiner zahlreichen Lektüren in den letzten Wochen noch mal das Wort „Landessuperintendent“ gesehen. Ich habe es leider nicht aufgeschrieben. Ich muss also noch mal nachgucken, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut.

Zeugin Marianne Fritzen: Ich habe mir aber die Frage aufgeschrieben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die weiterführende Frage. Sie haben über Spurendokumentation -

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - gesprochen, was ja auch ein bedeutender Vorwurf ist.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie haben gesagt, dass Sie dagegen zweimal geklagt hätten.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Diese Klagen seien abgewiesen worden.

Zeugin Marianne Fritzen: Vor Gericht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie sind aber der Auffassung - jedenfalls habe ich das eben so verstanden -, Ihnen sei Unrecht geschehen, auch mit den Urteilen sei Ihnen Unrecht geschehen.

Zeugin Marianne Fritzen: Und ich musste das Urteil annehmen. Ich habe es leider teuer bezahlen müssen in zwei Instanzen, ja.

Diese ganze Spurendokumentation ist bei uns im Gorleben-Archiv als Akte, wie die Prozesse, die ich geführt habe, auch persönlich. In dieser Angelegenheit sind die ganzen Schriftsätze alle erhalten. Wenn Sie da mal

Lust haben, im Archiv zu stöbern - nur rein, kann ich sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. Möglicherweise haben Sie hier Lust geweckt im Ausschuss, sich auch damit noch mal auseinanderzusetzen; kann ich mir jedenfalls gut vorstellen.

Ich habe hier vorliegen vom 12. August 1982 ein Schreiben von Ihnen, Frau Fritzen, an den Bundesminister des Innern, aber zu Händen von Herrn Dr. Matting.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Da darf ich heraus zitieren. Sie verweisen auf die Möglichkeit, schreiben Sie an Herrn Dr. Matting,

... unsere Argumente im Frühjahr 1983 erörtern zu können. Da die PTB/DBE trotz der miserablen Bohrerergebnisse bei dem Schachtansatzpunkt 5001 - die ja mit allen Mitteln in der Öffentlichkeit zu vertuschen versucht werden - immer wieder von sehr positiven Ergebnissen berichtet, frage ich mich, was wir denn nun erörtern sollen. Nach langjähriger Erfahrung kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß „Erörterungen“ nur dazu da sind, dem Bürger die Möglichkeit des „Dampfablassens“ zu geben. Fachlich haben sie nicht die geringste Konsequenz.

Das ist MAT A - das muss ich jetzt gerade für das Protokoll sagen -.

Zeugin Marianne Fritzen: Matting ist mir ein Begriff.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, nein. Ich muss das jetzt erst für meine Kollegen sagen, ehrlich gesagt: MAT A 104, Band 12, Paginierung 115083.

Da möchte ich jetzt zwei Sachen eigentlich wissen: Warum sagen Sie, dass die Bohrerergebnisse miserabel seien? Dabei muss man ja zunächst mal sagen: Dazu müssen Sie sie ja kennen. Also müssen Bohrerergebnisse denn sehr wohl auch Ihnen zugänglich gewesen sein, und Sie müssen sie auch eingesehen haben, und Sie müssen auch sie mit Experten, denke ich mir, diskutiert haben. Denn ich selber könnte gar nicht sagen, ob ein Bohrerergebnis miserabel oder

nicht ist. Ich bin Tierärztin, habe so etwas nie gelernt.

Zeugin Marianne Fritzen: Ich auch nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ihrem Lebenslauf habe ich das auch nicht entnommen. Von daher noch mal: Also, offensichtlich müssen Bohrerergebnisse Ihnen zugänglich gemacht worden sein, und die sind auch diskutiert worden.

Zeugin Marianne Fritzen: Darf ich noch einmal wissen, von wann der Brief datiert ist?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Der Brief ist vom 12. August 1982.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, 82. Das war ja bereits nach 1980, nachdem Herr Baum uns zugesagt hatte, die Sachen einsichtbar zu machen. Wir haben die Informationsstelle des Bundes gehabt. Die Informationsstelle hatte die Protokolle; das habe ich ja auch gesagt. Also, hatte auch - - Man sieht - - Auf den Karten konnte man sehr schön auch die Schächte verfolgen später.

Wir haben die Geologenrunde bei uns gehabt. Wir haben natürlich diskutiert, und klar frage ich: Woran erkennt man altes Steinsalz, oder woran erkennt man Carnallit, alles das, was ja nicht sein durfte, oder dies oder jenes? Und ich garantiere Ihnen, wenn ich mit Ihnen in den Schacht fahre, kann ich Ihnen ziemlich genau zeigen, wo die Carnallitflöze sind und wo das Steinsalz ist. Das unterscheidet sich nämlich in der Farbe. Wenn Sie einen Bohrkern haben - die waren meistens so dick, so lang -, dann sieht man die Inhomogenität vom Salz, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich glaube sofort, Frau Fritzen, dass Sie inzwischen wirklich eine Expertin geworden sind, auch in der Beurteilung von Bohrkernen; dazu beschäftigen Sie sich zu lange mit der Angelegenheit.

Aber ich will noch mal nachfragen. Ich darf noch mal zitieren aus Ihrem Brief. Hier steht:

Da die PTB/DBE trotz der miserablen Bohrerergebnisse bei dem Schachtansatzpunkt 5001 - die ja mit allen Mitteln in der Öffentlichkeit zu vertuschen versucht werden - immer wieder ...

usw. usw. Also, eins geht nur: Entweder Sie kennen diese Bohrerergebnisse und wissen, dass sie miserabel sind, oder aber Sie sagen: Die werden der Öffentlichkeit vorenthalten, ja, sie werden sogar vertuscht.

Zeugin Marianne Fritzen: Also, man darf nicht vergessen, dass wir zwei verschiedene Informationsstellen hatten: Wir hatten eine Informationsstelle des Bundes, und wir hatten eine Informationsstelle des Landes, und die Informationsstelle des Landes hat meistens die Bohrerkerne, glaube ich, gehabt. Ich sage jetzt - das liegt so lange zurück -: Ich glaube, also gehabt.

Dass ich Herrn Matting angeschrieben habe, lag daran, dass Herr Matting damals - ich weiß noch nicht mal, was er für eine Funktion hatte - sehr viel im Landkreis war und ich sehr viel mit ihm gesprochen habe und deswegen - - Ich weiß, ich habe ihn einmal - - Er war ja später unter Herrn Kohl auch noch da. Ich habe ihn einmal gefragt: Sagen Sie mal, Herr Matting, wie macht man das eigentlich? Also, von mir aus gesehen, gefühlsmäßig: Erst müssen Sie eigentlich das vertreten, was Herr Schmidt will, und jetzt müssen Sie in der Öffentlichkeit das vertreten, was Herr Kohl will. - Also, ich wäre da zerrissen innerlich, ja.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Wenn es das Gleiche ist!)

- Ja, das sind beide wohl - - sind Beamte. Er war Beamter, glaube ich, Herr Matting.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Absolut. Er war Referatsleiter im Bundesinnenministerium, ganz genau.

Zeugin Marianne Fritzen: Genau.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine Nachfrage noch mal - bei uns kommt es ja entscheidend tatsächlich darauf an -: Also, wurde da was unter den Tisch gefegt?

Zeugin Marianne Fritzen: Bei der PTB?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, wo auch immer, von welcher staatlichen Stelle auch immer. Also, wurden Ihre Bedenken überhaupt angehört? Wurde mit Ihnen diskutiert? Wurden Ihnen Forschungsergebnisse vorgelegt, oder wurde das eben tatsächlich vertuscht, wie Ihr Vorwurf ist? Deshalb frage ich, wenn Sie doch öfter Kontakt

zu Herrn Dr. Matting hatten - das haben Sie gerade gesagt -, dann scheint da zumindest so eine gewisse Gesprächsbereitschaft gewesen zu sein. Sie werden sich ja über Gorleben unterhalten haben und nicht nur über das Wetter.

Zeugin Marianne Fritzen: Ach, wir haben uns auch über Radfahren unterhalten und so was.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ach so. Gut.

Zeugin Marianne Fritzen: Herr Horst zur Horst war ja auch sehr lange da, und auch mit dem haben wir uns lange darüber unterhalten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Aber immerhin bestand eine gewisse Bereitschaft - -

Zeugin Marianne Fritzen: Also, es muss ja - - Sonst hätte ich es nicht - - Also, in einem offiziellen Brief, Frau Dr. Flachsbarth, hätte ich bestimmt so was nicht geschrieben, wenn es nicht so gewesen wäre, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja. Ich kriege es nur nicht zusammen, Frau Fritzen. Ich glaube das sofort. Ich kriege es nur nicht zusammen, also auf der einen Seite zu sagen: „Bohrergebnisse sind miserabel“, und Sie stellen uns hier vor, dass Sie tatsächlich diese Bohrerergebnisse dann auch gesehen haben.

Zeugin Marianne Fritzen: Wir haben sie bekommen in der Informationsstelle des Bundes.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ob Informationsstelle des Bundes oder des Landes bleibt jetzt mal dahingestellt. Auf jeden Fall: Sie haben sie gesehen; Sie konnten sie auch mit Experten diskutieren. Sie sagen dann auf der anderen Seite: Es wird versucht, zu vertuschen. Das kriege ich eben nicht zusammen. Deshalb frage ich Sie.

Zeugin Marianne Fritzen: In der Öffentlichkeit: Ja. In der Öffentlichkeit wurde meistens - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Aber Sie sind doch Öffentlichkeit, liebe Frau Fritzen.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, ich war Öffentlichkeit, ja. Ich war aber keine normale Öffentlichkeit als Vorsitzende der BI.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, aber Sie haben ja durchaus immer wieder und wieder auch die Öffentlichkeit gesucht. Also, ich habe auch Presseerklärungen von Ihnen vorliegen. Das ist ja auch völlig in Ordnung; denn so eine Bürgerinitiative arbeitet ja eben normalerweise nicht im Stillen und im Verdeckten, sondern arbeitet sicherlich für die Öffentlichkeit. Das ist ja auch ein Sinn, den Sie sehen, glaube ich, für sich, Öffentlichkeit herzustellen, und dann haben Sie zum Beispiel - - Ich halte Ihnen eine Pressemitteilung vor vom 14. Dezember 1982, wo die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg eine Pressemitteilung herausgibt, und darin heißt es - Zitat -:

Die BI-Umweltschutz Lüchow-Dannenberg stellt fest: Von der sogenannten „Denkpause“, von der wiederholt gesprochen wurde, bleibt nichts übrig als der zügige Ausbau der Endlagerschächte und die Errichtung des Endlagers. Die BI stellt fest, daß selbst die wenigen Kriterien für die Eignung eines - -

(Sylvia Kottling-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das noch mal vorlesen? - Ute Vogt (SPD): Ein bisschen langsamer! Das verstehen ja noch nicht einmal wir! Können Sie uns die MAT-Nummer nennen?)

- Noch mal langsam, genau: -

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, ich habe auch immer Mühe.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Die BI-Umweltschutz Lüchow-Dannenberg stellt fest: Von der sogenannten „Denkpause“, von der wiederholt gesprochen wurde, bleibt nichts übrig als der zügige Ausbau der Endlagerschächte und die Errichtung des Endlagers. Die BI stellt fest, daß selbst die wenigen Kriterien, die für die Eignung eines Salzstockes als Endlager für radioaktive Abfälle vor Inangriffnahme der

„Probe“bohrungen aufgestellt wurden, heute keine Gültigkeit mehr haben.

Das ist - das ist jetzt für unsere Kollegen - MAT A 96, Band 28, Paginierung 111214.

Das Bundesministerium des Innern hat nun umfangreiche Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in einem Bergwerk 1983 bekannt gegeben.

Zeugin Marianne Fritzen: Richtig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Hat sich damit Ihre Aussage aus dem Jahre 1982 nicht erledigt?

Zeugin Marianne Fritzen: Nein. Das Thema war eigentlich ein anderes. Das Thema war gewesen, dass zu Beginn des Salzstocks, sage ich mal, der Endlagerung Kriterien festgestanden haben. Die hat Ihnen sicherlich Herr Grimmel auch vorgetragen.

Es waren vier Hauptkriterien vorhanden: Das eine ist die Tonschicht, das Deckgebirge, der intakte Gipshut, kein Wasserzufluss. Bei den Bohrungen, bei den ersten Probebohrungen und bei den hydrogeologischen Bohrungen, hat sich herausgestellt, dass diese vier Kriterien nicht mehr so stichhaltig sind. Das ist der Grund. Wir haben natürlich darauf herumgepocht, das ist ja klar, und dann wurde uns aber immer wieder gesagt: Die können wir vernachlässigen; das braucht man nicht mehr. Die Technik ist inzwischen so weit fortgeschritten, dass wir ganz andere Barrieren machen können. - Meinetwegen: Bohrloch auseinander, größer, Behälter anders, tief einlagern in Bohrlöcher usw. Das ist damit gemeint.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Gut. - Nichtsdestotrotz war nachvollziehbar: Erstens, die Kriterien waren da, die konnten Sie auch nachvollziehen, und, zweitens, auch die Ergebnisse sind Ihnen - -

Zeugin Marianne Fritzen: Ich habe massenhaft Schriften, also auch Grimmel und das ganze Protokoll von 1983 nachher mit den Referaten, Kurzreferaten, Langreferaten, Wortprotokollen. Von jeder Sitzung, von jeder öffentlichen Veranstaltung gab es ein Protokoll. Auch das ist etwas, was wir damals verlangt haben. Wenn wir schon solche Informationsveranstaltungen machen - das wird bei Ihnen ja genauso gemacht -, dann

wollen wir auch, dass es protokolliert wird, damit wir immer wieder darauf zurückgreifen können. Das ist uns zugesagt worden, und das wurde gemacht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sehr gut. Das ist eigentlich meine Frage gewesen.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Noch mal: Wenn man Ihre Einwände ernst nimmt, sie aufschreibt, dokumentiert und protokolliert und dann auch sogar der Öffentlichkeit zugänglich macht, so spricht das wenigstens dafür, dass Sie sich mit dieser Forderung haben durchsetzen können.

Ich habe hier eine andere Vorlage. Das ist MAT A 19.

Zeugin Marianne Fritzen: Oh Gott, alles Matting?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein. Entschuldigung, das ist jetzt nur fürs Protokoll. Wir haben so komische Ausdrücke dafür.

Zeugin Marianne Fritzen: Ach so.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich sage Ihnen gleich, was für Sie jetzt wirklich wichtig ist. Es handelt sich um die Informationsveranstaltung des Bundes vor dem Schachtabteufen in Gorleben am 27. und 28. Mai 1983.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, das war die große in Hitzacker.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau, da waren Sie da, -

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - haben aber zu Protokoll gegeben, dass Sie offiziell nicht an der Veranstaltung teilnehmen.

Zeugin Marianne Fritzen: Richtig, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und jetzt sage ich fürs Protokoll und für meine Kollegen: Das ist MAT A 19, Paginierung

21003 bis 210564. Das ist wieder die Paginierung 210214. - Da haben Sie sich sehr, sehr kritisch geäußert. Sie sagen - ich zitiere -:

Wir haben als Bürgerinitiative bislang im Grunde genommen jeden sogenannten Bürgerdialog mitgemacht.

Zeugin Marianne Fritzen: Richtig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: „Sogenannten“.

Wir haben es diesmal abgelehnt ...

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie sagen: Das hat sowieso keinen Sinn.

Das steht unseres Erachtens längst fest, daß er nicht [sic!] geeignet ist. Ich möchte ... bekräftigen, daß die Befürchtungen, die wir hatten, gerechtfertigt sind und mich zumindestens heute darin bestätigt haben, daß wir sehr gut daran getan haben, offiziell aus dem Bürgerdialog auszusteigen.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also: Sie waren richtig böse und haben das auch laut und kräftig gesagt.

Das Ganze finde ich nun in einem Heft des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, das das herausgibt. Das heißt: *Entsorgung. Bericht von einer Informationsveranstaltung des Bundes vor dem Schachtabteufen: Salzstock Gorleben*, Bd. 3, Bonn, vom Juni 1984, Seite 212. Das ist ein Heft, ein ganz normal öffentlich zugängliches Heft, das man bekommen kann, wenn man sich denn dafür interessiert. Das ist also keine Geheimakte, die irgendwo in einem Ministerium in einem Giftschränk liegt oder so, sondern es ist ein Protokoll, das, wie gesagt, veröffentlicht worden ist. Natürlich ist eben auch Ihre Äußerung darin protokolliert.

Das ist für mich doch jetzt ein Hinweis, dass ebendieser schlimme Vorwurf, den Sie erhoben haben - Sie haben gesagt: Die haben uns nicht ernst genommen; die haben uns auch gar nicht angehört; wir hatten keinen Zugang zu den wesentlichen Entscheidungsträgern; die haben von Anfang an so-

wieso gewusst, was sie gemacht haben -, vielleicht zumindest differenziert betrachtet werden muss. Weil: Warum hat denn jemand Interesse daran, aufzuschreiben: „Da gibt es eine Bürgerinitiative, die sehr wohl sachkundig ist, die das Ganze mitverfolgt und Kritik übt an dem, was wir da tun als Staat“? Das passt für mich eben auch nicht zusammen.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, Frau Dr. Flachsbarth, das hat eine Vorgeschichte. Wir haben ja die beiden Veranstaltungen im Rahmen dieses Bürgerdialogs gemacht. Wir haben das mit Herrn Kulke als intermediärer Person sozusagen vorbereitet. Er hat die Räume besorgt, er hat mit der Regierung gesprochen, hat das mit uns abgestimmt, und wir haben daran teilgenommen, nicht nur als Gäste, sondern natürlich auch als Gesprächspartner.

Die zwei ersten Anhörungen haben wunderbar geklappt. Wir waren in der Vorbereitungsphase. Im Januar - ich glaube, es war im Januar; ich bin nicht ganz sicher - hatten wir uns noch mal getroffen, zusammen mit den verantwortlichen Herren - ich kann jetzt nicht sagen, wer dabei war; ich weiß, es war im Ratskeller in Lüchow -, und wollten diese dritte Informationsveranstaltung - zwei Tage, diese große Informationsveranstaltung - noch einmal durchsprechen, vorbereiten. Und da sagte man uns, die Bauaufträge für die Schachtvorbohrungen seien schon vergeben. Da haben wir gesagt: Warum sollen wir uns eigentlich an einem Bürgerdialog beteiligen, wo noch alles untersucht wird, wo noch einmal die ganzen Kriterien, was man gefunden hat - - Auch das ist ja so ein Band, ich glaube, orange gefärbt, wenn ich mich nicht täusche. Wir haben dann gesagt: Gut, dann machen Sie die Informationsveranstaltung, aber die Bürgerinitiative verabschiedet sich von dem Bürgerdialog; denn das ist kein Bürgerdialog mehr. Wenn wir nur von oben gedeckelt werden, was wir zu tun haben, dann ist das kein Dialog.

Ich habe wohl an dem Dialog teilgenommen, beide Tage. Das merkt man wahrscheinlich auch in meinen - - Ich habe das, glaube ich, gestern Abend sogar noch mal in der Hand gehabt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber die Entscheidung letztendlich, Frau Fritzen, die die Bundesregierung dann getroffen hat, die Kabinettsentscheidung, die wir hier die ganze Zeit im Mittelpunkt unserer

Beratungen haben, ist ja erst im Juli getroffen worden.

Zeugin Marianne Fritzen: Später, natürlich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vom Juli 1983.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Von daher war diese Entscheidung ja einfach noch gar nicht getroffen.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, aber die Verträge sind vergeben gewesen. So wurde uns gesagt: Wir haben die Verträge vergeben. - Auch das ist irgendwo dokumentiert; denn das habe ich auch irgendwo noch gefunden. Ich habe mir leider nicht alles aufgeschrieben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich habe von Ihrer Bürgerinitiative am 14. Dezember wiederum eine Pressemitteilung gefunden, herausgegeben - -

Zeugin Marianne Fritzen: Darf ich immer das Jahr wissen, damit ich das einordnen kann?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja. Am 14. Dezember 1982, also unmittelbar vor dieser Situation, über die wir jetzt gerade gesprochen haben.

Zeugin Marianne Fritzen: Die war 83, genau.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Da steht drin:

Nicht minder empört hat uns das Bekanntwerden, daß die Vorbereitungsarbeiten für das Abteufen der Schächte im Salzstock Gorleben bereits vorgesehen bzw. vergeben sein müssen.

Zeugin Marianne Fritzen: Richtig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Der Terminplan der DBE ... spricht für sich. Diese vorgesehenen Arbeiten stehen in krasssem Gegensatz

zu den Zusagen des Bundesinnen-
ministeriums -

Zeugin Marianne Fritzen: Richtig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

- und des Bundesministeriums für
Forschung und Technologie.

Das ist - für meine Kollegen - MAT A 96,
Band 28, Paginierung 111214.

Jetzt frage ich mich doch: War das jetzt
ein Terminplan der DBE, der Ihnen aber of-
fensichtlich auch zur Kenntnis gegeben wor-
den ist, also auch nicht so schrecklich ge-
heim gewesen sein kann, oder setzen Sie
diesen Terminplan der DBE - das ist ein Auf-
tragnehmer, ohne Zweifel richtig -, den Sie
jetzt irgendwo von jemandem bekommen
haben, mit einer verbindlichen Festlegung
der Bundesregierung gleich, die aber erst
über ein halbes Jahr später letztendlich defi-
nitiv entschieden hat?

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, definitiv
beschlossen weiß ich nicht. Ich kann nicht
sagen, wer zuerst - - Ich nehme an, es ist
eine Betreiberfirma, die das macht, die die
Aufträge vergibt. Die DBE vermutlich, nicht?
Ich meine, die Bundesregierung muss nach-
her zahlen. Also, insofern kann es schon
diese Differenz geben.

Eines kann ich sagen: Was darin steht,
steht nicht aus irgendeinem Grund drin, son-
dern es war auch so. Dabei bleibe ich bis
heute.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Dass das so war, ist ohne Zweifel richtig.
Meine Frage war eben nur: Wenn die DBE
einen Terminplan macht, kann es ja für so
eine Firma durchaus sinnvoll sein, zu sagen:
Na ja, im Fall, dass da Aufträge anstehen
und vergeben werden und dass die Bundes-
regierung so beschließt, wollen wir schon
mal vorsichtshalber eine Terminplanung ma-
chen. - Aber ein Terminplan der DBE ist na-
türlich in jedem Fall wesentlich unverbind-
licher als eine Beschlussfassung der Bun-
desregierung, und die hat damals ohne
Zweifel noch nicht stattgefunden.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Darf ich mal fra-
gen, was eigentlich Ihre Frage war,
Frau Vorsitzende? Ich habe sie
nicht verstanden!)

- Meine Frage war, dass die Zeugin Fritzen
vorgeworfen hat, dass es gar keinen Sinn
mehr mache für die Bürgerinitiative, sich an
einer solchen Veranstaltung zu beteiligen,
weil ja die Würfel schon gefallen seien.

Zeugin Marianne Fritzen: Richtig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und
jetzt möchten wir beide versuchen, herauszu-
finden, ob die Würfel denn tatsächlich schon
gefallen waren zu dem Zeitpunkt, oder ob es
sich letztendlich um einen Terminplan eines
Auftragnehmers gehandelt hat und die ei-
gentliche Entscheidung erst ein halbes Jahr,
sieben Monate später zu fällen war.

Zeugin Marianne Fritzen: Also, ich habe
keine Ahnung, wie es in der diplomatischen
Folge eines Bundestages läuft, aber wir ha-
ben selbstverständlich auch Verbindung zu
Personen gehabt bei der DBE oder bei der
DWK oder in der Informationsstelle des Lan-
des. Es gab ja zwei: Es gab die Informati-
onsstelle des Landes und die Informati-
onsstelle des Bundes. Dieser Ausspruch, dass
die Verträge bereits vergeben worden sind,
den haben wir an dem Abend erfahren - das
Datum kann ich nicht sagen; ich müsste in
einem Terminplan nachgucken, falls ich es
aufgeschrieben habe -, wo wir dann aufge-
standen sind und gesagt haben: Das war's;
Bürgerdialog für uns wird hier abgebrochen.
Das bedeutet nicht, dass die Informationsver-
anstaltung damit gestorben ist; denn die hat
ja stattgefunden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut,
Frau Fritzen. Vielen Dank.

Zeugin Marianne Fritzen: Nichts zu dan-
ken.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Dann geht das Fragerecht jetzt weiter an die
CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Liebe
Frau Fritzen, Sie haben der *Frankfurter
Rundschau* ein Interview gegeben. Das ist
gestern veröffentlicht worden.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dazu
habe ich ein paar Nachfragen vor dem Hin-

tergrund der Aktenteile, in denen Ihr Name erwähnt wird. Sie haben hier unter anderem geantwortet:

Als wir die Verantwortlichen endlich befragen konnten, waren sie [sic!] immer gut vorbereitet.

Nein, „waren wir“, also Sie, immer gut vorbereitet.

Zeugin Marianne Fritzen: Nein, „sie“, Ihre Vorgänger.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, „waren wir“.

Zeugin Marianne Fritzen: Ach so, „wir“.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): „Wir“, die Bürgerinitiative.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber jetzt kommt es:

Aber die Gegenseite wollte nie antworten.

Was wir über Ihre Arbeit gefunden haben, ist Ihre Teilnahme an der Sitzung der Gorleben-Kommission bereits im Jahre 1978, genauer gesagt, am 24. Mai. Das ist MAT A 102, Band 1, Blatt 94. Da darf ich mal aus dem Protokoll zitieren, von dem ich mal hoffe, dass es stimmt:

Frau Fritzen von der Bürgerinitiative führte aus, man habe Erfahrungen gemacht, daß Gutachten nicht eingesehen werden könnten. Sie bat um die verbindliche Zusage, der Bürgerinitiative das Gutachten zur Verfügung zu stellen.

1978, also weit vor 1980, wo Sie gesagt haben, Herr Baum hätte Ihnen - -

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, da existierte die Gorleben-Kommission.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nun pass auf! - Dann sagt Herr zur Horst vom Sozialministerium:

... daß diese Landesregierung alles Interesse daran habe, alles darzulegen und nicht zu verheimlichen. Es bestände das Recht, im Rahmen

der rechtlichen Gegebenheiten Akteneinsicht zu nehmen.

Und dann kommt der bereits von Ihnen nicht ganz so freundlich erwähnte Herr Grill. Der sagte, dass es wünschenswert sei, das Gutachten in der Gesamtheit zu veröffentlichen.

Stimmen Sie mir zu, dass das genau das Gegenteil von dem ist, was Sie der *Frankfurter Rundschau* gesagt haben, dass also sowohl Herr Grill als auch Herr zur Horst bereit waren, Ihnen dieses Gutachten zugänglich zu machen?

Zeugin Marianne Fritzen: Also, lieber Herr Dr. Grindel, Sie sind - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das „Doktor“ müssen Sie leider noch weglassen. Im Augenblick ist es noch nicht so weit.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Er ist noch kein Doktor. Da strengt er sich noch an.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich darf hier trotzdem fragen. Das ist auch schön.

Zeugin Marianne Fritzen: Sie sind Jurist, glaube ich.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, ich bin Jurist.

Zeugin Marianne Fritzen: Da muss ich auch ein bisschen auf die Diktion aufpassen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wunderbar, alles prima. Das brauchen Sie gar nicht. Sagen Sie es so, wie Sie es für richtig halten.

Zeugin Marianne Fritzen: Ich bin in 40 Jahren geschult diesbezüglich.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Alles gut.

Zeugin Marianne Fritzen: Das stimmt. Ich war manchmal in der Gorleben-Kommission, aber nicht, weil ich gewünscht war als Mitglied. Ich habe gesagt, das war ein Geheimclub. Aber ich bin überall da reingekommen, wo ich rein wollte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, aber insofern waren Sie drin. Wie oft? Kann man das sagen?

Zeugin Marianne Fritzen: Na, allzu oft nicht. Vielleicht dreimal.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber Sie - -

Zeugin Marianne Fritzen: Entschuldigung, wir haben teilweise auch Protokolle zu sehen bekommen, die wir nicht hätten sehen dürfen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das passiert mal.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, das gibt es öfter.

Zeugin Marianne Fritzen: Gott sei Dank.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber Sie geben doch zu, dass Herr Grill - Herr Grill! -

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, mein besonderer Freund.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - gesagt hat, es sei wünschenswert, das Gutachten in der Gesamtheit zu veröffentlichen. Der hat doch nicht gemauert. Der hat doch gesagt - -

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, das kann der doch sagen. Da geht er doch gar kein Risiko ein, wenn er so was sagt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wieso nicht?

Zeugin Marianne Fritzen: Aber es muss doch veröffentlicht werden von jemandem.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, das hat ja Herr zur Horst gesagt: Er ist bereit dazu.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, aber ich habe es nicht gesehen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, nur weil Sie gesagt haben: Sie bügeln - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Aber entscheidend ist doch, ob er das gemacht hat!)

- Frau Steiner, noch ist das doch eine ganz liebevolle Vernehmung hier.

Zeugin Marianne Fritzen: Also, ich komme mit Herrn Grindel auch noch zurecht, keine Angst.

(Heiterkeit)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau. Frau Fritzen, wir kriegen das schon hin. - Nur, weil es in der *Frankfurter Rundschau* in der Überschrift heißt: „Sie bügeln uns immer professioneller ab“. Ich finde, Herr Grill hat Sie nicht „abgebügelt“.

Zeugin Marianne Fritzen: Herr Grindel, es tut mir leid. Ich weiß nicht, ob Sie Herrn Grill besser kennen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Den kenne ich. Ich kenne ihn auch besser.

Zeugin Marianne Fritzen: Das kann ich mir vorstellen. Sie sind ja - - Nein, er ist wesentlich älter als Sie mittlerweile.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Danke schön.

Zeugin Marianne Fritzen: Aber er war ja damals in Ihrem Alter, als ich mit ihm zu tun hatte. Ich weiß, welche Rolle Herr Grill gespielt hat, über viele Jahre, und ich weiß auch, welche Rolle er heute noch spielt. Darüber möchte ich hier nicht reden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja. Bei uns spielt er keine Rolle.

Zeugin Marianne Fritzen: Ich sage Ihnen ganz offen: Herr Grill ist der einzige Mensch in meinem Leben, bei dem ich nicht bereit bin, ihm noch mal eine Hand zu geben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeugin Marianne Fritzen: So, das war deutlich.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darf ich noch mal? Wir haben in den Akten - - Gucken Sie mal, wir müssen ja auch ein bisschen nach den Akten gehen, wo die Zeugen namentlich auftauchen.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, natürlich.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): So viel haben wir da nicht. Und da steht eben drin,

dass er gesagt hat, es sei wünschenswert, das Gutachten - das war eines zu den ökologischen und regionalwirtschaftlichen Auswirkungen des NEZ auf die Region Gorleben; um dieses Gutachten ging es; das hat er gesagt auf Ihre Frage hin - zu veröffentlichen. Ich wollte doch nur sagen: Insofern - -

Zeugin Marianne Fritzen: Ist es das von Prognos, wenn ich mal dazwischenfragen darf?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein.

Zeugin Marianne Fritzen: Oder war das das Regional?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, das Regionalgutachten.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, Sie wissen aber vielleicht auch im Nachhinein, was man mit den Leuten gemacht hat?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das weiß ich nicht, nein.

Zeugin Marianne Fritzen: Na gut.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das habe ich in den Akten nicht gefunden.

Zeugin Marianne Fritzen: Okay. Aber ich weiß es.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich wollte Ihnen nur etwas vorhalten, was mit der Schilderung ein bisschen - - Bleiben wir mal bei dem, was Sie eben gesagt haben. Sie haben sogar gesagt, Sie hätten mit Herrn Ministerpräsident Albrecht verhandelt. Das ist ja sogar - -

Zeugin Marianne Fritzen: Na ja, nun Gott, ich bin doch nicht für das verantwortlich - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wie oft haben Sie denn mit dem gesprochen und mit anderen Politikern wie Herrn Baum?

Zeugin Marianne Fritzen: Herr Grindel, ich bin doch nicht verantwortlich für das, was eine Presse schreibt. Wir haben Pressefreiheit, entschuldigen Sie.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, Sie haben das gerade gesagt: Wir haben mit Albrecht verhandelt.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, wir waren öfter bei Herrn Albrecht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeugin Marianne Fritzen: Wir haben ihm sogar einen Korb mit Sachen aus dem Wendland gebracht. Wir haben ihn bestochen, werden Sie vielleicht sagen.

(Heiterkeit)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, ich wollte ja nur gerne von Ihnen wissen, weil Sie in dem Interview - deswegen frage ich doch nur - gesagt haben, Sie seien „abgebügelt“ worden und man habe Sie da mit geschönten Gutachten abg gespeist - - Also, zumindest mit Herrn Albrecht haben Sie mehrfach gesprochen?

Zeugin Marianne Fritzen: Mit Herrn Albrecht haben wir gesprochen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wie muss man sich die Gespräche vorstellen? Haben Sie den Eindruck gehabt, der hatte immer eine vorgefertigte Meinung, oder hat er auch was aufgenommen?

Zeugin Marianne Fritzen: Ich sage Ihnen allen jetzt etwas, was ich eigentlich nicht so gerne sage: Ich bin nach diesen ganzen Jahren und nach dem ganzen Aktenstudium eigentlich zu der Auffassung gekommen, dass Herr Albrecht gar nicht so viel Lust hatte, das NEZ im Landkreis Lüchow-Danzenberg bauen zu lassen, dass er überhaupt kein großes Verhältnis hatte. Aber ich würde Sie bitten: Fragen Sie doch Frau von der Leyen. Vielleicht kann die ihren Papa fragen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Na, das ist ein bisschen schwierig.

Zeugin Marianne Fritzen: Also, wenn er noch einigermaßen ansprechbar wäre, sage ich Ihnen, ich würde ihm heute einen Brief schreiben oder hätte ihm den längst geschrieben: Kann ich mit Ihnen mal unter vier Augen sprechen? Was hat Sie bewegt?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Mit Herrn Albrecht können wir, wie Sie wissen, nicht mehr sprechen.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, leider.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Frau von der Leyen wäre Zeugin vom Hörensagen. Das ist auch ein bisschen schwierig. Aber wir wissen ja etwas. Herr Albrecht hat 1979 nach dem Gorleben-Hearing praktisch auch sehr persönlich - auch in Abstimmung mit anderen - entschieden, -

Zeugin Marianne Fritzen: In Hannover, die drei Tage.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - dass zumindest die Wiederaufarbeitungsanlage nicht gebaut wird.

Zeugin Marianne Fritzen: Richtig.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nun könnte man das doch als ein Zeichen dafür betrachten, dass er diesen ganzen Erkundungsprozess in Gorleben wirklich ergebnisoffen behandelt hat.

Zeugin Marianne Fritzen: Also ich bin nicht Herr Albrecht, Nummer eins.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, aber welchen Eindruck hatten Sie?

Zeugin Marianne Fritzen: Entschuldigen Sie, ich sitze nicht in seinem Kopf und nicht in seiner Seele. Das weiß ich nicht. Nach den Lektüren, nach dem, was ich im Nachhinein gelesen habe - ich bin ja schon lange raus aus der aktiven Arbeit der Bürgerinitiative, mache hauptsächlich Archiv und lese da noch mal nach -, so, wie er sich verhalten hat, glaube ich eigentlich nicht, dass er unbedingt Gorleben wollte. Er konnte sich aber wahrscheinlich dem Bundeskanzler gegenüber - das sage ich jetzt mal ungeschützt - nicht durchsetzen. Es gibt ja auch den anderen Brief, wenn Sie jetzt schon dabei sind. Er hat zur Wiederaufarbeitung gesagt: nein.

Die Wiederaufarbeitung ist in diesem ganzen Komplex nukleares Entsorgungszentrum im Grunde genommen das gewesen, wovon die Bevölkerung am meisten Angst hatte und wo wir natürlich als Bürgerinitiative Aufklärung gemacht haben. Wir

haben vorher die ganzen Jahre Aufklärung darüber gemacht: Welche Gefahren gehen von einem Atomkraftwerk aus? Wir mussten ja selbst total umschalten, als wir im November 1976, glaube ich, zum ersten Mal erfahren haben, dass es auch der Landkreis Lüchow-Dannenberg sein könnte. Da haben wir unsere erste Großveranstaltung mit Referenten von einem anderen Standort gemacht. Von da kam auch die große Menge der Leute, die gesagt haben: Können wir nicht Mitglied werden bei Ihnen? Ich sagte: „Das geht nicht“, weil wir nämlich noch keinen Verein hatten. Wir waren bis dahin etwa 20 Leute.

Ich war selbst in Hannover, als diese Veranstaltung mit Herrn Albrecht war - hinter mir saßen Herr Scheuten und Herr Salander -, als Herr Albrecht unten gesagt hat - nein, Moment mal, jetzt muss ich selber sortieren; es ging um die Wiederaufarbeitungsanlage -: Die Wiederaufarbeitungsanlage wird nicht gebaut; ich kann ja nicht auf so viele Leute schießen lassen. - Das ist auch so ein Zitat von ihm, was ich ihm aber nicht nachweisen kann: Ich kann ja nicht auf so viele Leute schießen lassen. Sie ist technisch machbar, aber politisch nicht durchsetzbar.

Er hat daraufhin - auch der liegt als Kopie im Archiv vorrätig - einen Brief an Herrn Schmidt, an den Bundeskanzler, geschrieben. Ich zitiere jetzt mal frei:

Ich habe deswegen extra Ausdrücke gewählt wie in dieser Generation.

Also: Wählergeneration, die Leute, die da gewählt wurden, oder, oder. Er wollte damit, so vermuten wir, eines erreichen: dass die Bevölkerung beruhigt wird, dass keine Wiederaufarbeitung kommt, was er ja nachher - da komme ich noch mal auf Herrn Grill - widerrufen hat mit Dragahn: Ich möchte, dass die Bohrungen stattfinden können. - Also das Gewicht verlagern, weg von der Wiederaufarbeitung hin zur eventuellen Bohrung/Erkundung des Salzstocks; denn es hing ja alles zusammen.

Ich nehme an, dass Sie wissen, was im NEZ alles geplant war.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, klar.

Zeugin Marianne Fritzen: Der Salzstock war im Grunde genommen für das, was am Ende übrig geblieben wäre, auch gar nicht so - - Da hätte er keine 12 Quadratkilometer gebraucht; denn dann hätten wir eine WAA

gehabt, wir hätten eine Abtrennung gehabt, wir hätten eine Brennelementherstellung gehabt, bis hin zur Brennelementverwendung; MOX usw., ein Begriff. Insofern sehe ich da nicht, was Sie für ein Problem haben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, ich habe gar kein Problem, ganz im Gegenteil. Ich wollte nur herausarbeiten, dass Sie im Dialog mit Herrn Albrecht waren. Sie waren im Dialog mit Herrn Baum. Nur damit ich mal ein Gefühl dafür kriege, wie intensiv der Dialog war: Haben Sie eigentlich so im Dialog auch mit Herrn Trittin mit Herrn Gabriel gestanden?

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, natürlich.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Und wenn Herr Albrecht 1979 gesagt hat: „Es ist vielleicht technisch möglich, aber politisch nicht“, hätten Sie sich doch wahrscheinlich so eine Aussage 1998 von Herrn Trittin auch gewünscht - bezogen auf das Endlager -, oder nicht?

Zeugin Marianne Fritzen: Entschuldigen Sie, ich bin im Jahr 2000 bei den Grünen ausgetreten. Ich bin heute Herrn Trittin dankbar - was ich damals nicht ahnen konnte -, dass das Moratorium sich über zehn Jahre hingezogen hat und wir inzwischen mehr wissen als vor zehn Jahren.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was wissen wir heute mehr als vor zehn Jahren?

Zeugin Marianne Fritzen: Also, ich glaube, man hat schon einen ganzen Teil Neues erfahren. Wenn Sie Gewährsleute haben, können Sie ihnen ja vielleicht auch mal die Frage stellen: Warum muss denn eigentlich immer noch Salz aus dem Salzstock rausgeholt werden? Das muss doch einen Grund haben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sagen Sie doch mal: Was weiß man heute mehr als vor zehn Jahren?

Zeugin Marianne Fritzen: Bitte?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was weiß man heute mehr als vor zehn Jahren?

Zeugin Marianne Fritzen: Was man mehr weiß?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, weil Sie gesagt haben, heute weiß man mehr als vor zehn Jahren.

Zeugin Marianne Fritzen: Wir wissen heute zumindest, dass wir wesentlich mehr Atommüll haben, der irgendwohin muss. Wir wissen, dass Salz nicht das Beste ist, was man sich vorstellen kann. Ich kann Ihnen auch nichts Besseres bieten. Auch darüber habe ich mir Gedanken gemacht. Aber man hat ja auch im Vorfeld, schon in den 74er-Jahren - ich glaube, schon 1965 - in der Bundesrepublik angefangen - das hat Herr Tiggemann gut recherchiert -, zu überlegen, was man macht.

Wissen Sie, wenn man mir auf eine Anfrage 1973, Dezember, auf die Frage: „Wie sieht es aus mit dem Atommüll, der mal von einem Kernkraftwerk übrigbleibt?“, die Antwort gibt - Zitat Dr. Grube⁵ (?) vom Kernforschungszentrum Karlsruhe, der damals als PR-Mann unterwegs war -: „Darüber brauchen Sie sich keine Gedanken zu machen; es ist alles geregelt“ - Herr Grindel, es ist bis heute nicht geregelt. Und überlegen Sie mal: Das sind 40 Jahre. Es sind 40 Jahre meines Lebens, die ich diesem - entschuldigen Sie, ich hätte jetzt beinahe etwas Schlimmes gesagt - geopfert habe oder gewidmet habe.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nun wissen wir natürlich, wenn das Moratorium nicht wäre, ob Gorleben geeignet ist oder nicht. Insofern wüssten wir mehr.

Zeugin Marianne Fritzen: Nein, weil es gar nicht - - Ich weiß gar nicht, ob man mehr wissen will. Was macht man denn, dass Gas da ist? Es gibt ein ganz neues Buch vom Landkreis: *125 Jahre Landkreis*. Da steht auf Seite - das habe ich vergessen; das habe ich auch irgendwo stehen -, dass man bereits im Jahre 1928 in Meetschow -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Oh!

⁵ Richtigstellung der Zeugin: streiche „Grube“, setze „Grupe“, Anlage 2

Zeugin Marianne Fritzen: - ja, 1928, im Februar, glaube ich - nach Gas⁶ gebohrt hat und dass der Bohrturm bereits stand. Also muss man doch wissen, dass es Gas gegeben hat. Und wir wissen doch auch, dass es Gasblasen gegeben hat, dass es Wasser gegeben hat, dass es Laugen gegeben hat. Dann wird gesagt: Es sind ja nur Nester.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darüber haben wir mit Herrn Schnipkoweit heute Vormittag schon ausführlich gesprochen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Aber Sie lassen
die Zeugin schon ausreden, ja?)

Sie haben vorhin etwas sehr Interessantes gesagt; Sie hätten Herrn Matting gefragt: Wie kann man erst für Herrn Schmidt und dann für Herrn Kohl arbeiten? Sie haben aber gar nicht gesagt, was er Ihnen geantwortet hat.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, nach dem Motto: Ich bin Beamter, ist doch egal.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Würden Sie mir widersprechen, wenn ich sage: Da gab es eigentlich eine ziemlich große Kontinuität im Verhalten der Regierung von Schmidt zu Kohl, -

Zeugin Marianne Fritzen: Nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - oder haben Sie festgestellt, dass da irgendwie was gravierend anders gelaufen ist?

Zeugin Marianne Fritzen: Nein. Ich denke, dass - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Könnte man sagen, Herr Kohl hat eigentlich fortgeführt, was Herr Schmidt angefangen hat?

Zeugin Marianne Fritzen: Nein, das nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sondern? Worauf bezieht sich das Nein? Gibt es da Unterschiede, oder sagen Sie: „Nein, da war kein Unterschied“?

Zeugin Marianne Fritzen: Es hat hinterher keine Informationsstellen mehr gegeben. Die sind abgeschafft worden. Ich war, glaube ich, damals auch gar nicht mehr Vorsitzende. Ich habe mich also nicht mehr um alles so gekümmert, habe mich um andere Sachen gekümmert, aber ich glaube - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Können Sie dem Ausschuss noch mal sagen, wann die Informationsstellen abgeschafft wurden?

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Jetzt lassen Sie
sie erst mal ausreden, bitte!)

Zeugin Marianne Fritzen: Herr Grindel, ein Beispiel ist Frau Merkel.

(Zuruf des Abg. Sebastian Edathy
(SPD))

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, ausreden.

(Dorothee Menzner (DIE LINKE): Er
soll sie ausreden lassen!)

Zeugin Marianne Fritzen: Frau Merkel war Umweltministerin. Auch sie war in Lüchow. Auch mit ihr haben wir gesprochen und sie mit uns, mehr oder weniger freundlich; okay, das ist eine andere Frage. Aber wenn mir eine Doktorandin, die Physik studiert hat, dann irgendwie flapsig - vielleicht, weil sie genervt war - sagt: „Na ja, wenn ich in der Küche Kuchen backe, geht auch mal Backpulver daneben“, und das zu Radioaktivität - entschuldigen Sie, so einen Menschen nehme ich nicht mehr ernst. Das darf nicht sein, auch nicht, wenn ich genervt bin. Mich nerven auch manche Fragen, und trotzdem versuche ich, Ihnen die zu beantworten.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber darf ich noch mal nachfragen? Die Informationsstellen hat es ja auch unter der Regierung Kohl gegeben, und die Gorleben-Kommission zum Beispiel ist wegen des Kreistages in Lüchow-Dannenberg ausgesetzt oder abgeschafft worden, nicht wegen der Regierung Kohl.

⁶ Richtigstellung der Zeugin: streiche „Gas“, setze „Oel“ (Anmerk.: ich zitierte aus „Zeitenwenden Wendenzeiten“ 125 Jahre Landkreis Lüchow-Dannenberg erschienen 2010

Zitat: Seite 44 - Jahr 1928 „Rubrik: Was sonst noch geschah“ - „11. Februar: In der Gemarkung Meetschow wird nach Erdöl gesucht. Zuvor hatten Wünschelrutengänger die Region erkundet. Der Bohrturm wird bereits gebaut.“), Anlage 2

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, das stimmt. Ich glaube, den hat es gar nicht - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist das nicht ein Minus oder eine Verringerung an Offenheit, an Informationen gewesen?

Zeugin Marianne Fritzen: Also, Herr Grindel, ich bin davon überzeugt, dass es Herrn Kohl überhaupt nicht interessiert hat, ob es eine gibt oder nicht. Das weiß ich nicht. Das stelle ich mal in den Raum. Ich meine, sie musste zwar bezahlt werden, ja, aber - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Bleiben wir mal bei der Gorleben-Kommission. Da waren Sie, glaube ich, im Kreistag. Waren Sie 1991 im Kreistag, als die aufgelöst worden ist?

Zeugin Marianne Fritzen: Oh.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist ja auch egal.

Zeugin Marianne Fritzen: Das müssten Sie besser wissen. Eine Legislaturperiode habe ich ausgesetzt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Na ja, gut, ich weiß es nicht. Es ist auch für meine Frage nicht interessant, sondern interessant ist, ob nicht die Kommunalpolitik, die von den Bürgern gewählten Vertreter, viel besser durch die Gorleben-Kommission mitgenommen, informiert worden sind als ohne die Gorleben-Kommission. Ist das nicht ein Minus gewesen beim Bürgerdialog?

Zeugin Marianne Fritzen: Nein, das ist es eben nicht. Das ist ein Geheimbund gewesen. Da haben Sie nichts erfahren.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber Sie waren doch da drin in dem Geheimbund.

Zeugin Marianne Fritzen: Nein, ich war da nicht drin. Ich bin eben mal, wenn ganz wichtige - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, wenn es wichtig wurde, waren Sie dabei.

Zeugin Marianne Fritzen: Da bin ich mal mit reingegangen, aber da bin ich doch nicht Mitglied gewesen. Außerdem hätte ich gar

nichts sagen dürfen. Ich hätte es trotzdem getan - das sage ich ganz ehrlich -, aber ich hätte es gar nicht sagen dürfen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber die Protokolle sind doch veröffentlicht worden. Es sind Gutachten vorgestellt worden. Wir wissen zum Beispiel - -

Zeugin Marianne Fritzen: Aber wir hatten sie nicht. Die Bevölkerung hat sie nicht bekommen. Ich weiß noch nicht mal, ob die Ratsherren in Gorleben und in Gartow sie hatten oder nur die Vertreter in der Kommission. Aber es ist auch nicht meine Aufgabe, dem nachzugehen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir wissen aber aus den Akten, dass die Vorbereitungen auf die Gorleben-Kommission - auch auf die Hearings, die es gegeben hat - sehr akribisch gewesen sind, also sehr intensiv.

Zeugin Marianne Fritzen: Das kann sein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das hat man schon ernst genommen vonseiten der Bundesregierung.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, die haben ja auch Angst vor uns gehabt, mit Recht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, wenn es ein Geheimbund gewesen wäre, hätte man ja keine Angst haben müssen. Dann wäre das ja eher eine interne Veranstaltung gewesen. Wieso hatten die denn Angst davor?

Zeugin Marianne Fritzen: Entschuldigen Sie, sie wollten was. Sie wollten etwas, was wir nicht wollten.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was wollten die aus Ihrer Sicht?

Zeugin Marianne Fritzen: Ich wollte überhaupt kein Gorleben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, aber Sie sagten: Die wollten was. Was wollten die denn Ihrer Einschätzung nach?

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, dass wir Akzeptanz genauso schaffen, wie die es mit

ihren Geldern gemacht haben. Uns wird heute noch die Frage gestellt - und die wird wahrscheinlich hier auch noch kommen -: Ja, wie kommt es denn, dass Gorleben und Gartow immer noch so einen hohen Anteil an CDU-Stimmen haben?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Tja.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja. Fragen Sie mal den Bürgermeister Krüger. Was wird er Ihnen denn antworten? Es gibt hier vielleicht 10 oder 15 Gegner. - Ja, dann fragen wir doch mal: Warum gibt es denn die?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Frau Fritzen, aber die Gorleben-Gelder sind das eine und die Kommission das andere. Würden Sie mir zustimmen, dass man mit Kommission mehr weiß vor Ort als ohne Kommission?

Zeugin Marianne Fritzen: Ich würde Ihnen nur partiell zustimmen, weil Sie auf diese Art und Weise überhaupt etwas erfahren haben. Sie müssen sich vorstellen: Wir leben auf dem flachen Land. Wir haben einen Kreistag, einen Samtgemeinderat. Da sitzen meistens die Bürgermeister aus ihren Dörfern drin, wunderbare Menschen, die ich schätze, die wunderbar sind, um die Entwicklung ihrer Dörfer voranzutreiben. Und dass die die Entwicklung durch die Gorleben-Gelder vorantreiben konnten, ist doch klar.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber warum haben Sie denn etwas abgeschafft, wo man überhaupt etwas erfahren hat? Denn die Konsequenz ist dann ja gewesen, dass man gar nichts mehr erfahren hat. Ein bisschen was ist ja besser als gar nichts.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, aber wer hat es denn erfahren, entweder durch Indiskretion oder dass mal einer so nett war und uns trotzdem ein wichtiges Protokoll gegeben hat?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber 91 hatte die Gruppe X eine Mehrheit im Kreistag und wäre breit mit Vertretern in der Gorleben-Kommission Mitglied gewesen. Da wäre ja praktisch die BI über die Kreistagsmitgliedschaft sogar drin gewesen in der Gorleben-Kommission. Die Mitglieder waren ja festgelegt.

Zeugin Marianne Fritzen: Entschuldigung, ich habe eigentlich immer sehr stark getrennt zwischen Amt und Mandat. Solange ich Vorsitzende war, war ich da nicht drin.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, ich meine nur: „Geheimbund“ macht ja nur dann Sinn, wenn die, die darin sind, alle gleich denken.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, dann ist die CDU-Fraktion auch ein Geheimbund!)

Die Gruppe X hatte eine Mehrheit im Kreistag. Das heißt, die Kreistagsvertreter wären in der Mehrheit von der Gruppe X gewesen. Also, es wäre ja sogar nach 91 pluraler gewesen in Meinungen, die dort ausgetauscht worden wären.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, was meinen Sie denn mit Gruppe X?)

Zeugin Marianne Fritzen: Also, Herr Grindel, dann lassen Sie sich doch mal vom - - Ich weiß es nicht. Vielleicht lesen Sie das Buch von Herrn Poggendorf mal.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, den habe ich ja - -

Zeugin Marianne Fritzen: Der hat wirklich sehr akribisch - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Habe ich hier.

Zeugin Marianne Fritzen: Na ja, wunderbar.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Der schreibt ja ganz freundlich über die Gorleben-Kommission.

Zeugin Marianne Fritzen: Ich habe ja auch mit ihm eine gemeinsame Sitzung gemacht, was man mir dann übrigens auch übel genommen hat. Aber ich meine, warum soll ich nicht?

Aber ich meine, da habe ich viele Anmerkungen drin. Ich meine, natürlich schreibt er das von seiner Sichtweise, genauso wie ich von meiner Sichtweise aus hier berichte. Gibt

es überhaupt eine subjektive⁷ Auffassung, oder sind wir nicht alle irgendwie objektiv⁸ gefärbt?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich habe in dem Interview, das ich bereits angesprochen habe, unter anderem Ihre Antwort gefunden, dass Sie sagen, es gab Verantwortliche der Branche, die öffentlich sagten, die Erkundung interessiere sie nicht, das Endlager wird sowieso gebaut. Können Sie uns sagen, wen Sie damit meinen?

Zeugin Marianne Fritzen: Ich habe vorher versucht, Ihnen so ein paar Sachen aus Protokollen zu lesen. Wenn Sie die gesamten Protokolle lesen, dann können Sie eigentlich auch die Einstellung der einzelnen Leute sehen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, aber Sie sagen doch, Verantwortliche der Branche, die öffentlich sagten - -

Zeugin Marianne Fritzen: Das war DWK. Verantwortliche Branche war damals DWK und DBE.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, und wer hat das gesagt? Ich wollte ja nur wissen, wen Sie meinen.

(Dorothee Menzner (DIE LINKE):
Moment, das Fragerecht ist zu
Ende! Also, Herr Grindel, Ende ist
Ende!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das Fragerecht ist jetzt - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, ich will ja nur gerne eine Antwort.

Zeugin Marianne Fritzen: Also, Herr Grindel, ich kann Ihnen augenblicklich keinen Namen nennen. Ich habe ein Interview am Telefon gegeben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeugin Marianne Fritzen: Es ist mir sogar vorgelegt worden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, das ist doch schön.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, das ist aber nicht selbstverständlich. Ich muss das hier lobend erwähnen. Das ist heute nicht mehr selbstverständlich.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wenn ich mit der *Frankfurter Rundschau* ein Interview mache, dann würde ich es auch gerne vorher sehen wollen.

Zeugin Marianne Fritzen: Ich habe nur drei Sachen geändert darin -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Grindel, Ihr Rederecht ist jetzt abgelaufen.

Zeugin Marianne Fritzen: - macht nichts -, -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay, gut.

Zeugin Marianne Fritzen: - die ich nicht so gut fand, weil mir nämlich die *Bild am Sonntag* „die älteste Demonstrantin der Bundesrepublik“ untergeschoben hat als persönliches Zitat, -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Oh.

Zeugin Marianne Fritzen: - was ich nie gesagt habe, was aber immer wieder herauskommt. Deswegen hatte ich gebeten, diese Stelle zu ändern. Und ansonsten respektiere ich die Freiheit der Presse, es sei denn - - Was meinen Sie, was ich mich mit Herrn Grill deswegen herumgezofft habe: Aber Sie haben in der *Hannoverschen Zeitung* - - Ich sagte: Herr Grill, wenn ich jedes Mal widerrufen soll, was da steht, dann komme ich zu keiner anderen Arbeit mehr.

(Heiterkeit)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Frau Fritzen, herzlichen Dank.

Zeugin Marianne Fritzen: Tut mir leid, aber - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, alles gut. - Das Fragerecht geht jetzt an die SPD-Fraktion.

⁷ Richtigstellung der Zeugin: streiche „subjektive“, setze „objektive“, Anlage 2

⁸ Richtigstellung der Zeugin: streiche „objektiv“, setze „subjektiv“, Anlage 2

Zeugin Marianne Fritzen: Sie Ärmste!

Ute Vogt (SPD): Herzlichen Dank. - Frau Fritzen, die Bürgerinitiative hat zweimal an einer größeren Dialogveranstaltung in Hitzacker teilgenommen, und es gab am - -

Zeugin Marianne Fritzen: Nein, zwei in Lüchow, eine in Hitzacker.

Ute Vogt (SPD): Ja, okay. Aber es gab praktisch zwei ganz normale, unspektakuläre Dialoge, -

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Ute Vogt (SPD): - aus Ihrer Sicht offene Dialoge, und es gab dann die besagte Veranstaltung 27./28. Mai 83.

Zeugin Marianne Fritzen: In Hitzacker.

Ute Vogt (SPD): Das ist MAT A 19. Ich zitiere. Sie selbst haben dann auf dieser Veranstaltung deutlich gemacht:

Als wir die Einladung zu dem ersten Gespräch bekamen, haben wir feststellen müssen, daß vor dem sogenannten Abteufen der Schächte ... vorbereitende Arbeiten vergeben worden sind.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Ute Vogt (SPD): Und Sie sagen weiter:

Wir können nicht annehmen, daß hier eine Anhörung gemacht werden soll, um noch einmal zu befinden, ist der Salzstock geeignet oder nicht. Das steht unseres Erachtens längst fest ...

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, Sie waren nicht der Meinung - - Mich würde vor dem Hintergrund interessieren: Sie haben gesagt, Sie waren dialogbereit. Was heißt für Sie ein Dialog? Welchen Sinn macht ein Dialog?

Zeugin Marianne Fritzen: Ein Dialog war damals - - Das ist auch bekannt als Bürgerdialog, ist in die Geschichte eingegangen, braucht man nur im Internet einmal anzuklicken. Das war die Bereitschaft einmal der Landesregierung, auf der anderen Seite der

Bundesregierung, eine sogenannte Pressestelle einzurichten, wo wir uns schlaufragen konnten, so man uns - - Das sage ich auch: Ich bin nicht sicher, ob wir immer die richtige Antwort bekommen haben, aber wir hatten die Möglichkeit, überhaupt eine Anlaufstelle zu haben.

Was uns geärgert hat, ist eben, dass wir bei diesem ersten Treffen, wo wir noch mal vorbereiten wollten - die Herren waren alle angereist; das ist natürlich peinlich -, dann da sitzen und sagen: Tut uns leid, machen wir nicht mit, weil wir der Auffassung sind - - Wenn ich solch einen Dialog mache - - Es ging ja da die Liste - - Es sind ja fast alles Geologen gewesen, glaube ich. Dass ich das nicht abwarte und vorher schon Aufträge entweder vergebe - oder was weiß ich, was gesagt worden ist -, um diese Schachtvorbahrungen zu machen, auch im Hinblick auf das Intercity-Gespräch - ob das vorher war; ich glaube, es war vorher -, dann werde ich doch hellhörig. Wenn ich einen Schacht von 7,50 Meter baue, wo ich bloß 3 bis 4 Meter brauche, dann kann ich mir doch mit meinem reinen Menschenverstand schon vorstellen, was da gemacht werden soll. Und wenn ich heute in den Schacht fahre, sage ich Ihnen: Das ist keine Untersuchung, was da gemacht wird. Da wird ein Schacht gebaut. So, ganz krass.

Ute Vogt (SPD): Und wie würden Sie es nennen, wenn man so ein Gespräch führt, wo praktisch vorher die Entscheidung schon feststeht, so wie es damals in Hitzacker war?

Zeugin Marianne Fritzen: Also, wenn ich einen Dialog - -

Ute Vogt (SPD): Ein Dialog ist es ja nicht aus Ihrer Sicht.

Zeugin Marianne Fritzen: Nein. Wenn es ein Dialog ist, dann möchte ich doch einigermaßen vielleicht - - Gleichberechtigt kann ich nicht, weil: Ich bin kein Geologe. Ich kann mir aber die Verschiedenen anhören, was sie zu sagen haben zu dem Gebiet, was sie erforscht haben, denn sie haben ja viele Gebiete erforscht. Es ist ja nicht nur ein Quartärgeologe oder Hydrogeologe oder was weiß ich was, sondern es sind viele. Und dann möchte ich das als Bürger auch mitvollziehen können. Wenn ich ja sage und wenn ich meinen CDU... - - Nein, nicht meinen, Pardon. Aber ich habe ja früher auch mal CDU

gewählt. Wenn ich eine Partei wähle bei Wahlen, dann will ich wissen, was ich wähle.

Ute Vogt (SPD): Haben Sie den Eindruck, dass das heute anders gehandhabt wird?

Zeugin Marianne Fritzen: Entschuldigen Sie, ich habe mein Vertrauen in Politiker verloren. So einfach ist das.

Ute Vogt (SPD): Haben Sie den Eindruck, dass in Gorleben derzeit ein Dialog stattfindet?

Zeugin Marianne Fritzen: Weiß ich nicht; ich habe nichts gehört davon.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Vogt, das ist jetzt ein bisschen über unseren Untersuchungsauftrag hinausgehend.

Ute Vogt (SPD): Nein, der Kollege Grindel hat vorhin auch zu 98 gefragt.

(Sebastian Edathy (SPD): Allerdings!)

Zeugin Marianne Fritzen: Warten Sie mal, ich habe das doch mitgebracht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: 98, könnte man direkt noch sagen, das ist noch in der Vergangenheit.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist doch mehr, um die Vergangenheit besser zu verstehen!)

- Genau.

Zeugin Marianne Fritzen: Nein, Herr Grindel, es geht um die Vergangenheit, aber ich würde dringend darum bitten, nicht die gleichen Fehler zu machen, die nämlich in der Vergangenheit gemacht worden sind.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Amen!)

- Amen, ja. -

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

Wenn bei uns in jedem - na, wo ist es denn? Irgendwo muss es liegen - Haushalt diese Werbeschriften jetzt wieder kommen - hier ist sie -:

(Die Zeugin hält ein Schriftstück hoch)

„Weitererkundung des Salzstocks Gorleben“, wissen Sie, damit sind wir vor Jahren eingedeckt worden. Ich kenne viele Leute im Landkreis, die gesagt haben: Wir schicken die zurück. - Aber vermutlich sind sie im Papierkorb der Post gelandet, weil die gar nicht so viel zurückschicken können. Das finde ich unnötig ausgegebenes Geld - Nummer eins -, wo wir sparen müssen. Nummer zwei: Es steht nicht viel anderes drin als das, was wir schon kennen, teilweise uralte Bilder.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, es waren ja auch zehn Jahre Moratorium! - Gegenruf der Abg. Dorothee Menzner (DIE LINKE): Herr Grindel, Sie sind nicht dran! Halten Sie sich doch mal an die Regeln! Meine Güte!)

- Herr Grindel, es gibt auch andere Bilder vom jetzigen Zustand, auch wo gebohrt werden kann, wo gebohrt worden ist. Dass die Ansatzpunkte verschoben worden sind, wissen Sie wahrscheinlich so gut wie ich. Dass man andere Strecken aufgefahren hat, als sie im Rahmenbetriebsplan vermutlich vorgesehen waren - - Da ist ein Kollege von mir jahrelang dahinter gewesen. Langsam wird es zugegeben. Entschuldigung, da soll ich noch viel Vertrauen haben? Tut mir leid. Und das sagen Sie bitte - - Ich finde Herrn Röttgen charmant, aber das -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Immerhin!)

- immerhin, ich finde nette Männer immer nett; so ist das nicht -

(Heiterkeit)

kann sich das Innenministerium wirklich sparen. Geben Sie es lieber Frau von der Leyen; die kann besser etwas damit anfangen.

(Heiterkeit)

Ute Vogt (SPD): Danke schön. Das passt jetzt - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich bedanke mich auch. Ich finde das alles wunderbar. Ich will nur die Kollegen und auch die Zeugin darauf hinweisen - - Ich habe gestoppt.

Zeugin Marianne Fritzen: Ich habe Zeit.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. Wir ja auch alle, Frau Fritzen. Das ist auch eine schöne Unterhaltung, die wir hier so haben. Aber ich muss ein bisschen darauf achten, dass wir uns wirklich nach dem Untersuchungsauftrag richten, und der beinhaltet tatsächlich nur abgeschlossenes Regierungshandeln. Von daher wunderbar. Fahren Sie mal in dem Sinne fort.

Zeugin Marianne Fritzen: Verstanden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte schön.

Ute Vogt (SPD): Ich würde gerne noch mal auf das Jahr 1977 zurückgehen, weil Sie vorhin vermutet haben, dass der Ministerpräsident möglicherweise Gorleben gar nicht so richtig gewollt hat.

Zeugin Marianne Fritzen: Das vermute ich.

Ute Vogt (SPD): Es liegt uns ein Vermerk aus der Staatskanzlei vom 14.04.77 vor - ich zitiere aus dem Protokoll der Vernehmung von Herrn Tiggemann -, wo drinstand:

... habe Ministerpräsident Dr. Albrecht erklärt, die Entsorgungsanlage werde entweder bei Gorleben oder überhaupt nicht in Niedersachsen gebaut.

Zeugin Marianne Fritzen: Genau.

Ute Vogt (SPD): Wieso kommen Sie zu Ihrem Schluss, dass er sie möglicherweise gar nicht wollte?

Zeugin Marianne Fritzen: Na ja, das geht ja schon aus dem Satz hervor: oder sie wird gar nicht gebaut. Entweder beharre ich darauf, oder sie wird nicht gebaut. Das kann ich dem Kanzler Schmidt ruhig sagen: Entweder akzeptierst du es oder nicht. - Es ging ja auch um diesen Streit: Akzeptiert die SPD diesen Standort, den Herrn Schmidt nicht wollte, oder akzeptiert sie ihn nicht?

Ute Vogt (SPD): Das heißt, Ihr Eindruck ist, Albrecht hat da gezockt und gehofft, dass Schmidt das am Ende verhindert.

Zeugin Marianne Fritzen: Das nehme ich an. Das würde ich eventuell auch so tun.

Ute Vogt (SPD): Okay. - Ich habe noch einmal eine Frage zu dem Übergang vom nuklearen Entsorgungszentrum zum Endlager. Was würden Sie sagen: Ab welchem Zeitpunkt war der Öffentlichkeit klar, dass es nicht mehr um das NEZ geht, sondern um ein atomares Endlager? So die Jahreszahl.

Zeugin Marianne Fritzen: Entschuldigung, aber mir ist immer noch ganz klar, ob nicht doch noch im Hintergrund die Hoffnung besteht, dass man es irgendwie hinkriegt. Ich meine, ich denke bloß daran, dass man schon wieder die Enteignungsklausel reingebracht hat: Bist du nicht willig, dann brauche ich Gewalt. Das war ja rausgenommen worden. Platz ist genug da. Ich meine, wenn Sie den Grafen enteignen wollen, der das Land besitzt und die anderen nicht an die Salzrechte rankommen lässt, dann haben Sie sowohl die Salzrechte als auch das Land, und dann können spätere Generationen das NEZ weitermachen. So einfach wäre das.

Übrigens eine ganz interessante Sache, die mir aufgefallen ist. Sie wissen ja, dass nach dem Nein von Albrecht zu Gorleben später Dragahn kam. Ich habe Ihnen ja schon erzählt, wie das zustande gekommen ist. Martin Mombaur, der damals Landtagsabgeordneter war, hat sich auch mal mit dem Ministerpräsidenten unterhalten. Aber ich finde es in meinem ganzen Kram nicht so schnell. Das glaube ich auch, dass Herr Albrecht ihm gesagt hat: „Herr Mombaur, nehmen Sie es mir ab: Ich wusste noch nicht einmal, wo Dragahn liegt. Ich kann Ihnen die Namen derjenigen im Landkreis nennen, die das forciert haben und die antichambriert haben in Hannover, um das dann endlich durchzukriegen.“

Ich meine, Albrecht hat sich als Lügner in der Öffentlichkeit hinstellen lassen. Er hat sich nicht gewehrt. Von Bülow ist es mal ähnlich gegangen. Den habe ich mal in einer öffentlichen Veranstaltung als Lügner benannt. Der hat sich auch nicht gewehrt, weil er am Tag vorher gerade etwas anderes gesagt hatte.

Von daher glaube ich schon, dass er eigentlich gar keine Lust darauf hatte. Aber auch das hätte Vorgeschichte. Dann müsste man zu Kubel kommen, zur SPD-Regierung. Also, so dumm sind wir auch nicht. Auch das ist uns klar. Und den Tiggemann kenne ich auch gut; das ist meine Bibel auf dem Schreibtisch oder mein BGB oder was auch immer bei einem Juristen.

Ute Vogt (SPD): Ich wollte noch mal nach der Diskussion um die Sicherheit des Standortes und des Salzstockes fragen; denn wir haben vorhin Herrn Schnipkoweit gehört, der zu uns sagte: Bislang hat noch keiner Gorleben in Zweifel gezogen. - Er wollte uns damit sagen, es gab eigentlich niemanden von Relevanz, der ernsthafte Zweifel an Gorleben geäußert hätte. Können Sie das bestätigen?

Zeugin Marianne Fritzen: Also, dann könnte ich - - Erstens mal muss ich sagen, dass mir Herr Schnipkoweit nur dem Namen nach bekannt ist. Er ist mir sonst nicht aufgefallen in der Landesregierung.

Ute Vogt (SPD): Obwohl er der zuständige Minister war?

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, es tut mir leid, aber es war nun mal so. Ich habe vielleicht visuell noch gerade ein Bild von ihm vor Augen; das weiß ich jetzt nicht. Aber er soll doch mal die Protokolle lesen. Das ist genau das, was ich ihm vorwerfe: dass sie sich nicht die Mühe machten, das zu lesen.

Ich habe übrigens in diesem - das können Sie auch lesen - Interview gesagt, wie das zugeht. Entscheiden tun normalerweise die Fraktionsvorsitzenden, dann kommt die Parteidisziplin.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Fritzen, tut mir leid. Wir haben hier jetzt leider einen parlamentarischen Vorgang.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir haben Hammelsprung im Plenum.

Zeugin Marianne Fritzen: Gut, ich halte den Mund jetzt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, sofort wieder.

Zeugin Marianne Fritzen: Ach, Sie wollen Pause machen, oder was?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich sehe, dass die Mehrheitsfraktionen großen Wert darauf legen, dass da im Plenum teilgenommen werden kann. Ich kann das sofort nachvollziehen.

Ich unterbreche die Sitzung bis nach dem Hammelsprung. Es tut mir leid; das ist höhere Gewalt.

(Unterbrechung von 16.58 bis
17.28 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder und gebe das Wort an die SPD-Fraktion. Da gibt es noch 1.55 Minuten an Fragemöglichkeit.

Ute Vogt (SPD): Vielen Dank. - Frau Fritzen, Sie hatten vorhin in Ihrem Eingangstatement gesagt, mit Speck fängt man Mäuse, und hatten darauf hingewiesen: Fragen Sie doch mal, woher die Gorleben-Gelder kommen! - Könnten Sie uns dazu noch mal was sagen, was sich in Gorleben seit der Standortentscheidung verändert hat?

Zeugin Marianne Fritzen: Also, mit Speck fängt man Mäuse, ist ganz klar: Dass ohne finanzielle Zahlungen die Kommunalpolitiker damals - - Ich nehme mal Gorleben, Gartow, Samtgemeinde. Der Oberkreisdirektor schreibt ja auch: Wir waren ein armes Land. - Das stimmt ja auch; das waren wir auch. Das war auch für uns eigentlich immer eine Überlegung, was man machen könnte. Wir haben auch zu Recht nicht von vornherein gesagt, wir sind gegen etwas, sondern wir sind für etwas. Wir sind eine Bürgerinitiative Umweltschutz und nicht eine Bürgerinitiative gegen Kernenergie. Wir hatten damals diese Modellregion Wendland, die heute gepriesen wird. Ich kann Ihnen sagen, als das Wort „Wendland“ aufkam, da hat man uns - Herr Grill; ich kann es natürlich nicht beweisen - des Landesverrats bezichtigt, dass wir eine separate Republik haben wollen, was natürlich nie war. Aber worüber wir schon nachgedacht hatten, das war, Ware aus dem Wendland zu produzieren und zu vermarkten. Heute ist die Stadt Lüchow offiziell Lüchow/Wendland. Heute fährt jeder ins Wendland, nicht mehr nach Lüchow-Dannenberg.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die FDP-Fraktion.

Marco Buschmann (FDP): Danke schön, Frau Vorsitzende. - Schönen guten Abend, Frau Fritzen. Als jüngstes Mitglied darf ich

vorneweg sagen, dass ich ganz beeindruckt bin, mit welcher Energie und Leidenschaft Sie hier nach wie vor für Ihre Ziele eintreten.

Weil ich hier auch jüngstes Mitglied bin, muss ich noch mal beim Beginn Ihres Vortrags nachhaken, weil mir das noch nicht so ganz geläufig ist. Ursprünglich hatte ich, als ich in den Ausschuss kam, mal die Vorstellung, da ist irgendwas passiert, da wollte man also dieses Endlager machen, dann gab es sachliche Bedenken, und daraufhin hat sich eine Bürgerinitiative gegründet. Es war ja anders.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Marco Buschmann (FDP): Sie haben gesagt, zuerst gab es eine Bürgerinitiative gegen den Kernkraftwerksstandort in Langendorf.

Zeugin Marianne Fritzen: Richtig.

Marco Buschmann (FDP): Anfang der 70er-Jahre.

Zeugin Marianne Fritzen: 1973.

Marco Buschmann (FDP): 73. Und dann hat man festgestellt, das sollte da nicht verwirklicht werden. Dann hat man, Sie haben gesagt: umgeschaltet über Nacht und hat sich gegen das nukleare Entsorgungszentrum gewandt.

Zeugin Marianne Fritzen: Nein, das waren wir. Wir haben umgeschaltet.

Marco Buschmann (FDP): Ja, ja, das meine ich, genau. Die Bürgerinitiative hat dann quasi über Nacht - - Sie haben diese Informationen bekommen und gesagt: Okay, jetzt sind wir nicht mehr gegen das Atomkraftwerk, jetzt arbeiten wir gegen das NEZ.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Marco Buschmann (FDP): Sie haben dann gesagt, dabei spielte der Salzstock eigentlich noch gar keine Rolle. Das hat Sie eigentlich gar nicht so richtig interessiert.

Zeugin Marianne Fritzen: Nein, weil - - Erst einmal: Wir haben umgeschaltet. Ich habe ja gesagt, 73/74 - ich glaube, Ende Januar 74 - hat der Gemeinderat in Langen-

dorf damals abgestimmt. Es waren früher drei Standorte vorgesehen, direkt also im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Der eine ist weggenommen worden. Der zweite, das hat, glaube ich, der NABU wegen - - Der ist als Vogelschutzgebiet nicht mehr zur Sprache gekommen, und eines reichte.

Natürlich: Ein Atomkraftwerk baue ich - - Es sollte ja außendeichs an der Elbe gebaut werden. Die Wiesen außendeichs sind nichts wert, also vom Ertrag. Da haben sich die Bauern natürlich eine Einnahmequelle versprochen. Die haben sie ja auch bekommen, leider nicht zum gleichen Preis wie die andere in Gorleben. Im Gegenteil: Sie haben durch unsere Dummheit eigentlich noch mehr bekommen, aber ich gönne es den Bauern; so ist es nicht.

Nur, wir waren ja fixiert auf die Funktionsweise eines Atomkraftwerks: Was passiert da drin? Was kommt da raus? Wie ist der Pfad da für die Umwelt?

Marco Buschmann (FDP): Okay.

Zeugin Marianne Fritzen: Als wir im November 76 dann erfahren haben, es könnte auch der Standort Lüchow-Dannenberg werden - - Ich meine, ich hatte ja in den ganzen Jahren ein Netzwerk aufgebaut. Ich war da nicht Vorsitzende, weil wir keinen Verein hatten, aber ich habe ein Netzwerk aufgebaut. Ich habe mit anderen Bürgerinitiativen zusammengearbeitet und habe mich bei denen schlaugefragt, zum Beispiel die anderen Standorte, so wie Lichtenmoor, Lutterloh, die Bürgerinitiative in Uelzen. Da mussten wir natürlich auch umschalten: Was ist denn das, was da auf uns zukommt?

Marco Buschmann (FDP): Welche - -

Zeugin Marianne Fritzen: Und jetzt kommt das NEZ. Beim NEZ war Wiederaufarbeitung, also Abscheiden, Brennelementherstellung, neue - - Nein, erst mal Brennelemente, dann neu herstellen, was nachher die MOX sind. Dann bleibt am Ende nicht mehr viel übrig, und das machen wir dann in den Salzstock. Da gab es auch so wunderschöne Zeichnungen.

Marco Buschmann (FDP): Aber bei der NEZ - das hatten Sie vorhin bei einer Bemerkung gesagt - spielte der Salzstock erst mal

für dieses NEZ-Konzept und auch für Ihren Widerstand gar nicht so die große Rolle.

Zeugin Marianne Fritzen: Nein.

Marco Buschmann (FDP): Sie haben sich natürlich gegen die Wiederaufbereitung gewehrt.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, ich muss im Nachhinein sagen, es war falsch. Aber man lernt ja auch. Nur, diesen ganzen Komplex können Sie als Bürgerinitiative - - Man müsste fragen: Was ist denn eine Bürgerinitiative? Es sind ein paar Leute, die arbeiten, und es sind Mitglieder, die zahlen oder auch nicht. Im Nachhinein sage ich mir, wir haben vielleicht am Anfang einen zu großen Wert auf die Wiederaufbereitung gelegt, was allerdings wieder zur Folge hatte, dass die Bauern sofort die Wiederaufbereitung aufgegriffen haben und 79 den großen Treck nach Hannover gemacht haben, der letztendlich Albrecht dann dazu gebracht hat, zu sagen: Wiederaufbereitungsanlage technisch machbar, politisch nicht durchsetzbar.

Marco Buschmann (FDP): Ja, aber könnte man da nicht den Eindruck gewinnen, wenn man sich diesen Ablauf anschaut - - Erst hat man gehört, es soll ein AKW errichtet werden, man richtet sich dagegen. Dann gibt es das AKW nicht mehr, und es soll ein NEZ errichtet werden. Dann richtet man sich dagegen. Dann bleibt von diesem NEZ quasi kaum etwas übrig, nämlich nur noch das „Salzstock-Projekt“. Dann wendet man sich dagegen, möglicherweise das auch schon jeweils zu einem Zeitpunkt, als man sich noch gar nicht sachlich damit beschäftigen konnte. Ich hatte vom zeitlichen Ablauf den Eindruck, dass Sie die Entscheidung, dass Sie sich gegen das Projekt wenden, am Anfang getroffen haben und sich dann die Argumente gesucht haben.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Ganz schön frech!)

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, natürlich. Wir müssen ja die Argumente nach und nach suchen. Wir müssen doch sehen - - Wir sind ja Laien. Ich habe, bitte schön, eine Reihe Kinder großgezogen, ich habe ein Haus, ich habe drei Leute, die bei mir zu Hause gestorben sind, die ich bis zum Schluss gepflegt habe - nicht ermordet, sondern ge-

pflegt -, und alles andere war Nacharbeit, in dem Moment, wo ich angefangen habe mit der BI.

Marco Buschmann (FDP): Das ist kein Vorwurf, Frau Fritzen, nur dass ich im Kopf die Chronologie - -

Zeugin Marianne Fritzen: Die kann man überall nachlesen. Sie brauchen bloß ins Internet zu klicken heute. Das ist so einfach.

Marco Buschmann (FDP): Das ist ja das Fantastische bei dem Ausschuss, dass wir sozusagen mit den Zeitzeugen direkt sprechen können. Also das war kein Angriff, sondern ich versuche es erst mal, im Kopf auseinanderzubekommen, wie der Ablauf der Aufstellung, der Organisation der Bürgerinitiative war.

Also, Sie haben dann aufs NEZ umgeschaltet. Dann war das NEZ, weil Albrecht gesagt hat, das machen wir nicht, weg, und dann sozusagen beschäftigte sich man mit dem Salzstock.

Zeugin Marianne Fritzen: Nein. Entschuldigung, wenn ich dazwischenrede.

Marco Buschmann (FDP): Bitte.

Zeugin Marianne Fritzen: Weil wir uns dann nämlich mit der ganzen Anlage in Dragahn beschäftigen mussten. Herr Albrecht hat gesagt - schriftlich haben das, glaube ich, die Ratsherren in Gartow -, es soll im Landkreis Lüchow-Dannenberg keine Wiederaufbereitung geben.

Übrigens: Dass es kein Atomkraftwerk gibt, muss ich auch sagen: dank Albrecht. Das kann ich auch nicht belegen, aber Albrecht hat gesagt: Das ist den Bürgern zu viel zugemutet, ein Atomkraftwerk *und* ein NEZ. - Wobei ich persönlich noch einen anderen Hintergedanken habe: Das NEZ hätte sehr viel Strom gebraucht, und da hätte sich ein AKW ja angeboten. Aber bitte, das sind Spekulationen von mir; die kann ich nirgends beweisen. Bloß ich denke ja auch weiter als nur heute Morgen oder gestern. Das ist das eine.

Aber wir waren dann nachher - - Wir hatten völlig wieder neu aufzubauen in Dragahn, und wie Dragahn entstanden ist, das wissen wir ja nun definitiv.

Marco Buschmann (FDP): Darf ich noch mal auf einen Satz zurückkommen, -

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, bitte.

Marco Buschmann (FDP): - den Sie auch zu Beginn Ihrer Ausführungen gesagt haben. Sie haben gesagt, ein Satz, hinter dem sich auch Widerstand versammelt hat, war: Unser schöner Landkreis darf nicht kaputtgemacht werden, -

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Marco Buschmann (FDP): - also insbesondere bei den Bauern im - -

Zeugin Marianne Fritzen: Nein, das war der Bürgermeister. Der Bürgermeister Kantelberg. Ach, Leute, es gibt ja noch so viel, was ich erzählen könnte.

Marco Buschmann (FDP): Ja, ja, das ist eben so.

Zeugin Marianne Fritzen: Nein, weil mir Kantelberg jetzt einfällt. Das war Bürgermeister Kantelberg in Gorleben. Als wir da durchkamen, hat er eine kurze Rede gehalten und hat gesagt: Unser schöner Landkreis darf nicht verschandelt werden oder kaputtgemacht werden; „verschandelt“ hat er, glaube ich, gesagt.

Marco Buschmann (FDP): Nun ist es ja so: Wir versuchen, herauszubekommen: Ist - ich sage es mal ganz untechnisch - Schmutz betrieben worden? Sind Gefahren ignoriert worden? Jetzt interessiert mich natürlich: In welchem Verhältnis steht denn dieser Satz „Unser schöner Landkreis...“? Das betrifft ja mehr, ich sage es jetzt mal platt, Ästhetik an der Oberfläche. Da sind schöne Wiesen, da sind schöne Felder, da sind schöne Wälder. Die sollen nicht kaputtgemacht werden. Das hat ja erst mal nichts mit dem zu tun, womit wir uns hier beschäftigen, nämlich mit der Frage, ob da wirklich sicherheitsrelevante Fakten verdrängt worden sind. Also kann es sein, dass vielleicht auch ein Teil des Widerstandes gar nicht hervorgerufen wurde durch objektive oder meinetwegen auch subjektive Sicherheitsbedenken, sondern weil man sich einfach so eine Anlage nicht gewünscht hat in einem ländlich strukturierten Kreis?

Zeugin Marianne Fritzen: Na ja, es gab ja lange vorher schon die Diskussion um den Entsorgungspark, wie er genannt wurde - er wurde früher ja nicht nukleares Entsorgungszentrum genannt -, was ja auch wieder semantisch zu untersuchen wäre, was das ist. Das steht in der Zeitung. Natürlich lesen die Leute genauso die Zeitung, wie wir sie lesen, aber man stellt sich darunter ja nicht wirklich vor, was es ist. Also insofern: Man wusste, es ist eine große Anlage, das ist gefährlich, und deswegen wollen wir die nicht haben. Sonst wären die Buhrufe am 22. Februar 1977 nicht gekommen, als die Bauern da getagt haben.

Es hat eine ganze Weile gedauert, bis die Akzeptanz auch bei den Politikern geschaffen war, und die wurde geschaffen durch die sogenannten Gorleben-Gelder, die man ihnen dann - - Das ist auch ein Ausspruch, den ich irgendwo auf Band habe, von dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, von Herrn Wohler, der dann mal gesagt hat: Na, hätten wir nichts verlangt, dann hätten Sie mit uns gemeutert, haben wir was verlangt, meutern Sie auch mit uns.

Ich meine, ein Landstrich, der arm ist und der wirklich das Armenhaus der Bundesrepublik war, mit wenig Leuten, keinen Arbeitsplätzen - - Im Grunde genommen kann man es ihnen ja nicht verdenken, dass sie sagen: Wir greifen zu. - Bloß diese Begehrlichkeit, immer mehr und immer mehr, und das über Jahre und Jahre - - Unsere Kreispolitik ist daran kaputtgegangen. Ich weiß nicht, wie die überhaupt jemals noch mal zu flicken sein wird.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht hat jetzt wieder die Linke.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Frau Fritzen, Sie haben vorhin mit einem Halbsatz die Waldbrände 1975 erwähnt. Ich war damals noch ein relativ kleines Kind. Ich erinnere mich: Das war ein sehr, sehr heißer Sommer, und es gab eine ganze Reihe von Waldbränden und Heidebränden.

Zeugin Marianne Fritzen: Drei Standorte.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich habe am Wochenende noch mal in diesem Buch nachgelesen, wo Sie in einem Interview

auch sagen - sinngemäß -: Seltsamerweise brannte es an drei möglichen Endlagerstandorten.

Zeugin Marianne Fritzen: Richtig.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Könnten Sie noch mal ein bisschen ausführen, wie Sie das damals erlebt haben? Das war ja noch vor der Benennung von Gorleben.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, das war 75. Ich persönlich habe ihn nicht erlebt, weil ich zwei Tage vorher nach Paris gefahren bin, gar nicht da war. Aber ich weiß, ich habe in ... (akustisch unverständlich)⁹ übernachtet, und als ich abends zu Hause anrief, sagte mein Mann zu mir: Wir haben einen furchtbaren Waldbrand. - Wir wohnen doch immerhin 17, 20 Kilometer von da entfernt. Diesen Waldbrand konnte man bis in unser Haus sehen, denn meine Tochter wollte fliehen, obwohl sie noch so klein war.

Interessant war, dass es ausgerechnet an den Standorten war, wo ein NEZ vorgesehen war. Kann hypothetisch sein, kann gezielt gewesen sein. Kann ich nicht sagen. Aber ich weiß, dass damals bei der Untersuchung der Brandmeister - und der hat auch immer dazu gestanden - gesagt hat: Wir haben Brandnester gefunden. - Also es war nicht von der Natur, weil es so heiß war, sondern es ist Feuer gelegt worden. Nur, wer Feuer gelegt hat, das wird man Ihnen natürlich nicht erzählen; das weiß ich auch nicht. Das sind die Vermutungen dann.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber Sie haben schon von Feuerwehrleuten oder Fachleuten die Aussage gehört, -

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): - das ist jetzt nicht einfach mal durch die Hitze entstanden?

Zeugin Marianne Fritzen: Nein, nein.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Des Weiteren würde ich Sie gerne fragen: Es ist jetzt dieses Jahr oder Ende letzten Jahres noch mal in der breiten Öffentlichkeit bekannter geworden, dass es möglicherweise

eine Gasproblematik gibt, dass auch offensichtlich das niedersächsische Kabinett das wusste und dass es 1969 auf der östlichen Seite des Salzstocks, also in der damaligen DDR, auch zu einem größeren Unfall gekommen ist.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wussten Sie als Bürgerinitiative das? Hatten da Einwohner Kenntnis? Sind da in den 70er-/80er-Jahren Fragen gestellt worden? Wie haben Sie den Umgang mit dieser Problematik erlebt, vonseiten der Politik, der Verantwortlichen oder der Wissenschaftler?

Zeugin Marianne Fritzen: Die Leute, die in der Gegend um Vietze gewohnt haben, also auf der anderen Seite der Elbe, auf dieser Seite der Elbe, haben die Detonationen eigentlich mitbekommen und haben immer wieder - - Herr Pfeiffer(?) - leider auch tot - hat immer wieder, auch bei den Anhörungen, darauf aufmerksam gemacht. Aber darauf wird dann keine Rücksicht - - Das ist das, was „vertuschen“ oder so heißt. Man übergeht so etwas.

Dass also schon 1928 eine Ölbohrung stattgefunden hat, das habe ich auch noch in diesem neuen Buch „Zeitenwende - Wendezeiten“ gelesen, das jetzt gerade zu Weihnachten herausgekommen ist, also vom Landkreis, was so in den letzten 125 - 125 sind es, glaube ich - Jahren passiert ist. Das war natürlich für mich - - Ich sehe das: Das kann doch nicht wahr sein.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also Ihnen ist nichts bekannt, dass das zum Beispiel mal genauer untersucht wurde, obwohl in der Kabinettsvorlage - ich kann gleich die MAT-Nummer noch mal nachreichen, aber das ist dieses berühmte Dokument, was uns Herr Tiggemann hier vorgelegt hat - eindeutig steht, dass das ein Problem sein könnte und man diesem Problem nachgehen müsste? Ihnen ist nichts bekannt, dass irgendwie mal intensiver nach dieser Kohlenwasserstoff- bzw. Gasproblematik untersucht wurde?

Zeugin Marianne Fritzen: Also, ich weiß nur, dass man Gasblasen angetroffen hat. So etwas können Sie in der Zeitung auch mal lesen. Das sind die Sachen, die immer her-

⁹ Ergänzung der Zeugin: streiche „(akustisch unverständlich)“, setze „Bonn“, Anlage 2

untergespielt worden sind: Es spielt keine Rolle. Da ist kein Wasser, das fließt; es ist eine alte Lauge. Das ist eingeschlossenes Wasser in einem Salzstock, das noch von was weiß ich wie vielen Jahrtausenden oder Jahrmillionen drin ist. Gas auch. Aber wir wissen ja auch, dass Gesteinsarten, und wir haben ja verschiedene Gesteinsarten, diffundieren und dass da auch mal Sachen rauskommen. Wir haben ja die Asse vor Augen. Die wurde uns ja auch immer als das Non-plus-ultra verkauft.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Da bringen Sie mich auf eine Frage. Sie waren ja - genau, wie ich annehme, wie die allermeisten Mitglieder der Bürgerinitiative - am Anfang fachliche Laien.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja. Ich wusste gar nichts.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Sie hatten, sage ich mal, von Geologie und Salzstöcken wahrscheinlich nicht übermäßig viel Ahnung. Wem konnten Sie damals als Person oder auch als Bürgerinitiative trauen, wenn Sie nicht der Politik trauen konnten, wo und wie haben Sie sich als Laien dieses umfangreiche Wissen angeeignet? Weil es waren ja auch immer umstrittene Fachmeinungen.

Zeugin Marianne Fritzen: Natürlich.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Der eine Wissenschaftler hat dieses und der andere hat das Gegenteil gesagt. Wie muss man sich das vorstellen?

Zeugin Marianne Fritzen: Ich habe es hier extra noch mal kopiert aus dem 83er, was heute ja nun so oft angesprochen wurde, widersprüchliche Meinungen, Gegenmeinungen usw. Die sind alle hier oben schön - - Wenn Sie jemanden haben, dann dürfen Sie es haben; dann brauchen Sie es nicht mehr zu schleppen.

Was wir gemacht haben? Ich kann Ihnen sagen: Als wir uns das allererste Mal 1973 zusammengesetzt haben gegen das Atomkraftwerk in Langendorf, da haben wir überlegt: Ja, was haben wir eigentlich dagegen? Wir wollen es nicht. Wir wussten irgendwie diffus, das ist nicht gut, und haben uns dann selber miteinander - - Wir waren ja fast alle im BUND oder im Naturkundeverein, also

Naturfreunde, naturverbundene Menschen, und haben uns dann natürlich überlegt: Ja, warum sind wir dagegen? Wir kamen dann - es gab Bücher genug, die man lesen konnte - auf den Pfad: Radioaktivität setzt sich nieder - ich sage es jetzt mal genauso laienhaft, wie wir es gelernt haben - durch die Luft auf das Gras. Die Kuh frisst das Gras. Die gibt Milch. Die Milch trinken wir. Das Fleisch essen wir. Also diese ganz einfachen Sachen.

Mit Politikern? Ja, ich weiß nicht, mit was für Politikern wir hätten sprechen sollen. Die paar, die wir dann in Gorleben und in Gartow hatten, haben sich damals nicht darum gekümmert in Langendorf beim Atomkraftwerk. Die Bauern waren arm, die wollten Geld sehen, die wollten was verkaufen, zumal - jetzt sage ich es doch; ich wollte es vorher nicht sagen - der damalige Pastor von Langendorf da eine sehr unrühmliche Rolle gespielt hat, die ihm inzwischen sehr, sehr viele schlaflose Nächte eingebracht hat. Er ist heute oder schon lange einer der wirklich schlimmsten Verfechter des Nichtbaus. Wir sind ja auch in die Sitzungen gegangen. Der konnte das überhaupt nicht begreifen.

Seine Umkehr - das steht aber, glaube ich, in dem Buch drin -: Wie ist er dazu gekommen, vom Befürworter zum Gegner zu werden? Er hat in einem Fernsehinterview - das muss es auch noch geben - auf die Frage hin, wie diese Konversion gekommen ist, gesagt, er war eingeladen zur Einweihung des neuen Infohauses in Gorleben. Da hing eine Tafel, und da waren Fotos - ich weiß es nicht; ich habe sie nicht gesehen - von Demonstranten. Brokdorf spielte damals ja eine Rolle. Da wurden immer wüste Fotos hingehängt. - Übrigens: So wurde ursprünglich auch die Polizei indoktriniert, ganz am Anfang. - Er fragte: „Was ist denn das?“, ganz harmlos. Da hat man ihm geantwortet: Die hat man leider auch vergessen zu vergessen. - Sein wörtliches Zitat. Daraufhin ist er raus und hat gesagt: Wo bin ich hier eigentlich gelandet?

Er ist seither wirklich ein ganz dezidiertes Gegenstück. Ich bin einmal mit ihm - schon lange her - nach Spandau zu einer Abendveranstaltung zu einer Kirche mit meinem Auto gefahren. Er fuhr und sagte unterwegs zu mir: Frau Fritzen, ich werde nie diesen ersten Abend vergessen, als wir uns in Langendorf getroffen haben. - Da war auch irgendeine Bemerkung, die er machte. Mein Mann, der ja manchmal ein bisschen sehr aggressiv

wurde, schrie bloß: Na, Sie sind ja ein schönes Gottesmann. - Daraufhin hätten sie uns beinahe gelyncht. Den Satz hat er nicht vergessen. Er sagte an dem Abend im Auto zu mir: Das werde ich nie vergessen, als Ihr Mann mir das gesagt hat.

Für ihn war die Konversion allerdings: Die hat man vergessen zu vergasen. - Und das ist in einem öffentlichen Interview.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Fritzen, das ist sehr eindrucksvoll, was Sie uns sagen, und kaum zu fassen. - Das Fragerecht geht jetzt an Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Frau Fritzen, ich möchte noch mal zu dem Punkt „Umgang mit der Öffentlichkeit, Information der Öffentlichkeit“ kommen, weil ich den Eindruck habe, dass zu Beginn der Befragung von den Fragenden - von Frau Flachsbarth und auch von Herrn Grindel - nicht verstanden wurde, was Sie eigentlich zu kritisieren hatten an dem Umgang mit der Öffentlichkeit oder wo Sie meinen, noch zu Recht eine Klage führen zu müssen.

Ich will da auch an dem einen Punkt anfangen, der von Herrn Grindel eingebracht wurde, dieses Gutachten, von dem dann - ich glaube, es war Herr zur Horst - sagte, es wäre wünschenswert, es zu veröffentlichen. Hat Herr zur Horst denn dann dafür gesorgt, dass es veröffentlicht wurde?

Zeugin Marianne Fritzen: Das weiß ich nicht mehr. Ich hatte zu Herrn zur Horst eigentlich ein ganz nettes Verhältnis. Er ist viel mit dem Fahrrad gefahren. Na ja, er liebte die Natur genauso wie ich. Man begegnete sich. Ich sage ja, ich habe keine Probleme, auch mit dem Gegner umzugehen. Ich habe auch keine Probleme, hier mit der CDU umzugehen, obwohl ich sie heute eigentlich nicht mehr wählen würde. Aber das hat andere Gründe. Ich finde, man muss immerhin noch versuchen, irgendwie menschlich miteinander auszukommen. Das haben wir versucht. Herr Meyer zum Beispiel ist vielleicht auch ein Begriff, der langjährige Pressereferent der DBE. Ja, Endlager. Ach, DBE, LBG, und wie sie alle heißen, diese Abkürzungen. Das ist genauso. Was meinen Sie, wie oft er bei mir zu Hause gesessen hat, mitunter heulend, weil er auch am Anfang eben seine Schwierigkeiten hatte? Aber menschlich

auch wieder verständlich. Der Mann hat studiert. Er hat mit seinem Studium, mit dem, was er gemacht hatte, keine Arbeit bekommen und war abhängig von seiner Frau, die Lehrerin war. Jetzt kommt da so eine große Baustelle. Ich habe die Gelegenheit, da zu arbeiten, und arbeite da.

Gut, man kann es verwerfen oder man kann es nicht verwerfen. Aber mit diesen Leuten spricht man auch, und da erfährt man auch - - Gruppen, die zu mir kamen von außerhalb, habe ich immer erst in das Infohaus geschickt und gesagt: Dann kommt ihr anschließend zu mir. Dann können wir uns darüber unterhalten. - Ach, Herr Meyer hat gesagt: Wenn Frau Fritzen jetzt gehört hätte, was ich Ihnen sage, die würde sich totlachen. - Die verkaufen ihre Arbeit, weil sie das müssen. Sie wissen ja oft gar nicht, wie sie innerlich stehen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich noch mal die Gorleben-Kommission erwähnen? Wurde über die Gorleben-Kommission - ich meine, das war ja eigentlich der Sinn der Sache, dass da eine Information stattfindet - die Öffentlichkeit informiert?

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, die Öffentlichkeit wurde laut Gorleben-Kommission dadurch informiert, dass ein Vertreter der *Elbe-Jeetzell-Zeitung* dabeigesessen hat, unterrichtet hat.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben sich nicht informiert gefühlt? Abgesehen von den zwei Malen, die Sie selbst dabei waren, haben Sie sich über diese Kommission - -

Zeugin Marianne Fritzen: Also, wenn mich etwas interessiert hat, bin ich hin, und wenn wir uns auf den Boden gesetzt haben. Wir sind immer reingekommen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie ging das, dass man reinkam?

Zeugin Marianne Fritzen: Bitte?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie ist man da reingekommen?

Zeugin Marianne Fritzen: Ich erinnere mich an einen Besuch von Ministerpräsident Albrecht bei den Bauern in Trebel. Das waren also nur geladene Bauern. Die Polizei stand draußen. Die Bauern standen auch da mit ihren Treckern. Nicht so wie heute; damals waren es vier, fünf. Ich wollte aber auch hören, was er sagt, und dann wollte ich rein. Da sagte der Polizist: Das dürfen Sie nicht. Das ist eine geschlossene Gesellschaft. - Ich sagte: Ich bin aber auch Gesellschaft. Ich bin auch Bürger dieses Landkreises. - Dann haben wir uns erst unterhalten. Ich fragte: Was sagen Sie dazu? - Da bekam ich die schöne Antwort: Ach, wissen Sie, mein Sohn ist dafür, meine Frau dagegen - oder umgekehrt -, und ich bin Polizist. - Und dann bin ich vorbei, bin rein, habe mich da hingesetzt und habe mir das angehört, was er erzählt. Da hat mich auch keiner rausgeschmissen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben also sozusagen die Regeln übertreten, die da aufgestellt wurden, -

Zeugin Marianne Fritzen: Wenn Sie so wollen, ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und haben sich da wider das Verbot hineinbegeben.

Zeugin Marianne Fritzen: Ich lasse mir doch nicht verbieten, wo ich hingehe.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie, Frau Fritzen, eigentlich das Gefühl gehabt, dass die Hinweise, die die BI dann auf die Probleme gegeben hat, nachdem sie sich damit befasst hat, angehört wurden und - was wichtiger ist - dann auch ernst genommen wurden?

Zeugin Marianne Fritzen: Welche Hinweise jetzt?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sich ja - -

Zeugin Marianne Fritzen: Ich fange jetzt nämlich so langsam an - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. - Sie haben sich ja inhalt-

lich stark mit diesen ganzen Dingen befasst. Sie haben - -

Zeugin Marianne Fritzen: Gelesen, gelesen, gelesen, gelesen und nicht geschlafen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und dann haben Sie zum Beispiel dem Herrn Baum geschrieben, Sie haben dem Herrn Matting geschrieben. Sie wurden also angehört. Aber hatten Sie auch das Gefühl, dass man das ernst nimmt, dass man darauf eingeht, auf die Probleme, die Sie aufzeigen?

Zeugin Marianne Fritzen: Herr Baum hat es bestimmt ernst genommen; davon gehe ich schon aus. Bei Herrn zur Horst war es ja wahrscheinlich ein so ähnliches Verhältnis wie bei Herrn Matting. Man ist Ministerialbeamter und tut seine Pflicht und seine Loyalität dem Arbeitgeber gegenüber, ganz egal, wie er heißt und was er ist. Ich muss jetzt noch mal sagen: Die CDU war der treibende Grill bei uns im Landkreis. Die FDP war dagegen, Busches waren dagegen. Die SPD war am Anfang dafür, ist nach Tschernobyl dagegen gewesen. Da sind ja auch ganz viele ausgetreten. Die Grünen waren dann, als sie so weit waren, sowieso dagegen.

Die Unabhängige Wählergemeinschaft war dagegen. Die Unabhängige Wählergemeinschaft war die Erste, die da war, und zwar Leute aus allen Parteien. Zum Beispiel war Andreas von Bernstorff CDU. Er ist dann aus der Partei, aus der CDU, ausgetreten, weil er Unabhängige Wählergemeinschaft war. Fritz von Blotnitz war auch CDU. Der hat gesagt: Die sollen mich rauschmeißen; freiwillig gehe ich nicht.

Das sind ja Prozesse, die im Menschen auch ablaufen. Ich glaube schon, wenn ich das höre, wenn ein Hauff in einer öffentlichen Veranstaltung sagt: „Auch ich habe kein Hurra-Verhältnis zu dieser Technologie“, dann nehme ich das ernst, und dann muss ich gucken, muss ich die Leute suchen. Ich habe nie mit Herrn Schmidt gesprochen, obwohl er im Landkreis war. Ich habe nie mit Herrn Kohl gesprochen, obwohl ich ihn im Landkreis gesehen habe. Aber ich war nicht eingeladen, dieser Kreis hat mich letztendlich nicht interessiert, denn das ist ja sowieso: Um Akzeptanz zu schaffen, komme ich und streiche mal schön.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Meine Fragezeit ist vorbei.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Vielen Dank, Frau Fritzen.

Wir sind jetzt am Ende der ersten Berliner Runde, glaube ich. Dann machen wir gerne mit der zweiten weiter. Das Fragerecht ist bei der CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich habe nur einen kurzen Punkt, Frau Fritzen, vielleicht auch - das räume ich ein - für das Protokoll; aber vielleicht ist es auch nicht ganz uninteressant. Es geht um diese Frage - weil das in der Tat nicht unwesentlich ist - der Schachtbohrungen und um die Frage der Ausmaße, weil Sie ja gesagt haben, da werden schon Maßnahmen vorweggenommen für ein Endlager, aber nicht für eine Erkundung.

Zeugin Marianne Fritzen: Richtig.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wie Sie sich denken können, haben wir das Thema hier auch schon verschiedentlich problematisiert.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich würde Ihnen gerne das vorhalten, was Herr Rösel, der frühere Vizepräsident des Bundesamtes für Strahlenschutz - meine Mitarbeiter glauben, dass Sie den auch kennen -, den wir als Sachverständigen hier eingeladen haben - - Bitte? Henning Rösel.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, ich habe viele, mit denen ich nicht so direkt zu tun hatte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist nicht der Punkt. Aber jedenfalls ein Mann, von dem zumindest ich glaube, dass er Ahnung und Kenntnisse hat.

Er hat in der 7. Sitzung, nachzulesen in unserem Protokoll auf Seite 13 in der linken Spalte, zu genau dieser Problematik gesagt:

Wir haben die Frage diskutiert, einen geringeren Durchmesser zu nehmen, um auch nach außen die Vorläufigkeit zu dokumentieren, und sind dann aus bergsicherheitlichen

Erwägungen zu der Überzeugung gelangt, dass das nicht geht. Ich kann nicht einen Schacht im Gefrierverfahren abteufen, ihn mit einem vorläufigen Ausbau versehen und ihn zu einem späteren Zeitpunkt, der ja zum Teil Jahrzehnte später liegen kann, wieder einfrieren und aufweiten, -

Zeugin Marianne Fritzen: Richtig, den kenne ich, den Ausspruch.

Reinhard Grindel (CDU/CSU):

- um ihn dann neu auszubauen.

Räumen Sie zumindest ein, dass sich das hören lässt, dass man also sagen kann: Gut, da gibt es zumindest Geologen, Experten, die sagen - - Er hat in seiner Sachverständigenanhörung bei uns ja auch darauf hingewiesen, man habe das diskutiert, gerade um nicht falsche Zeichen zu setzen. Dass Sie auch einräumen, dass Sie sagen: Na gut, die Geologen sagen das so - ich bin auch nicht vom Fach -, dass man aber sagt: „Gut, diese Position kann man einnehmen, dass das möglicherweise wirklich aus geologischen Gründen genau so sein muss“?

Zeugin Marianne Fritzen: Also, sie wäre nachvollziehbar - sage ich vorsichtig -, die Überlegung. Aber ich glaube, das war nicht die Überlegung. Die Überlegung ist meines Erachtens: Sie wollen den Salzstock als Endlager. Herr Grindel, sie brauchen ihn. Sie wissen genau, wenn die heute aufhören, müssen alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden, weil es nur eine Entsorgungsvorsorge ist auf dem Papier. Und das ist das ganze Dilemma in diesen Jahrzehnten gewesen. Ich frage mich heute, wenn es heißt, Moratorium aufheben, verlängerte Laufzeiten: Wir wissen heute nicht, wohin mit dem Müll. Wissen wir denn in 12, 15 Jahren, wohin mit dem Müll?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay, keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es weitere Fragen von der CDU/CSU-Fraktion? - Herr Monstadt.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Danke sehr, Frau Vorsitzende. - Frau Fritzen, ich

habe noch zwei Nachfragen bei Themen, die ich vorhin nicht verstanden habe.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Sie haben vorhin davon gesprochen, als der Begriff „Öffentlichkeit“ diskutiert wurde, dass Sie sich selbst - so habe ich das jedenfalls verstanden - als nicht normale Öffentlichkeit bezeichnet haben. Könnten Sie mir erläutern, was Sie damit gemeint haben?

Zeugin Marianne Fritzen: Ich habe mich nicht als normale Öffentlichkeit - -

(Dorothee Menzner (DIE LINKE):
Kommunale Mandatsträgerin!)

Also, normale Öffentlichkeit für mich ist der Bürger im Landkreis, der seine Zeitung liest, etwas verfolgt und sich seine Gedanken darüber macht. Ich glaube, ich kann da nicht ganz angesprochen werden, weil ich mich wirklich bemüht habe, zumindest das, wogegen ich bin, zu verstehen, warum ich dagegen bin. Es hätte ja auch anders werden könne. Es hätte auch werden können, dass ich sage: Okay, wunderbar. Wir haben eine billige - - Das wussten wir aber, dass diese Technik nicht billig ist, dass das also auch so ein Bonmot war: Sie ist billig. Wer hat sie denn bezahlt bis heute? Und wer hat bis heute den Profit davon? Doch bestimmt nicht der Steuerzahler.

Wenn ich heute - - Das ist auch etwas, sage ich immer, was mich etwas ärgerlich macht, das mit den erneuerbaren Energien, dass man da die Subventionen - - Jetzt hatten wir endlich Subventionen. Wir haben wahnsinnig viele Sonnenkollektoren auf unseren Dächern. Wir haben Windräder. Der eine mag sie und der andere nicht; das ist eine andere Frage. Da kann man noch so viel machen. Da könnten wir den armen Ländern helfen und nicht mit einem Atomkraftwerk.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut, jetzt habe ich zumindest verstanden, was Sie gemeint haben.

Zeugin Marianne Fritzen: Gut.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Dann gestatten Sie mir noch eine zweite Nachfrage.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, bitte.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Sie haben uns vorhin erzählt, dass Sie durch Aktenstudium zu der Erkenntnis gekommen seien, dass Ministerpräsident Albrecht das Endlager nicht wollte.

Zeugin Marianne Fritzen: Vermute ich.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Nein, ich war noch nicht fertig. - Er konnte sich - so haben Sie uns erklärt - aber gegen den Bundeskanzler Schmidt nicht durchsetzen. Mich würde interessieren, woher Sie das haben, in welchen Akten Sie das gelesen haben, vielleicht zumindest mit Hinweis auf eine Fundstelle, dass wir das vielleicht nacharbeiten können.

Zeugin Marianne Fritzen: Ich habe Ihren Namen nicht ganz verstanden, aber - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Der steht hier.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Monstadt.

Zeugin Marianne Fritzen: Ich habe in Vorbereitung auf diesen Tag so viele Akten durchgelesen. Ich habe einige mit. Ich weiß noch nicht einmal mehr, was ich alles mit habe, nur das Wichtigste. Ich habe zettelweise Schmierdinger gemacht, auf Zetteln aufgeschrieben. Ich kann Ihnen nicht sagen, wo es war. Auch dieser Ausspruch, den ich da von Frau Breuel gelesen habe, war für mich neu, den ich da vorher zitiert habe.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. Ich meine, das ist natürlich zu akzeptieren. Wäre es sehr vermessen, Sie zu bitten, vielleicht noch mal nachzuschauen und uns das gegebenenfalls nachzureichen, wenn Sie dort eine Fundstelle hätten? Wäre das möglich?

Zeugin Marianne Fritzen: Wissen Sie, wie viele Akten wir haben? Ich habe alleine 38 dicke Leitz-Ordner nur *Elbe-Jeetzels-Zeitungen*. Ich habe diese ganze - alles, was es schriftlich gab - Entsorgung. Das ist noch nicht mal so viel.

Ich habe übrigens hier, wenn Sie das haben wollen, Auszüge, wo sich Leute dagegen oder dafür von den Wissenschaftlern interessiert haben. Das haben wir gestern noch mal kopiert. Einen ganzen Teil findet man auch in

der Ansprache von Eckart Spoo. Ich müsste da also wirklich - - Ich habe keine Lust mehr, muss ich Ihnen offen sagen. Ich habe mich auf diesen Nachmittag seit Wochen durch Aktenstudium, durch Lesen vorbereitet, heute Nacht bis um drei. Ich habe gesagt, wenn der Nachmittag vorbei ist, gehe ich erst mal in die Versenkung; dann will ich nichts mehr sehen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut, auch das kann ich nachvollziehen.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja? Gut.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Sie können also diese These, die Sie hier aufgestellt haben, so schnell dann nicht belegen? Das wäre natürlich eine sehr interessante These, die dann, wenn man sie so in den Raum wirft - - Wenn das nur Ihr Eindruck war, das heißt, es nicht auf einem Aktenstudium beruht, können Sie uns das ja auch sagen. Ihre persönliche Einschätzung wäre auch in Ordnung.

Zeugin Marianne Fritzen: Nein, ich werde Ihnen hier nicht etwas sagen, was ich nicht gelesen habe, wenn ich Ihnen jetzt auch nicht sofort sagen kann, es steht da und da und da.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut, ich habe - -

Zeugin Marianne Fritzen: Aber so etwas sauge ich mir nicht aus den Fingern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Gibt es in der CDU/CSU-Fraktion weiteren Fragebedarf? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Ich habe eine Frage. Der Herr Kollege Grindel hat als Fazit der Vernehmung von Herrn Schnipkoweit noch mal festgestellt: Bei der Gorleben-Auswahl war Geologie entscheidend. Wie werten Sie eine solche Feststellung, dass die Geologie das Entscheidende dafür war, dass Gorleben als Standort ausgewählt wurde?

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, gut. Das kann nicht sein.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das hat er aber gesagt!)

- Ja, das hat er gesagt. Mein Gott, ich kann es nicht ändern, wenn er es gesagt hat.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, eben!)

Ich weiß, als Gorleben benannt wurde - - Ich kenne einen Teil Geologen - die habe ich vorher schon gekannt - in der Bekanntschaft, die alle gesagt haben, das Schlimmste, was man machen könnte, ist, in Salz zu gehen, weil Salz nicht unbedingt wasserdicht ist, was man ja immer behauptet. Auch die Homogenität eines Salzstockes ist nicht gewährleistet. Sonst müsste man heute im seit zehn Jahren geschlossenen Salzstock wahrscheinlich nicht Salz abkratzen, damit der nicht zusammenwächst. Das sind Fragen, die Sie mal stellen müssten, nicht wir als Bürger.

So, mit wem habe ich denn eben gesprochen?

Ute Vogt (SPD): Mit mir. Aber Herr Edathy fragt weiter.

Sebastian Edathy (SPD): Jetzt darf ich übernehmen. - Frau Fritzen, es ist ja schon Bezug genommen worden auf Herrn Schnipkoweit, der heute Vormittag hier war. Der war immerhin von 1976 bis Ende 1982 der zuständige Landesminister für die Atomaufsicht. Sie haben vorhin berichtet, dass Sie ihm in der ganzen Zeit wohl nicht begegnet seien. Wie erklären Sie sich denn das?

Zeugin Marianne Fritzen: Mir ist nur der Name bekannt, einfach durch die Zeitung oder so, aber er ist mir nicht, sagen wir mal, groß im Zusammenhang mit Gorleben begegnet.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Herr Schnipkoweit hat - ich glaube, das haben wir hier alle gemeinsam in Erinnerung - mehrfach darauf hingewiesen, dass auch das Thema Strukturpolitik, -

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): - das heißt dünn besiedelte Regionen -

Zeugin Marianne Fritzen: Richtig.

Sebastian Edathy (SPD): - und die Frage der Schaffung von Arbeitsplätzen, durchaus

eine Rolle gespielt habe mit Blick auf die Auswahl von Gorleben -

Zeugin Marianne Fritzen: Genau.

Sebastian Edathy (SPD): - und die Fixierung auf Gorleben. Mich würde interessieren - weil Sie das nur kurz angedeutet haben -, ob Sie uns vielleicht ein bisschen näher sagen könnten, welche Rolle eigentlich Regionalpolitiker oder -politikerinnen gespielt haben, zum Beispiel unser früherer Kollege Kurt-Dieter Grill. Das ist ja - -

Zeugin Marianne Fritzen: Ich hätte eine Frage, wenn sie nicht indiskret ist: Laden Sie den auch noch mal vor?

Sebastian Edathy (SPD): Wir gehen davon - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das wird der Ausschuss dann entscheiden.

Sebastian Edathy (SPD): Davon ist auszugehen. Aber vielleicht können Sie uns ja schon mal was zu dem Thema sagen.

Zeugin Marianne Fritzen: Also, da würde ich gerne kommen; aber das darf ich wahrscheinlich nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie was ausführen zu der Rolle? Das haben wir bisher noch nicht gehört.

Zeugin Marianne Fritzen: Herr Grill war immer ein ganz starker Verfechter. Mag sein, dass er den Landkreis im Auge hatte - das will ich gar nicht leugnen -, dass arm - - und Geld reinkommt usw. Aber ich habe ihn auch öfter - nicht oft, aber öfter - in Hannover erlebt, wenn ich selbst mal im Landtag war und mittags essen ging, dass er dann im Gespräch allein mit Herrn Albrecht diniert hat, wo wahrscheinlich dann eben die Gespräche geführt werden, die normalerweise nicht so in der Öffentlichkeit geführt werden. Wenn Herr Albrecht sagt: „Glauben Sie mir, ich habe nicht einmal gewusst, wo Dragahn liegt“, dann muss ich das akzeptieren. Es kann stimmen, es kann nicht stimmen.

Ich habe auch von der, sagen wir mal - - Verdummung der Öffentlichkeit ist es nicht; die Öffentlichkeit ist dann dumm, weil sie nicht genau liest. Zum Beispiel war im Hin-

blick auf Dragahn ja immer nur die Rede von einer WAA, von der Wiederaufarbeitungsanlage. Ich habe das, aber ich finde das in meinem Wust von Zeug nicht mehr genau - - gibt es eine öffentliche Bekanntmachung in der Zeitung,

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

wo drinsteht - halt, ist sie das nicht doch vielleicht; nein -, was alles geplant ist, dass nämlich genau das, was ursprünglich in Gorleben geplant war - Brennelementlager usw. -, mit in der öffentlichen Bekanntmachung war. Das ist mir jetzt erst aufgefallen, als ich das las, wo ich mir dann gesagt habe: Ach, dann war ja damals unter Umständen das NEZ - - Also, WAA haben wir nicht da draußen. Das ist ja bundeigenes Gelände gewesen oder ist es noch. Das ist die DeLaboriergesellschaft. Da habe ich keine Schwierigkeit. Da kann ich ja den ganzen Komplex NEZ hinmachen. Ich habe bloß den Salzstock da nicht. Aber der Weg wäre nicht so weit gewesen.

Ich habe mich da schon gewundert, dass - -

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

Sebastian Edathy (SPD): Frau Fritzen, ich will Sie gar nicht abhalten, das noch weiter auszuführen, aber die Frage - -

Zeugin Marianne Fritzen: Doch, ich habe es. Entschuldigen Sie. Informationsveranstaltung - - Ach nein, das ist die Informationsveranstaltung.

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

Nein, das ist sie nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Die Frage, die mich eigentlich interessiert, ist folgende: Es wird ja öfter die These geäußert, dass die Festlegung auf Gorleben die Konsequenz davon war, dass es dort im Vergleich zu anderen Standorten zum Teil sogar Werbung gegeben hat, als Standort ausgewählt zu werden, und nicht - wie im Emsland zum Beispiel - Widerstand.

Zeugin Marianne Fritzen: Dass es Werbung - -

Sebastian Edathy (SPD): Ja, dass man sich quasi - - dass Teile der Kommunalpolitik und möglicherweise auch damals amtierende Landtagsabgeordnete massiv dafür geworben haben, dass man sich für Gorleben einsetzt.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, das ist ja das, was ich vorher gesagt habe.

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie das belegen?

Zeugin Marianne Fritzen: Das kann ich aber nicht beweisen.

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie etwas zu einer anderen Frage sagen, die uns hier auch interessiert, nämlich zur Einflussnahme der Energiewirtschaft auf die Standortentscheidung? Sind Sie mal selber von Betreibern oder Ähnlichem kontaktiert worden?

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, die Energiewirtschaft hat sich, glaube ich, doch ziemlich intensiv an der Bezahlung der Gorleben-Gelder beteiligen müssen. Ein Teil ist ja vom Bund bezahlt worden und ein Teil von der Industrie. Und wenn es der Industrie an den Kragen geht mit Geldern - das haben wir Herrn Riesenhuber zu verdanken -, dann sagt die Industrie: Nein danke, es ist uns zu teuer. - So ist Kalkar gestorben.

Sebastian Edathy (SPD): Ich muss noch mal ganz kurz auf Folgendes zurückkommen, Frau Fritzen. Sie haben ja vorhin in einer Nebenbemerkung gesagt, der Herr Grill, das sei der einzige Mensch, den Sie kennen würden, dem Sie nicht mehr die Hand geben würden.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, das ist hässlich von mir; aber es ist so.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, das will ich gar nicht bewerten, aber dafür muss es doch einen Grund geben. Das muss doch mehr sein als eine reine Mutmaßung, dass er da eine ungute Rolle gespielt haben könnte aus Sicht Ihrer Bürgerinitiative.

Zeugin Marianne Fritzen: Nein, also bitte nicht - - Ich würde da nicht die Bürgerinitiative einbeziehen. Ich meine, ich war

zwar Vorsitzende und bin nach wie vor Mitglied, aber das ist einfach menschlich.

Sebastian Edathy (SPD): Das hat also keine politischen Gründe?

Zeugin Marianne Fritzen: Also, ich - - Ein politischer Grund? Mir ist er zu unehrlich gewesen in allen Sachen. Ich weiß, dass er in Dragahn ganz massiv daran beteiligt war, dass sich die CDU-Kollegen im Kreistag untereinander noch - zwei - zerstritten haben, weil der eine sollte vier Leute aus Hannover - das war Grill - anrufen, der andere vier Leute aus dem Landkreis, und jeder hat vom anderen angenommen, dass er undicht war. Es war ganz einfach: Das Telefon war undicht, nicht die Leute.

Sebastian Edathy (SPD): Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. Ist das Fragerecht der SPD-Fraktion insgesamt ausgeschöpft?

(Ute Vogt (SPD): Ja!)

- Prima. - Dann ist das Fragerecht jetzt bei der FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Frau Fritzen, ich möchte noch mal auf Ihre Mutmaßung zurückkommen, in der Sie sagen: Ja, gut, es war damals in 1975 merkwürdig, dass gleichzeitig drei Brände ausbrachen, und dann eben auch noch an diesen doch etwas bedeutsamen Plätzen.

Zeugin Marianne Fritzen: Anvisierten.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich möchte Ihnen einfach nur mal ein bisschen entgegenhalten und möchte Sie bitten, ob Sie das vielleicht auch relativieren würden. Ich habe damals in 75 tatsächlich ein Praktikum gemacht, nicht direkt in der Gegend, aber nahebei. Natürlich haben wir unter - sagen wir mal - Fachleuten auch viel gerätselt: Wie kann das sein? Ich kann Ihnen einfach nur sagen: Es gab viele Waldbrände in 75. Vom 8. bis zum 17. August gab es vier große Brandherde, und nicht nur in Lüchow-Danzenberg, sondern auch im Landkreis Gifhorn und im Landkreis Celle, große Brände, ganz große Brände.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, natürlich.

Angelika Brunkhorst (FDP): Wenn man sich zurückerinnert in das Jahr 75: Das war ein extrem heißes Jahr.

Zeugin Marianne Fritzen: Es war heiß.

Angelika Brunkhorst (FDP): Es hat wochenlang keinen Regen gegeben, und es war dazu sehr windig.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, stürmisch.

Angelika Brunkhorst (FDP): Also, es hat auch sehr viele - sagen wir mal - Flugübertragungen per Wind gegeben. Insofern halte ich das für eine etwas gewagte Behauptung, da könnte eventuell Brandstiftung dahinterstecken. Ich weiß es nicht, ob Sie dabei bleiben wollen. Da müssen Sie ja irgendwelche anderen Hinweise noch haben, -

Zeugin Marianne Fritzen: Nein, ich - -

Angelika Brunkhorst (FDP): - die Sie diese Vermutung dann - -

Zeugin Marianne Fritzen: Also, ich kann nicht für die anderen Standorte sprechen, weil ich das nicht weiß. Ich weiß, wo sie lagen. Ich weiß, dass bis heute die Rede ist - es ist ja wieder aufgeforstet; man sieht es nicht mehr -, dass es drei Standorte sind - der eine Lutterloh, in der Nähe von Uelzen, der andere in der Nähe von Gifhorn - und dass es Standorte sind, die irgendwie mal angedacht waren für ein NEZ.

Woher in Lüchow oder im Landkreis das kommt, ist, dass der Brandmeister, der dafür zuständig war - - in der Nähe des Trafohäuschens - das ist also in der Nähe zwischen Zwischenlager und Wiederaufarbeitungsanlage¹⁰; leider abgerissen -, dass sie da Brandnester gefunden haben. Sie haben also keine Beweise, dass Feuer gelegt wurde. Ich gehöre nicht zur Feuerwehr; das ist das Einzige.

Angelika Brunkhorst (FDP): Nein, das erwarte ich jetzt auch nicht, dass Sie Fachfrau fürs Brandwesen sind.

Zeugin Marianne Fritzen: Es ist aber auch nicht dementiert worden.

Angelika Brunkhorst (FDP): Aber noch mal eine kurze Nachfrage. Es hat ja 72, also ein paar Jahre davor, auch große Windbruchflächen gegeben. Hat es in Ihrem Bereich auch Windbruchflächen gegeben?

Zeugin Marianne Fritzen: Das weiß ich nicht. Da habe ich 72 - -

Angelika Brunkhorst (FDP): Denn es lag ja auch noch sehr viel trockenes Holz. Deswegen: Brandherde würden sich auch so erklären lassen.

Zeugin Marianne Fritzen: Na ja, Brandherde lassen sich - -

Angelika Brunkhorst (FDP): Gut, wenn wir das nicht klären können. Das ist auch einfach nur - -

Zeugin Marianne Fritzen: Nein, das kann ich nicht. Ich kann mich nur auf die Aussagen des Brandmeisters zurückziehen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Gut. Danke.

Zeugin Marianne Fritzen: 72, das weiß ich nicht. Da habe ich mich noch nicht damit beschäftigt. Ich habe ja 73 erst angefangen. Das weiß ich nicht. Ich meine, wir hatten zwar schon unser eigenes Grundstück, aber wann es viel schneit - - Doch, das weiß man an einzelnen Sachen, die eventuell stattgefunden haben. Aber dass - - Es ist nicht widersprochen worden, dass es - - Da müssten Sie eventuell die Feuerwehr in Lüchow, die Alten, fragen.

Marco Buschmann (FDP): Frau Fritzen, dann mache ich mal weiter. - Meine Kollegin hat Sie jetzt mit Feuer beschäftigt. Ich wollte jetzt zum Thema Wasser kommen, und zwar interessiert mich dieses Thema: Was war zuerst da? Waren eigentlich zuerst die sachlichen Anlässe da, derentwegen man missmutig, unzufrieden sein konnte, und kam dann der Protest, oder ist es vielleicht umgekehrt? Ich wollte Ihnen kurz vorlesen aus dem Buch *ÜberMacht & Phantasie - Geschichte(n) des Gorbleben Widerstands*.

¹⁰ Richtigstellung der Zeugin: streiche „Wiederaufarbeitungsanlage“, setze „Endlagerbergwerk“, Anlage 2

Zeugin Marianne Fritzen: Das ist das, genau.

Marco Buschmann (FDP): Es ist im September 2008 erschienen. Ich glaube, die Kollegin hat auch schon daraus zitiert.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, ja, unser Standardwerk.

Marco Buschmann (FDP): Da geht es auf der Seite 23 um die Salinas Salzgut GmbH.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja.

Marco Buschmann (FDP): Da geht es sinngemäß um die Frage, warum Sie das eben gut finden, sich daran beteiligen, was das Geschäftsmodell ist, dass man eben ein Loch unten in die Elbe bohrt, alles mit Wasser vollläuft. Und dann gibt es die Nachfrage: Na ja, wozu soll das denn noch gut sein? Dann sagt der Fragende:

Die Idee dahinter ist ja auch, das Deckgebirge zu beschädigen?

Und dann ist Antwort Fritzen - ich zitiere jetzt nur, was da steht -:

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, ja, ich kenne das.

Marco Buschmann (FDP):

Ja, das ist ein durchaus wünschenswerter Nebeneffekt. Da ein unbeschädigtes Deckgebirge ein entscheidendes Sicherheitskriterium für die Genehmigung des Endlagers ist.

Das heißt, das kann man ja so lesen - -

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, das geschädigte wäre gegen - -

Marco Buschmann (FDP): Darf ich einfach die Frage zu Ende formulieren? Dann halte ich auch meinen Mund und höre nur noch zu.

Zeugin Marianne Fritzen: Entschuldigung, wenn ich dazwischenrede.

Marco Buschmann (FDP): Kein Problem. - Das kann man ja so lesen: Also, selbst wenn da alles in Ordnung ist - - weil

wir das vor Ort nicht haben wollen, wenn das Deckgebirge nicht kaputt ist, dann machen wir es kaputt, damit das nicht kommt. - Das kann man so lesen. Ich sage nicht, dass das so sein muss, aber das kann man so lesen.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, natürlich.

Marco Buschmann (FDP): Können Sie das vielleicht mal erläutern?

Zeugin Marianne Fritzen: Also, das kann ich Ihnen sehr gut erläutern. Das ist ein ganz menschlicher Wunsch: Wenn ich könnte - wenn ich könnte! -, würde ich einen großen Driller oder eine Bohrmaschine nehmen und würde mitten in den Elbstrom gehen und würde so lange bohren, bis das ganze Wasser unten im Salzstock ist. So, das ist ein menschlicher Wunsch, verstehen Sie? Und so ist das auch gemeint.

Das Salinas ist noch etwas anderes. Das ist schon eine Idee, die wir mal hatten. Ich bin ja auch Mitglied von Salinas und habe also da auch in die Geschäfte mit eingezahlt; aber das ist etwas anderes. Bei Salinas ist es tatsächlich die Überlegung, Salz zu gewinnen. Natürlich ist ein Hintergrund dabei; das leugnet doch auch keiner.

Marco Buschmann (FDP): Wie gesagt, es ging mir nur darum, zu verstehen: Was ist zuerst? Sind erst die Wut und der sachliche Anlass da? Hier kann man ja schon den Eindruck gewinnen: Na ja, was nicht passt, wird passend gemacht.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, wenn das so schön wäre, oh, dann wäre ich längst Rentnerin und säße nicht hier.

Marco Buschmann (FDP): In Ordnung. Ich habe keine weiteren Fragen. Danke.

Zeugin Marianne Fritzen: Aber Sie können gerne weiterfragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Dann ist das Fragerecht jetzt bei den Linken, wenn es dort Fragen gibt.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Ich gebe zu: Auch wenn ich weiß, dass die Frage um nukleares Entsorgungszentrum und auch jetzt Endlager doch sehr polarisiert seit Jahrzehnten im

Landkreis, dass ich eben schon über das Zitat, was Sie brachten, das hieß: „Das sind auch solche, die man vergessen hat zu vergasen“, ziemlich entsetzt war, vielleicht auch, weil wir heute Morgen die Feierstunde zum Jahrestag der Befreiung Auschwitz hatten.

Aber die Gesellschaft wurde sicherlich über diese Entscheidung polarisiert. Die - ich sage mal - Fronten, die Meinungsverschiedenheiten gingen durch ganze Familien. Wie hat sich das - gerade auch, weil Politik ja versucht hat, die Menschen zu gewinnen, nach Ihrem Erleben mal mit redlicheren, mal mit unredlicheren Mitteln - auf die Entwicklung, die gesellschaftliche Entwicklung, aber auch die politische Entwicklung, in diesem Landkreis, der doch ursprünglich sehr wertkonservativ war, sehr weit ab vom Schuss, wahrscheinlich auch nicht besonders politisch aktive Menschen da hatte, im Laufe der Jahre ausgewirkt?

Zeugin Marianne Fritzen: Ja, wie hat sich das ausgewirkt? Wenn es sich nicht ausgewirkt hätte, säßen Sie heute nicht da, ganz einfach. Dann hätte es Ihre Partei im Landkreis nicht gegeben. Wir hatten im Grunde genommen nur drei Parteien die ersten Jahre. Wir hatten die CDU, die übrigens auch nicht immer da war. Als ich in den Landkreis gezogen bin 1956/1957, war es die DP, die Deutsche Partei, die nachher in die CDU - - Das waren meistens die Bauern, die dann nachher zur CDU gegangen sind. Die hat sich, wenn ich richtig orientiert bin, gegründet in den - ich muss jetzt mal - - 66/67, als die SKF, die Schwedische Kugellager Fabrik, aus Bayern raufgekommen ist. Da sind die Leute mitgekommen und haben die Kreisverbände der CDU gegründet. Da sind die dann reingegangen.

Dann hatten wir natürlich die SPD, und wir hatten eine ganz kleine FDP, weil unser damaliger Landrat längst gestorben war. Auch Baron von dem Bussche war eigentlich auch DP, ist aber FDP geworden, nicht CDU. Das habe ich jetzt auch gerade noch mal gelesen. Das ist einfach Tradition in der Familie, dass auch die Kinder der FDP angehören. Sein Sohn, der lange im Kreistag war, und jetzt bereits der Enkel, der auch im Kreistag ist, sind FDP. Mehr hatten wir nicht.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Und wie ist - sage ich mal - damit umgegangen worden, dass man so grundlegend unterschiedliche Meinungen hatte? Muss man sich das so

vorstellen, dass es da schon derbe Auseinandersetzungen auch gab, dass die Gegner des Entsorgungszentrums angegriffen wurden, angefeindet wurden, oder war es eher andersherum?

Zeugin Marianne Fritzen: Nein. Diese Polarisation hat sich ja eigentlich erst mit der ganzen Kontroverse um die Atomenergie entwickelt. Die hatten wir ja vorher gar nicht. Das ist ganz klar in diesem Landkreis. Der war geprägt von Bauern, also Landwirten usw., die von sich aus sagen: Ein Bauer ist von Natur aus ein Unternehmer, also wählt er CDU. Das war bis vor langer Zeit so. Die arbeitende Bevölkerung, die wir ja kaum hatten, ist normalerweise Klientel der SPD. Und dann hatten wir eben die zwei, drei von der FDP, wie gesagt, Baron von dem Bussche usw. Das war alles.

Dann kamen Gorleben und Wahlen, und da haben diejenigen, die in anderen Parteien waren - bei der SPD hat es ganz viele Austritte gegeben, weil die ja auch erst mal für Gorleben war -, sich zusammengeschlossen und haben gesagt: Wir bilden eine unabhängige Wählergemeinschaft. - Das ist eine Wählergemeinschaft, wo im Grunde genommen nur Gorleben-Gegner drinsitzen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich hätte dann noch eine Frage.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Darf ich einmal? - Ich finde das ja alles hochinteressant, und es ist ja jetzt auch im Protokoll festgehalten.

(Dorothee Menzner (DIE LINKE):
Nein, aber ich wollte noch zu einem anderen Bereich kommen!)

Aber es entwickelt sich wieder in Richtung historisches Seminar. Sozialhistorische Fragen sind auch unglaublich interessant, und Parteiengeschichte ist richtig spannend, aber dafür ist hier tatsächlich nicht der Ort. Von daher würde ich bitte wieder freundlicherweise unseren Wissensdrang auf den Untersuchungsauftrag fokussiert wissen wollen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, in so eine Richtung wollte ich auch einfach noch eine Frage stellen. - 1987 hat es ja bei der Bohrung des einen Schachtes einen Unfall gegeben, der zumindest für einen Arbeiter, soweit ich informiert bin, tödlich war. Gab es da aus Ihren Erkenntnissen vorher

Anzeichen? Wie haben Sie das einfach erlebt? Die Staatsanwaltschaft hat hinterher dem Bergmann die Schuld für sein eigenes Unglück gegeben. Ist das auch Ihre Sichtweise?

Zeugin Marianne Fritzen: Es ist nicht meine Sichtweise, aber so was kann ich natürlich auch nicht beweisen, weil es im Vorfeld, glaube ich, schon Anzeichen dafür gab bei dem Gefrierverfahren. Ich finde es bis heute eigentlich ein Unding, dass ein Gericht dem, der tot ist, dann quasi die Schuld gibt. Ob es anders passiert wäre, weiß ich nicht; das kann ich nicht sagen. Ich gucke gerade, ob ich das hier drin finden kann.

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

Das kann ich also nicht sagen. Es hat das gegeben, aber wir haben -- Wissen Sie, wenn wir da anfangen wollen, da könnte ich Ihnen wirklich drei Tage hier Tag und Nacht, wenn es mir gelänge, Rede und Antwort stehen.

Es gibt ja viel mehr als das. Es gibt den Transnuklear-Skandal; davon spricht heute kein Mensch mehr. Das muss man sich mal angesehen haben. Ich war direkt an den Fässern dran. Die Mol-Fässer, die da standen, waren oben hochgequollen, und da war Plastikband zwischen Deckel und Fass. Ich habe gestern Abend oder heute Nacht, als ich noch mal an den Papieren saß, gedacht, man könnte Bücher darüber schreiben. Ich habe gestern auch gerade noch mal diesen Transnuklear-Skandal in der Hand gehabt.

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

PTB für Abteufen der Schächte; das ist etwas anderes. - Ja, fragen Sie ruhig weiter, auch wenn ich hier blättere.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein. Wunderbar. Der Punkt ist, dass ich das hier noch in der Hand habe, jedenfalls versuche ich, es in der Hand zu behalten.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Meine Zeit ist nämlich leider abgelaufen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Deshalb müssen jetzt die Grünen weiterfragen, wenn denn da noch Fragen sind. Bitte schön.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Also, es ist zwar anstrengend - ich muss auch erst mal meinem Respekt Ausdruck geben, dass Sie, Frau Fritzen, nach dreieinhalb Stunden noch in der Lage sind, alle möglichen Details abzurufen; wir wissen alle, was das für eine Konzentration erfordert -; aber vor dem Hintergrund traue ich mich dann, auch noch eine Frage nach Details zu stellen, und ich möchte einfach nach dem Verhältnis Gorleben-Gelder und Akzeptierung des Standorts Gorleben fragen. Da wissen wir ja, Frau Fritzen - -

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

Zeugin Marianne Fritzen: Ich höre zu.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, okay.

Zeugin Marianne Fritzen: Das hat meinen Mann schon immer aufgeregt, dass ich genau zugehört habe und trotzdem - -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Da wissen wir ja, dass einerseits vom Bund 500 Millionen DM - damals noch - gezahlt worden sind in verschiedenen Raten. Davon ist was in die Landeskasse Niedersachsen geflossen, also in den Landeshaushalt; davon ist was an den Landkreis geflossen und noch an andere Gemeinden. Ich würde gerne wissen - das hing ja auch zusammen damit, dass man den Standort schmackhaft machen wollte -, was Sie noch über die Gorleben-Gelder und ihre Verwendung wissen. Hat zum Beispiel Gartow was gekriegt? Wer hat denn noch was gekriegt? Wie hat denn sich das ausgewirkt?

Zeugin Marianne Fritzen: Also, hier die Gorleben-Millionen. Das gibt es als Broschüre. Ich glaube, das hatte seinerzeit auch Undine von Blottnitz machen lassen, die Recherchen des Europaparlaments, wenn ich mich nicht ganz täusche. Ich habe extra mit Karl Kassel telefoniert, ob ich das weggeben kann oder daraus zitieren. Sagt er: Selbstverständlich, ja. - Also, Freiheit hier damit.

Was mit den Gorleben-Geldern passiert ist, das kann ich Ihnen so ziemlich genau sagen. Es war ja eingeteilt: So viel Prozent bekommt die Samtgemeinde Gartow,

soundso viel Prozent die Gemeinde Gorleben - daher haben wir ja die vielen CDU-Wähler da -, und soundso viel Prozent bekommt der Landkreis als Kreis. Das hat, glaube ich, auch Herr Poggendorf ziemlich genau geschildert, wenn ich mich nicht ganz täusche, und damit sind Infrastrukturmaßnahmen getätigt worden. Die Gemeinde Gorleben hat neue Straßen, wunderschöne Bürgersteige bekommen. Sie hat ein neues Feuerwehrhaus bekommen, wo dann das schönste, größte Feuerwehrauto nicht reingepasst hat, weil es zu groß war. Also, das sind so Sachen, die muss man einfach erlebt haben und nicht nur erzählt bekommen.

Davon wurden - und das finde ich nun wieder gut - an den Schulen die Fenster verdoppelt, also die einfache Verglasung weg und Doppelgläser aus Energiespargründen. Da wurde ein Kreishaus gebaut für - ich weiß nicht, wie viele - Millionen. Ich glaube, 27 Millionen hat das gekostet. Der Briefkasten, der davor steht, wurde vom Bund der Steuerzahler damals moniert als - große Überschrift - der teuerste Briefkasten der Bundesrepublik. Also, das sind alles dokumentierte Sachen; bloß, ich habe sie jetzt nicht hier. Ich müsste die Zeitungen lesen oder dann noch mal rausholen. Dann sind natürlich in das Krankenhaus - - Das sind ja alles Maßnahmen, die Sie als Bürger gar nicht negieren können. Ich kann ja nicht dagegen sein, dass ein Krankenhaus saniert wird oder dass da ein Gerät angeschafft wird, was ich sonst nicht hätte bezahlen können. Also, ich bin zum Schluss so wütend gewesen: Verdammt noch mal, ich kann hier machen in dem Landkreis, überall fresse ich diese Gorleben-Gelder mit! - Und jetzt haben wir ausgepackt.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Jetzt habe ich nämlich eine Frage im Zusammenhang mit der Kommunalpolitik. Waren nicht die Kommunalpolitiker genau aus den Gemeinden, die davon so profitiert haben, diejenigen, die anschließend dann in der geheimen Gorleben-Kommission gesessen sind, oder sehe ich das falsch?

Zeugin Marianne Fritzen: Also, wer genau da dringesessen hat, das steht hier. Bei Poggendorf steht genau drin, wer da gesessen hat, auf Seite - habe ich vergessen; gucken Sie mal - 48 oder so. Das steht vorn drin, im Index. Gleich vorn stehen die Gorle-

ben-Gelder. Das sind bloß zwei Seiten, zweieinhalb Seiten.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Vermutung war jetzt - also kann man ja natürlich jetzt auch in der Broschüre nachgucken -: Da, wo die Gemeinden -

Zeugin Marianne Fritzen: Ich mache nicht gern Reklame dafür.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - besonders profitiert haben, könnte da ein Zusammenhang bestehen, dass auch solche Kommunalpolitiker dann in der großen Mehrheit in der Gorleben-Kommission waren.

Zeugin Marianne Fritzen: Also, in der Gorleben-Kommission saßen vor allen Dingen die Repräsentanten der Parteien, die da waren. Also, ich habe gesehen - auch in Protokollen jetzt -: Herr Janning war am Anfang auch da drin, und der war ja ein Pressesprecher in der BI lange Zeit. Aber das ist dann wieder etwas, wo wir eigentlich wieder froh waren, weil er als Chemiker, als Experte ja mehr davon verstand als wir.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut, aber das wissen wir alle, dass Kommunalpolitiker mit Mandat und Parteienvertreter ja schon einmal darüber diskutieren, wie das ist, wenn eine solche Gemeinde Strukturhilfen kriegt: Straßen, Briefkästen usw. Aber bei dem Geld gab es ja auch noch andere Seiten. Sie haben ja vorhin so angedeutet zum Beispiel, dass der spätere Landtags- und Bundestagsabgeordnete Kurt-Dieter Grill auch finanziell da drin verwickelt gewesen ist. Darüber würde ich jetzt natürlich auch gern etwas wissen.

Zeugin Marianne Fritzen: Dann über die Licht-Affäre.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeugin Marianne Fritzen: Die Licht-Affäre.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau darüber wollte ich nämlich was wissen. Ist das vielleicht der Grund,

dass Sie ihm nicht mehr Hand schütteln wollen? Aber erzählen Sie uns doch was darüber, bitte.

Zeugin Marianne Fritzen: Da habe ich hier auch Papiere, aber ich weiß nicht, wo bei diesem ganzen Gewühle. Also, die Licht-Affäre war so - die ist ja auch juristisch nachher entschieden worden, die Vorteilnahme im Amt -, dass er von der Firma Licht - - Das ist eine Baufirma; die hat Aufträge bekommen für das Zwischenlager und hat im Gegenzug Herrn Grill sein Büro, also sein persönliches Büro, und die Büroleiterin finanziert, soweit ich informiert bin. Es ist schade, dass ich das nicht finde; ich habe die Licht-Affäre irgendwo hier. - Das Ganze ist dann vor Gericht gegangen, und ich muss sagen, da bin ich auch an einem Punkt - entschuldigen Sie, Herr Anwalt, es gibt ja hier einen ganzen Teil Juristen in diesem Raum, habe ich schon festgestellt -, wo ich anfangs, mein Vertrauen in die Justiz zu verlieren, und das finde ich einen Jammer, weil ich den Mann nicht freisprechen kann unter dem Motto „Ja, er hat ja nicht gewusst, dass man das nicht darf“. - Jeder Lehrer in der Schule darf eigentlich keinen Blumenstrauß annehmen. Das ist Vorteilnahme im Amt; das ist Bestechung. Das werden die Lehrer unter Ihnen wahrscheinlich wissen, wie die Rechtslage ist, und ich weiß, dass wir noch gelernt haben: Torheit schützt nicht vor Strafe. - Also, wenn ich etwas mache und es falsch ist, dann muss ich dafür auch bezahlen.

Ein Beispiel. Kurz nach der Wende bin ich wochenlang durch Lüchow gelaufen mit einem Kollegen. Wir haben nach der Möglichkeit gesucht, Parkplätze zum Be- und Entladen zu schaffen, weil die kleinen Straßen dicht waren. Wir hatten dann auch alles durchgekriegt - wunderbar -, gegenüber von der Sparkasse - die war im Umbau -, eine Lücke vor meinem Gemüseladen. Ich rein in die Lücke, räume mein Gemüse vollkommen rein, habe einen Zettel unter der Windschutzscheibe: 30 Mark damals. Dann bin ich rein. Ich sage: Warum muss ich hier eigentlich bezahlen? - Ja, das ist Be- und Entladen. - Ich musste so über mich selbst lachen, über meine Blödheit, ja. Also, ich suche den Platz aus und parke selbst drauf, und ich finde, dann muss ich auch dafür bestraft werden; dann muss ich die 30 Mark halt bezahlen. Und das ist das, was damals bei Grill nicht - die Licht-Affäre, so ist die betitelt - in die Akten gegangen ist, dass er im Grunde

genommen ungeschoren dabei weggekommen ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann sind wir am Ende unserer zweiten Berliner Runde. Ich blicke jetzt in die Runde und schaue mal, ob es weiteren Fragebedarf gibt. Union? - Nein. - SPD? Fragen?

(Ute Vogt (SPD): Nein, im Moment nicht!)

- Nein, nicht „im Moment nicht“. Wir kommen irgendwann möglicherweise zu einem Ende. - FDP? - Auch nicht. Die Linken.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich würde in Anbetracht der Uhrzeit und zum heutigen Stand darauf verzichten. Das heißt ja nicht, dass wir vielleicht im Laufe der nächsten Monate noch einmal einen Fragebedarf entwickeln. Aber für heute haben wir keinen mehr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir schließen die Vernehmung ja nicht ab, sondern nur vorläufig.

Zeugin Marianne Fritzen: Das ist schade. Ich wäre gern noch hiergeblieben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja. Doch, wir übernachten auch gern hier; da gibt es nichts.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann, Frau Vorsitzende, wollte ich gern noch zu dem Komplex, den wir gerade hatten, im Zusammenhang mit dem Exabgeordneten Kurt-Dieter Grill eine weitere Frage stellen, weil da waren wir ja stehen geblieben, bei dem Licht-Skandal -

Zeugin Marianne Fritzen: Der Licht-Affäre.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und der Vorteilnahme.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darf ich mich zu Wort melden dann?)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein. Ich melde mich mal eben zu Wort. - Wir haben eben hier überlegt - auch im Sekretariat -: Inwieweit betrifft das eigentlich den Untersuchungsgegenstand? Wir haben Herrn

Grill als Zeugen benannt. Die Integrität von Zeugen ist sicherlich immer von hohem Interesse, aber es müsste jetzt freundlicher Weise noch ein bisschen was Neues kommen.

(Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber sie weiß nicht, welche Frage ich stellen wollte!)

- Nein, aber ich wollte den Hinweis einfach schon mal geben. - Herr Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wenn ich das richtig verstanden habe, ist Herr Grill dafür nicht verurteilt worden. Wir sind aber in einer öffentlichen Sitzung hier dabei, über ihn in einer Weise zu reden, die einer Vorverurteilung nun wirklich gleichkommt. Der Mann ist unschuldig. Er ist wegen der von Ihnen auch erhobenen Vorwürfe ja offenbar in keiner Weise zur Rechenschaft gezogen worden.

(Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich darf dazu nicht fragen, aber Herr Grindel darf das!)

Ich meine, dass aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes diese Fragen wirklich nicht zulässig sind, und bitte die Vorsitzende, die Fragen - wenn überhaupt - in einer nichtöffentlichen Sitzung zu behandeln.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte gar nicht zur Bewertung von Herrn Grill fragen. Sie haben aber schon Ausführungen gemacht, und ich beantrage jetzt, dass ich diese Frage stellen darf, und die hat mit der Standortentscheidung zu tun.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist gut. Und wenn wir noch ein wenig darüber streiten, beantrage ich, dass wir eine Beratungssitzung machen, und das würde ich jetzt sofort einleiten. Wollen wir eine Beratungssitzung machen?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Von wem sind denn diese neuen Konflikte?)

- Nein, jetzt ist gut.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Alle Ihre Zeugen von Greenpeace! Die können nur leben von Greenpeace!)

Liebe Frau Fritzen, es tut mir sehr leid, wir brauchen jetzt noch einmal eine Beratungs-

sitzung. - Ich bestimme das; genau so ist das. Wir brauchen bitte freundlicher Weise noch eine Beratungssitzung. Ich würde die Öffentlichkeit bitten, jetzt den Saal zu verlassen. Wir brauchen noch eine kleine Pause.

Zeugin Marianne Fritzen: Die Öffentlichkeit bin ich jetzt? Die anderen auch? - Gut. Na, aber das ist in der Literatur unter diesem Begriff eingegangen; insofern können Sie nachgucken.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir freuen uns, wenn Sie gleich noch mal einen Moment wieder hereinkommen. Aber wir brauchen mal eben einen Moment, um untereinander zu beraten.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
18.45 Uhr - Folgt Fortsetzung des
Sitzungsteils Beratung, II: Nichtöffent-
lich)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
19.06 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung der Zeugin Marianne Fritzen

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Frau Fritzen, danke schön, dass Sie einen Moment gewartet haben. Hier waren so ein paar Sachen zu klären. - Jetzt erteile ich der Kollegin Steiner wieder das Wort.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Fritzen, es ist nur noch eine Kleinigkeit, weil das mit den Gorleben-Geldern und finanziellen Zuwendungen für Akzeptanz von Gorleben ja schon eine spannende Angelegenheit ist, die uns sicher auch noch weiter beschäftigen wird. Ich hatte ja zuerst nach den allgemeinen Gorleben-Geldern gefragt, wo wir uns jetzt ja über die Verwendung schon unterhalten haben - es war auch spannend, was Sie da so an einzelnen Beispielen gebracht haben -, und hatte dann nach den Zuwendungen und der Rolle des Exabgeordneten Grill gefragt. Meine Frage, die ich da eigentlich noch anschließen wollte, bevor unsere Zeit zu Ende war, war eigentlich nur die: Ausweislich einer *Spiegel*-Meldung vom 27.03.1989 hat ja die staatsanwaltschaftliche Ermittlung ergeben, dass dieser Exabgeordnete von einem Bauunternehmen 102 300 Mark -

Zeugin Marianne Fritzen: Richtig.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - erhalten hat - Geschenke -, zum Teil für sein Wahlkreisbüro oder eine Sekretärin im Wahlkreisbüro, -

Zeugin Marianne Fritzen: Richtig.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und die Frage war nur: Glauben Sie, dass da ein Zusammenhang besteht mit den Erwartungen der Firma Licht, dann entsprechend auch einen Bauauftrag für Gorleben zu bekommen, und das natürlich die Akzeptanz von Gorleben erhöht? Das war meine letzte und einzige Frage.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jetzt probieren wir das wirklich mal aus, meinetwegen auch mit Zweidrittelmehrheit. Das ist die Frage nach einer Spekulation. Das ist keine Frage, die sich an die Zeugin richtet, die aus eigenem Erleben, aus eigener Erkenntnis sozusagen über einen Sachverhalt berichtet, und an dieser Stelle lasse ich diese Frage nicht zu.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wurde das Finanzamt zitiert. Das ist nicht meine Erfindung, die Frage.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das hat doch mit der Ermittlung nichts zu tun! Das ist doch nur Spekulation!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, die Frage war: Haben Sie die Erwartung, haben Sie die Meinung, dass ...? - Und das, liebe Frau Steiner, liebe Frau Kollegin, fragt wirklich nach einer Spekulation, und dazu ist die Zeugin auch nicht verpflichtet, und deshalb lasse ich diese Frage an dieser Stelle nicht zu und lasse mich auch gern auf diesen Streit ein.

Zeugin Marianne Fritzen: Meine Damen und Herren, warum sind Sie so streitsüchtig hier?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie können jederzeit nach eigenen Erkenntnissen fragen - überhaupt gar keine Frage -, ob Frau Fritzen eigene Erkenntnisse zu diesem Sachverhalt hat, aber Sie können nicht nach

„glauben“, „meinen“ und Einschätzungen fragen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich widerspreche dem jetzt auf jeden Fall.

(Ute Vogt (SPD): Dann müssen wir darüber abstimmen!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, das wird in Beratungssitzung abgestimmt. Dann machen wir noch einmal eine Beratungssitzung. - Dann bitte ich die Öffentlichkeit, den Raum zu verlassen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, I: Öffentlich: 19.09 Uhr - Folgt Fortsetzung des Sitzungsteils Beratung, II: Nichtöffentlich)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, I: Öffentlich: 19.16 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung der Zeugin Marianne Fritzen

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Frau Fritzen, ich hoffe: Auf in die letzte Runde! Schauen wir mal! Wir versuchen, dass wir das jetzt tatsächlich noch zielführender zu Ende bringen. - Frau Steiner.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde bitten, dass die Frage aus dem Protokoll vorgelesen wird, weil unter Umständen kriege ich sie nicht mehr so ganz genau hin, und dann gibt es eine neue nicht-öffentliche Sitzung. Insofern scheint mir das besser zu sein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, das Protokoll kennt allein der Stenograf, weil es ja noch kein Protokoll gibt. Also, das ist jetzt ein bisschen überfordernd. - Wissen Sie, was Sie vor zehn Minuten aufgeschrieben haben? - Nein. Gut. Also, Frau Steiner.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Frau Fritzen, die ganze Einleitung, glaube ich, ist noch erinnerlich. Wir hatten über die Gorleben-Gelder geredet und die Verteilung an Gemeinden, Samtgemeinden und Land. Ich hatte dann auch gefragt nach der Rolle in dem Zusammenhang des Abgeordneten Kurt-Dieter Grill. Und meine Frage, bevor wir die Sitzung unterbro-

chen haben, bezog sich darauf - ich versuche, die jetzt wieder so zu rekonstruieren -: Bekannt ist ja, dass es ja ein Ermittlungsverfahren gab wegen der Annahme von 102 300 DM Geschenken, unter anderem für sein Wahlkreisbüro und eine Sekretärin im Wahlkreisbüro, von der Firma Licht, und das zuständige Finanzamt - ich präzisiere das jetzt noch mal - hat vermutet, dass der Bauunternehmer diese Spenden gemacht hat in Erwartung, Aufträge bei Gorleben zu bekommen. Ich formuliere es vielleicht noch mal weniger wertend: Was wissen Sie darüber?

Zeugin Marianne Fritzen: Ich weiß nur, dass es die Affäre gibt. Ich habe hier zweimal stehen: Die im Landkreis bekannte Licht-Affäre ist genauso berühmt wie der Ausspruch von Frau Dr. Merkel: Wenn man Kuchen bäckt - - Das hatte ich schon.

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

Also, was es für Absprachen gab, weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, ob etwas in den Gorleben-Geldern, da in den Millionen steht von Herrn Kassel. Aber es ist eine bekannte Tatsache; sie ist durch die Presse gegangen. Bei uns heißt es nur die Licht-Affäre; dann weiß jeder, was es ist. Gerüchte gibt es viele, die ich nicht nachprüfen kann, mit Kläranlagen oder so was. Wer wem die bezahlt hat, weiß ich auch nicht. Aber die andere Sache ist vor Gericht gegangen. Also, das weiß ich auch noch ziemlich genau, weil zur gleichen Zeit, glaube ich, Wolfgang Ehmke auch ein Verfahren hatte. Ich weiß nur, dass ich doch ziemlich erschrocken war über dieses „Na ja, das hat er nicht gewusst; deswegen ist er nicht schuldig“.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Hat Licht den Auftrag bekommen?)

- Das weiß ich nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte mit Mikrofon.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, ich bin noch dran.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie sind noch dran.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wissen Sie darüber, ob die Firma Licht einen Auftrag im Zusammenhang mit Gorleben, mit dem Atomprojekt Gorleben erhalten hat?

Zeugin Marianne Fritzen: Das kann ich nicht sagen; das weiß ich nicht.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann es Ihnen sagen: Er hat.

Zeugin Marianne Fritzen: Er hat? Ich vermute es, aber ich kann es heute Abend nicht sagen. Da müsste ich tatsächlich nachgucken.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mehr habe ich dazu auch nicht zu sagen.

Zeugin Marianne Fritzen: Ich habe es dummerweise auch nicht aufgeschrieben genau, wann das war, denn sonst - - Also, ich muss es immer ein bisschen eingrenzen; denn sonst ist das Suchen bei mir uferlos.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Ich wollte nicht mehr fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Dann ist die dritte Berliner Runde jetzt zu Ende. Dann gucke ich noch mal in die Runde. Gibt es noch weiteren Fragebedarf bei irgendeiner Fraktion? - Nein, das ist nicht der Fall.

Liebe Frau Fritzen, dann werden wir jetzt die Befragung abschließen. Ich werde Ihnen gerade noch ein paar abschließende redaktionelle Hinweise geben.

Das Sekretariat übersendet Ihnen nämlich das Protokoll nach Fertigstellung. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen - also auch Ihre - erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zusendung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder aber auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Zeugin Marianne Fritzen: Liebe Frau Flachsbarth, das ist mir alles zu viel jetzt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist Ihnen alles zu viel.

Zeugin Marianne Fritzen: Ich verzichte auf alles.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, nein. Wir wollen Sie nicht überfordern. In Wirklichkeit habe ich Ihnen gesagt: Sie kriegen das Protokoll zugeschickt, sobald es fertig ist.

Zeugin Marianne Fritzen: Und das muss ich alles lesen dann auch noch.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie dürfen das ansehen, Sie müssen das aber nicht ansehen. Sie haben dafür mindestens zwei Wochen Zeit, und Ihre Vernehmung ist eben noch nicht abgeschlossen; das habe ich Ihnen auch gesagt. Das heißt, dass Sie gegebenenfalls noch mal wieder diese beschwerliche Reise nach Berlin antreten müssen, wenn der Ausschuss das denn wünscht. Das kann ich im Moment noch nicht absehen; aber das mag eben sein.

Zeugin Marianne Fritzen: Ja. Gut. Ich bedanke mich auch.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann bedanke ich mich ganz besonders bei Ihnen für Ihre große Geduld und für die Mühe, die Sie auf sich genommen haben, nach so langer Zeit über all das vorzutragen und Rede und Antwort zu stehen.

Ich bedanke mich herzlich beim Protokollanten und schließe die Sitzung.

(Schluss: 19.22 Uhr)

Hermann Schnipkoweit, Minister a. D.

[REDACTED]

Deutscher Bundestag
1. Untersuchungsausschluß
17. Wahlperiode
Frau Margot Heimbach
Leiterin Sekretariat
Platz der Republik
11011 Berlin

1. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode	
Eingang:	21. Feb. 2011
Tgb.-Nr.	73

15. Februar 2011

Protokoll meiner Zeugenvernehmung vom 27. Januar 2011

Sehr geehrte Frau Heimbach,

zu dem mir übermittelten Protokoll nehme ich wie folgt Stellung:

- 1) Ich bitte, auf S. 8 in der linken Spalte, 10. Zeile das Wort „dichtbesiedelte“ durch das Wort „dünnbesiedelte“ zu ersetzen.
- 2) Auf S. 17, linke Spalte, Zeile 3 muß hinter dem Wort „dichte“ das Wort „der“ eingefügt werden.
- 3) Auf S. 39 muß es in der linken Spalte, Zeile 9 anstelle von „Bergwerksdirektor“ „Bergamtsleiter“ heißen.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Hermann Schnipkoweit

Marianne Fritzen

8. Februar 2011

Geschäftszeichen:
PA 25 - 5432

[REDACTED]

[REDACTED]

Deutscher Bundestag
Leiterin des Sekretariats, PA 25
Platz der Republik 1
11011 Berlin

1. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode
Eingang: 14. Feb. 2011
Tgb.-Nr. 60

Sehr geehrte Frau Heimbach,

Nach Durchsicht des o.g. Protokolls darf ich bitten, evtl. folgende Korrekturen vornehmen zu lassen:

S. 49 : rechte Spalte: Wyhl statt Wiehl

S. 66 : rechte Spalte: Dr. Grupe statt Dr. Grube

S. 66: rechte Spalte unten: „Zeugin—“ da habe ich mich versprochen:

ja, 1928, im Februar, glaube ich – nach Gas gebohrt hat. Es muss heissen: nach Oel... (Anmerk.: ich zitiere aus „Zeitenwenden Wendenzeiten“ 125 Jahre Landkreis Lüchow-Dannenberg erschienen 2010

Zitat Seite 44 - Jahr 1928 „Rubrik: Was sonst noch geschah“ - „ 11. Februar: In der Gemarkung Meetschow wird nach Erdöl gesucht. Zuvor hatten Wüschelrutengänger die Region erkun-

det. Der Bohrturm wird bereits gebaut.“

S. 69: Rechte Spalte ist ein Versprecher von mir: Eigentlich müsste es heissen. „ „Gibt es überhaupt eine objektive Auffassung, oder sind wir nicht alle irgendwie subjektiv gefärbt.?

S.77 : rechte Spalte – letzter Abs., Stenografin: (akustisch unverständlich) --ich habe in Bonn übernachtet.---

S. 87: linke Spalte ist ebenfalls ein Versprecher: „zwischen Zwischenlager und Wiederaufarbeitungsanlage“ Es müsste heissen: „-----Endlagerbergwerk“.

Soweit ist alles in Ordnung. Bitte, Dank an die Stenografen, die harte Arbeit tun mussten.

[REDACTED]